Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-, Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien. Telefon: 0222/57-37-23. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Telefon: 0222/57-37-59. Journaldienst: Mo. – Fr. 18 – 19.30 Uhr.

Pbb Erscheint 14-tägig am Donnerstag Preis S 5,-

22.Dez. 1977 2. Jhg. Nr. 26

Strompreiserhöhung im Februar oder März 1978: „Energiesparen" – ein Motto für die staatliche Ausplünderung

„Energiesparen" ist in letzter Zeit wieder zu einem wichtigen Propaganda-Schlagwort der Regierung und der bürgerlichen Massenmedien geworden. Unter diesem Motto wurden bereits einmal staatliche Zwangsmaßnahmen, wie der „autolose Tag", durchgeführt. Heute soll die Energiesparpropaganda vor allem die Durchsetzung zweier volksfeindlicher Maßnahmen vorbereiten und Stimmung dafür machen: Erstens eine doppelte Strompreiserhöhung ab Februar oder März 1978, zweitens die Vorbereitung und Verwirklichung der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf, bis Mitte 1978. Beides ist darauf gerichtet, die Ausgangslage der österreichischen Kapitalistenklasse für den internationalen Konkurrenzkampf zu verbessern. Beides ist gegen die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse und des ganzen Volks gerichtet und ruft unweigerlich den Widerstand der Massen hervor.

Wen trifft die Strompreiserhöhung und was ist mit der Tarifreform beabsichtigt?

Das Stromtarifsystem ist unterteilt in Tarifabnehmer und Sonderabnehmer. Unter die Tarifabnehmer fallen die Millionen Lohnabhängigen sowie die kleineren Gewerbetreibenden und die Bauern. Unter die Sonderabnehmer fallen die Großkapitalisten.

Fortsetzung auf Seite 5

Textilarbeiter: 4,8% für 14 Monate

Neuer Höhepunkt der Lohnraubpolitik der Kapitalistenklasse

Auf allen Ebenen, auf denen die Kapitalistenklasse in der gegenwärtigen Lohnrunde den Angriff gegen die Arbeiterklasse führt, wurde den Textil- und Bekleidungsarbeitern eine Niederlage aufgezwungen. Die Höhe des Abschlusses von 4,8% auf den Ist- und 5,8% auf den KV-Lohn ist der Kern der Lohnsenkung. Flankiert und abgesichert wird sie durch eine Laufzeit des KV von 14 Monaten und den Geltungstermin ab dem 1.1.78, das sind zwei Monate nach dem Auslaufen des alten Abkommens.

Ausgegangen sind die Kapitalisten von der Idealvorstellung 2 – 4% Erhöhung ab dem 1.4.1978. Begründet haben sie ihr Angebot mit der schlechten Ertragslage der Textilindustrie, mit der Konkurrenz durch die Niedriglohnländer und die Gefahr weiterer Betriebsschließungen. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder hatte anfangs die Absicht der Unternehmer, den KV-Abschluß überhaupt längere Zeit aufzuschieben, mitgemacht, und ist erst spät überhaupt mit Forderungen aufgetreten: 11% auf die KV-9% auf die Ist-Löhne. Diese Forderungen hat die Gewerkschaftsführung noch mit der Angleichung der Löhne in der Branche an das durchschnittliche Lohnniveau in den Industriebranchen begründet. Tatsächlich liegt der durchschnittliche KV-Lohn in den Textil- und Bekleidungsbetrieben um mindestens 25% unter dem der Industriebetriebe. Ebenso sind die Überzahlungen in der Textilbranche um knapp 30% geringer. Seit Jahren ist die Bewegung unter den Textilarbeitern für eine Angleichung ihrer Löhne an das Niveau der Industriearbeiter stark. Deshalb muß die Gewerkschaftsführung diese Forderung auch ständig im Mund führen, ist aber in ihrer wirklichen Lohnpolitik alles, um das zurückfallende Lohnniveau in der Textilbranche noch zu befestigen. Der Abschluß vorige Woche war ein weiterer Schritt, um die Löhne dieses Teils der österreichischen Arbeiterklasse an den Rand des physischen Existenzminimums zu drücken.

Die Textilindustrie ist in besonderem Maß der scharfen imperialistischen Konkurrenz auf dem imperialistischen Weltmarkt unterworfen. Die Schlacht um die Behauptung in der imperialistischen Konkurrenz, um die „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit", wird geführt über Rationalisierung, Entlassung und Lohnsenkung. In den letzten Jahren haben die österreichischen Textilkapitalisten auf der Grundlage von Elendslöhnen und verschärftem Zwang von Mehrarbeit in Form von Überstunden-, Akkord- und Prämienarbeit ihren Exportanteil auf 50% erhöhen können; allein in den ersten sechs Monaten 1977 konnten die Exportgeschäfte um 11,7% gesteigert werden. Seit 1975 führt dieser Weg der Textilkapitalisten über die Knochen der beschäftigten Arbeiter und gleichzeitig über die Freisetzung von überschüssiger Arbeitskraft. „Der einzige Weg, um den größten Teil der Arbeitsplätze zu sichern, war die Textilfusion Ost. Diese Fusion kam durch die Initiative der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer zustande", rühmt Gewerkschaftsvorsitzender Steinle die aktive Unterstützung, die die Reformisten den Kapitalisten bei der Durchführung ihres imperialistischen Schlachtplans leisten. Die Textilfusion Ost zielte 1973/74 auf die Konzentration der ostösterreichischen Betriebe Vöslauer, Micheldorfer, Pottendorfer und Piering unter der Kontrolle des Finanzkapitals, vor allem der Credit-Anstalt. Mit 180 Millionen Schilling wurde eine großangelegte „Strukturbereinigung" mit staatlicher Unterstützung betrieben. Einher ging diese mit der Vernichtung von Produktivkraft, so der Schließung von Möllersdorf und Vöslauer Kammgarn, auf der einen Seite. 600 Arbeiter der Vöslauer verloren gleich zu Beginn ihren Arbeitsplatz. Anfang 1976 waren im Bad-

Fortsetzung auf Seite 5

Aus dem Inhalt:

620.000.- für den Befreiungskrieg des Volkes von Zimbabwe gesammelt!



Bei der Abschlußveranstaltung der Spendensammlung am 16. November in Wien wurde Genosse Kangai, Mitglied des Zentralkomitees der ZANU, vom Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs, von der Ortsleitung der Ortsgruppe Wien des KB, sowie von ca. 450 Menschen begeistert begrüßt. Bei der vorher durchgeführten Versteigerung von selbstgebastelten Sachen und der im Saal durchgeführten Sammlung wurden noch einmal 18.000 Schilling zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe gegeben.

Neue Telefonnummer der Redaktion: (0222) 57 37 59

Mitte September 1976 hatte das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs dazu aufgerufen, den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe zu unterstützen: „Spendet für den Sieg des Volkes von Zimbabwe. Spendet für den Kauf von zwei Landrovern! Benötigt werden 450.000 Schilling bis 15. Dezember. Das ist viel Geld, aber wir zweifeln nicht daran, daß es gelingen wird, die Spendensammlung erfolgreich abzuschließen. Wir zweifeln deshalb nicht daran, weil wir wissen, daß die Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe in Österreich groß ist und ständig wächst." Wir haben dieses Spendenziel nicht nur erreicht, sondern bei weiten übertroffen. Nicht 450.000, sondern 620.000 Schilling wurden gesammelt. Tausende Arbeiter, Angestellte, kleine Bauern, Rentner, Hausfrauen, Schüler, Studenten haben zu diesem Ergebnis beigetragen. Sie haben die Spendensammlung zu einem Erfolg gemacht.

Unsere Spendensammlung hat eine weit über unmittelbare materielle Unterstützung der Patriotischen Front hinausgehende Bedeutung. Sie ist ein glänzender Sieg des proletarischen Internationalismus. Sie hat unter Beweis gestellt, daß die Sympathie und Unterstützung des Volkes von Zimbabwe in Österreich groß ist und immer größer wird. Sie hat das gerade auch in Gestalt des großartigen Einsatzes aller Aktivisten der Spendensammlung, deren Kreis weit über die Reihen unserer Organisation hinausging, gezeigt. Die 620.000 Schilling sind ein Schlag gegen Kolonialismus und Rassismus, gegen Imperialismus und Reaktion, insbesondere gegen die beiden Supermächte. Sie sind die richtige Antwort auf die finsteren Absichten der Imperialisten und aller Reaktionäre gegen das Volk von Zimbabwe und gegen ihre Pläne, die Völker zu betrügen und für diese Absichten zu gewinnen. Auch die österreichische Bourgeoisie und ihre Regierung beteiligen sich an den Komplotten gegen die Völker des Südlichen Afrikas. Sie versuchen, das österreichische Volk sozialchauvinistisch zu vergiften und es auf ihre imperialistischen Bestrebungen zu vergattern. Unsere Spendensammlung hat sich auch frontal gegen die reaktionäre imperialistische Politik der österreichischen Bourgeoisie gerichtet. Das Ergebnis von 620.000 Schilling dokumentiert, daß die Spendensammlung ein Erfolg auf der ganzen Linie war.

Sie hat die moralische, politische und materielle Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe auf eine neue Stufe gehoben. Sie hat den proletarischen Internationalismus in der Arbeiterklasse und im Volk bedeutend gestärkt. Sie hat den Kampf um die sozialistische Revolution in Österreich weitergetrieben.

Die Völker der Welt unterstützen sich gegenseitig in ihrem Kampf. Wir leisten dem

Fortsetzung auf Seite 2

Kohlekraftwerk Voitsberg: 3. Ausbaustufe – „Sicherung der Arbeitsplätze?"

Beim Kohlekraftwerk Voitsberg – das sich im Besitz der Österreichischen Draukraftwerke (Verbundkonzern) befindet – wird eine sogenannte „3. Ausbaustufe" gebaut, die ca. 3 Milliarden Schilling kosten und ca. 30 Jahre im Betrieb bleiben soll.

Bei Baubeginn kam sogar Kreisky höchstpersönlich nach Voitsberg, um den Spatenstich vorzunehmen. In der Rede versäumte er es natürlich nicht, den Menschen (die gerade im Bezirk Voitsberg besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind), die alte Leier von der „Arbeitsplatzsicherung" vorzusingen. Und, wie sehr der SPÖ-Regierung das Wohl der arbeitenden Menschen gerade auch in Voitsberg am Herzen liege. Was ihr allerdings tatsächlich am Herzen liegt, ist der Profit des Verbundkonzerns und die Sanierung der Staatsfinanzen.

Was Kreisky nicht gesagt hat: Nach der Fertigstellung der Ausbaustufe drei sollen die beiden anderen Dampfkessel, die im und nach dem Krieg gebaut wurden und bis jetzt in Betrieb stehen, *stillgelegt* werden. Offenbar liefern sie inzwischen schon zuwenig Gewinn und haben sich amortisiert. Wie es dann mit den Arbeitsplätzen tatsächlich aussieht, kann man sich denken.

Maulkorberlaß für Postler über Staatssanierung

Die Bourgeoisie sähe die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst gern als „Garanten des Rechtsstaates", die für das Geschäft der Schikanierung, Bespitzelung und Unterdrückung des imperialistischen Staatsapparates als „Berufsbeamte" wahrnehmen. In diesem Sinn hat sich die Gewerkschaft der Öffentlich Bediensteten am 8. Gewerkschaftstag im November eingesetzt. Beschwörende Reden haben die politischen Häupter der Bourgeoisie im Staatsapparat dort als „einfache Gewerkschaftsmitglieder" gehalten. Kirchschläger würdigte die „staatstragende Funktion des ÖGB" und betonte, daß die Rolle der öffentlich Bediensteten „kein Untertanendienst und kein untertäniger Dienst, sondern ein Mittel am Wohl der Mitbürger ebenso wie an einer guten und glücklichen Entwicklung der Republik Österreich" sein soll. Aktiven Einsatz und „Mitverantwortung" fordert hier der Dienstherr von seinen Lohnabhängigen. Kreisky warb bei seinem Auftritt dafür, „gemeinsam mit der Regierung das Unbehagen der Mitbürger über den Staat so klein wie möglich zu halten."

Sozialchauvinistisches Gift hat die Bourgeoisie nötig in einer Zeit, wo der bürgerliche Staat nicht nur mit „Unbehagen", sondern mit politischen Massenbewegungen gegen seine Energiepolitik und seine Minderheitenpolitik konfrontiert ist. Sozialchauvinismus und gleichzeitig Unterdrückung um zu verhindern, daß die Masse der öffentlich Bediensteten an politischen Kämpfen teilnehmen. Sozialchauvinismus und Unterdrückung, um zu verhindern, daß die öffentlich Bediensteten ihre Interessen als Lohnabhängige wahrnehmen und den gewerkschaftlichen Kampf gegen den staatlichen Dienstherrn aufnehmen.

Mehr als¾ der Staatsangestellten haben Gehälter unter S 10.000,- brutto, fast 60% verdienen unter 7.500,- und 43.000 Beamte müssen mit weniger als S 5.000,- auskommen.

Folgende Verlautbarung ist kürzlich an alle Wiener Dienststellen der Post ergangen:

„Betreff: Budgetlage, Personalmangel; Mitteilung an Außenstehende

Wegen der negativen Auswirkungen auf das Image der PTV werden alle Bediensteten angewiesen, Begründungen nicht zu verwenden, die auf eine unsichere Budgetlage abstellen, bzw. Leistungen der PTV nur unter der Bedingung in Aussicht stellen, daß keine Budgetkürzungen eintreten, oder hinsichtlich der Undurchführbarkeit von Maßnahmen auf Personalmangel gegenüber Außenstehenden hinweisen.

Diese Verlautbarung ist allen Bediensteten nachweislich zur Kenntnis zu bringen."

Mit dieser Verlautbarung gestehen die Herren in der Verwaltung unfreiwillig ein daß an den Dienststellen der Post Personaleinsparungen in vollem Gange sind und daß in Zukunft diese Rationalisierung auf dem Rücken der Kollegen noch verschärft betrieben werden soll. Natürlich wird diese Sanierung des Staatshaushaltes eine Verschlechterung der Dienstleistungen an den Postämtern mit sich bringen. Die andere Seite ist die, daß die Einsparungen verschärfte Arbeitshetze für die Beschäftigten der Post nach sich ziehen, wie am Beispiel des Salzburger Postamtes ersichtlich.

„Außenstehenden" soll die Ursache dieser Verschlechterungen bei den Leistungen der Post verborgen bleiben. Gelingt es der staatlichen Verwaltung einen solchen Maulkorberlaß durchzusetzen, würde sie erreichen, daß der Unmut der Bevölkerung über die mangelnden sozialen Dienstleistungen der Staatsbetriebe für die Massen als mangelnde Arbeitsleistung der Beamten erscheint. Die Spaltung der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst von der Arbeiterklasse wäre vorangekommen.

Tatsächlich haben die Postler wie die Mehrheit der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst keine Ursache, die Masse der Lohnabhängigen als „Außenstehende" zu behandeln, sich selbst mit dem staatlichen Dienstherrn zusammenzuschließen und sich den Einsparungen im Staatshaushalt zu unterwerfen als „freie Diener" des Staates. Alle seine Potenzen stellt der Staatsapparat der imperialistischen Bourgeoisie für die Absicherung und Stärkung ihrer Herrschaft im Innern und nach Außen zur Verfügung. In Zeiten der Krise geht das notwendig mit verschärftem Druck auf Arbeits- und Lebensniveau der Lohnabhängigen im Staatsdienst einher. Der wachsende Widerspruch zwischen der Masse der ausgebeuteten öffentlich Bediensteten und dem staatlichen Dienstgeber kann nur mit Unterdrückung im Zaum gehalten werden. Der zitierte Maulkorberlaß stützt sich auf Paragraphen des Dienstrechts, mit dem die politische und gewerkschaftliche Betätigung der „Staatsdiener" unterdrückt, ihr Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse verhindert werden soll.

Wollen sich die Postler gegen die schrankenlose Auspressung ihrer Arbeitskraft zur Wehr setzen, müssen sie solche Erlässe und damit auch das Dienstrecht mißachten und bekämpfen. Wie man sieht, tun sie das auch.

Postamt Salzburg– Weihnachtliche Verschärfung der Arbeitshetze

Weihnachtszeit – Freudenzeit für das Kapital, harte Zeit für die Postarbeiter. Zahllose Werbeprospekte, angesetzt auf die schmalen Geldtaschen der Werktätigen, Unmengen von Waren, müssen befördert und zugestellt werden. Die Verkehrsleistungen steigen sprunghaft an. Das Kapital reibt sich die Hände: „Profit!" Die Postarbeiter reiben sich den Schweiß von der Stirne – wenn sie dazu noch Zeit haben.

In diesen Tagen bekommen die Kollegen es beinhart zu spüren, was die Sparmaßnahmen der Regierung bedeuten: unerträgliche Überstundenschinderei, vermehrte Schicht- und Nachtarbeit, Arbeitsjetze bis zur physischen Erschöpfung. Trotz ständig steigenden Arbeitsanfalls hat die Regierung seit 1974 den Dienstpostenplan laufend gekürzt. Immer weniger Kollegen müssen immer mehr leisten. Der Raubbau am Arbeitsvermögen und an der Gesundheit muß herhalten für die Sanierung des Staatshaushaltes, für das Gedeihen der Profite. In den letzten Jahren ist schon zu normalen Geschäftszeiten die Arbeitsleistung um 30% gestiegen, und seit 1974 sind die Postbeschäftigten um 2,47% zurückgegangen.

Der folgende Beitrag aus dem Postamt 5020 zeichnet das Bild von der derzeitigen Lage der Bediensteten im größten Postamt Westösterreichs.



Paketumleitung (Eisenbahnhalle): Hochbeladene Paketwagen behindern das Entund Verladen der Waggons, die Perrons sind vollgestopft, die Kollegen müssen sich mühselig zwischen den Wänden durchzwängen.

Ein Kollege läßt seinem Unmut freien Lauf: „Kaum noch zum Pinkeln kommt man bei dieser Plackerei! Überstunden nach dem Dienst, Überstunden am Samstag, der Sonntag ist zu wenig, um sich richtig zu erholen. Jeden Tag tut mir jeder Knochen im Leib weh." – Warum so viele Überstunden? – „Warum? Wo früher 14 Leute standen, sind wir heute nur noch 4. Nicht mal Aushilfskräfte haben wir gekriegt!" – Wer bestimmt darüber? – „Die da oben in der Personalstelle. Der Personalchef, soll er doch selber einmal zulangen. Aber die sind ja stolz darauf, wenn sie bei uns sparen. Kriegen doch Belohnungen dafür!" – Aber dafür springt was raus, oder? – „Ja, ein paar Lappen für'n Androsch. Und mit dem Rest kann ich grad das Debet auf dem Gehaltskonto ausgleichen. Und eine stille Rücklage für'n Arzt, den braucht man, meistens früher als später!"

In der *Briefumleitung* daneben türmt sich die Briefpost. Die Beutel von den Zügen werden gleich im Vorraum geöffnet, auf Rollen aufgestapelt und in den Gängen und im Keller abgestellt. Drinnen steigt der Rauch auf, eine Auflage nach der anderen, ununterbrochen der Lärm der Bündelmaschinen, der Kartierraum dampft, Entlüftung gibt es keine. Kollegen einer Partie arbeiten den Sylvester-Nachtdienst ein, die Verwaltung spart sich damit Überstunden.

Im Versackraum ist das Band ständig in Bewegung, die Versacker kommen kaum noch nach. Der Packmeister ist arg im Schwimmen, man kann sich im engen Raum schlecht bewegen, die Beutelgestelle sind häufig blockiert von herumliegenden Postsäcken.

Das meiste ist Firmenpost. Zwar werden seit 9. 12. bis über die Feiertage keine Massensendungen angenommen, aber das ist kein Hindernis für die Kapitalisten, sie geben den Massendruck in unverminderten Mengen vollfrankiert auf, das Porto ist in den Preiskalkulationen schon inbegriffen.

33 Briefe pro Minute beim Rohsortieren ist der Akkordsatz, bei Großstücken 18, bei Versackstücken 11. Wenn sich die Kollegen nur annähernd daran halten, dann steht der Betrieb. Dienst nach Vorschrift – und der ganze Briefverkehr in Westösterreich wäre blockiert. Tatsächlich werden mindestens die doppelten Stückzahlen erbracht. Aber trotz solcher Mehrleistungen, trotz massiver Überstundenschinderei – manche Kollegen haben schon die Höchstgrenze von 60 Überstunden erreicht – häuft sich die Arbeit an.

Rund um die Uhr geht der Dienst. 12 Stunden Nachtdienst im Vierer- oder Fünferturnus. Dabei braucht der menschliche Organismus 9 Tage, bis er eine durchwachte Nacht voll verkraftet hat. Hier aber machen die Kollegen oft 2, 3 Nachtdienste hintereinander. Der „Vorteil" ist die Aufbesserung des Gehalts durch die Zulagen. Wirklich verbessert wird dadurch nichts, aber auch schon gar nichts. Überhaupt nicht in Geld läßt sich der Verschleiß an Arbeitskraft und Gesundheit messen. Den Vorteil hat die Verwaltung, sie spart sich zusätzliche Arbeitskräfte.

In der *Briefzustellung*, einen Stock höher, kommen die Kollegen „freiwillig" früher in den Dienst. Das Sortieren der Briefmassen ist sonst kaum zu packen. Die Tasche ist prall gefüllt, aber sie reicht schon lange nicht mehr aus. Der Rucksack wird vollgestopft, 20, 30, 40 Kilo. Vorschrift ist: höchsten 15 Kilo – aber nach dieser Vorschrift müßte die Belegschaft verdoppelt werden. Den Rest in den Handwagen, der ist auch bald voll und wieder bleibt was für Samstag über; die Warenkataloge und Zeitschriften passen nicht in die 5-Tage-Woche. Arbeitszeitgesetz? Ein Fetzen Papier.

„Für unsere Mehrarbeit wollen wir unser Geld!"

Von einem Wiener Postamt erhielt die Redaktion folgende Korrespondenz:

Vor Weihnachten fällt für die Briefträger immer ziemlich viel Mehrarbeit an. Zum Beispiel müssen wir die letzten beiden Samstage ganz normal arbeiten und Briefe austragen. Für die Samstage bekommen wir S 80,- bezahlt. Das Geld kommt meist im Jänner. Für die Mehrbelastung bekommen wir eine pauschale Abgeltung, eine Prämie, sozusagen, von S 1.800,-. Bisher haben wir dieses Geld immer noch vor Weihnachten bekommen. Heuer sollen wir sie erst im Februar (!) ausbezahlt kriegen.

Bei uns waren alle Kollegen sehr empört. Wir haben daraufhin eine Anfrage an den Gewerkschafter gerichtet. Dieser hat sich darauf ausgeredet, daß der Computer umgestellt wird. Aber was geht uns der Computer an! Wir haben jetzt geschuftet und jetzt brauchen wir auch unser Geld! Dann wollte er uns weismachen, daß es sowieso nur von Vorteil für uns ist, wenn wir alles Geld zugleich ausbezahlt bekommen, weil wir dann nur einmal Abgaben zahlen müssen. Wir haben aber diesen Schmäh durchschaut. Wir müssen doch durch die Progression nur noch mehr Steuern zahlen, wenn wir mehr Geld auf einmal ausbezahlt bekommen.

Außerdem sehen wir nicht ein, warum wir der Post einen Kredit auf 2 Monate geben sollen.

Ohne bewaffneten Kampf gibt es keine Freiheit

Zimbabweveranstaltung in Bleiburg/ Pliberk

Am 11. Dezember führten die Ortsgruppen des Verbandes der slowenischen Jugend im Jauntal/Podjuna, in Bleiberg/Pliberk, eine Solidaritätsveranstaltung mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe durch. Genosse Kangai und Genosse Shaba wurden von den mehr als 60 Teilnehmern an der Veranstaltung begeistert begrüßt. Der slowenische Gemeinderat des Städtchens und der Vorsitzende des Jugendverbandes richteten Grußworte an die beiden Vertreter der Patriotischen Front, in denen sie ihnen die volle Unterstützung für den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe aussprachen.

Ein slowenischer Genosse des Kommunistischen Bundes Österreichs berichtete über die Rundreise und hob die Gemeinsamkeiten zwischen dem Kampf der österreichischen Arbeiter und Bauern und dem des Volkes von Zimbabwe hervor. Er erinnerte auch an den bewaffneten Kampf des slowenischen Volkes für seine soziale und nationale Befreiung. In alldem zeige sich, daß die unterdrückten Völker und die Arbeiterklasse Europas nicht nur durch den gemeinsamen Feind, sondern vor allem durch das gemeinsame Ziel, die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrükkung, verbunden seien.

Genosse Kangai erläuterte ausführlich und lebendig den Kampf und die Ziele des bewaffneten Kampfes gegen das rassistische Smith-Regime.

In der folgenden Diskussion sagte ein älterer Mann, daß heute, wie überall bei revolutionären Kämpfen, auch in Zimbabwe schon Marionetten am Werk sind, wie Sithole und Muzorewa, die den Kampf sabotieren und faule Kompromisse mit den Unterdrückern machen wollen, aber sie würden nicht siegen, wie sie auch beim Kampf der Slowenen nicht gesiegt haben.

Eine alte Frau sagte nach der Veranstaltung: „Ich war selber ausgesiedelt und im KZ, ich weiß, was Unterdrückung ist. Der Kampf des Volks von Zimbabwe ist vollkommen gerecht, man muß ihn unterstützen."

Eine junge Frau sagte, sie habe bisher vom KB wenig gewußt, aber sie finde es ausgezeichnet, daß er diese Spendensammlung organisiert habe, denn das ist für die Solidarität viel wichtiger als Worte und Erklärungen. Ein anderer Besucher sagte, ohne bewaffneten Kampf hätten auch wir uns nie vom Joch des Faschismus befreien können. Eine Lehrerin nahm 40 Flugblätter mit, die der Jugendverband in beiden Sprachen gedruckt hatte, um sie den Schülern zu geben und mit ihnen über den Kampf der afrikanischen Völker zu diskutieren.

Auch Genosse Kangai drückte den Slowenen seine Unterstützung in ihrem Kampf für ihre Rechte aus. Die kämpferische Verbundenheit wurde auch mit der Vorführung revolutionärer Lieder der Slowenen und des Volkes von Zimbabwe bekräftigt.

Die Veranstaltung war ein großer Erfolg. Nicht nur wurden 1.460 Schilling für die zwei Landrover gespendet und eine Reihe von klassenkämpferischer und revolutionärer Literatur verkauft. Die Tatsache, daß die Veranstaltung von mehrheitlich Arbeiter- und Bauern-Jugendlichen aber auch von allen revolutionären Menschen und einer Reihe fortschrittlicher Intellektuellen aus der slowenischen Minderheit besucht wurde, zeigt die gute Entwicklung der revolutionären Kräfte unter den Slowenen.

Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Sofortige Einstellung aller Verfahren gegen slowenische Aktivisten

Vor einigen Monaten hat eine ganze Welle von Prozessen gegen Aktivisten der Kärntner Slowenen begonnen. Einschüchterung, Spaltung und Hetze sollten sie verbreiten, in der Bewegung selbst den Gedanken der Kapitulation nähren. Zugleich sind aber polizeiliche und gerichtliche Verfolgungen überhaupt die Form, in der die imperialistische Staatsmaschinerie auf die selbständigen, gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie gerichteten Bewegungen der Arbeiter- und Volksmassen reagiert.

Wir bringen eine Zusammenstellung aus „Slovenski Vestnik" (Nr. 28, 2.12.77) der laufenden Verfahren (freie Übersetzung von uns):

Jauntal, 24. April und 23. Juni 1976

So wie im nationalen Befreiungskampf findet sich der slowenische Bauer, Arbeiter und Student bei der gemeinsamen Aktion. In Anbetracht des drohenden Gesetzes über die Volksgruppen und der Minderheitenfeststellung schreiben sie Parolen: „*Artikel 7, unser Recht*," „*Artikel 7 – ohne Minderheitenfeststellung*", „*Artikel 7*". In Flugblättern sagen sie: „*Wir lassen uns nicht zählen!*" Im ganzen Jauntal von Miklautzhof/Miklaučevo bis Bleiburg/Pliberk, auf Wegweisern, auf öffentlichen Gebäuden kann man diese gerechten Forderungen lesen. Die Polizei zeigt, wozu sie bestimmt: Die Überwachung jeglicher „antistaatlichen" Bewegung. (Heute wollen sie zu diesen Zwecken bereits eine Spezialtruppe mit besonderen Vollmachten). Die Polizei findet die Täter und klagt sie an: des Verbrechens der schweren Sachbeschädigung nach §§125, 126 des Strafgesetzbuches (StGB) bzw. Beihilfe bei der Straftat.

Vor das Gericht müssen:
Albert Smrečnik, Fahrer,
Hubert Božič, Landarbeiter,
Albert Hafner, Mechaniker,
Stanko Dlopst, Installateurlehrling,
Stefan Petjak, Maurer,
Mirko Perč, Student,
Jože Müller, Bauer,
Georg Mandl, Schlosser,
Helmut Grilc, Schüler.

Die Justiz wagt es nicht, alle zusammen vor Gericht zu stellen. Zu offensichtlich wäre die Repression. Zu offensichtlich wäre die politische Motivation.

So wird Stefan Petjak in Salzburg am 4.10.77 zu einer Geldstrafe von S 16.500 verurteilt.

Mirko Perč und Jože Müller werden zuletzt am 22. 11. 77 zu einer Geldstrafe von S3.000,- bzw. S 2.000,- wegen versuchter Sachbeschädigung verurteilt. Die restlichen Prozesse warten noch.

Bei allen aber ist es gleich: Das Gericht beruft sich auf das gerade verabschiedete Gesetz über die Volksgruppen als Mittel zur Verhöhnung der Angeklagten. Keiner darf sich in seiner Muttersprache verteidigen. Alle Eingaben auf slowenisch werden mit der Bemerkung retourniert: „Zur Verbesserung durch Übersetzung in die deutsche Sprache." Keine Ladung zur Verhandlung ist in slowenischer Sprache. Gegen jene, die gegen das Volksgruppengesetz gekämpft haben, tritt der Staatsapparat mit den Bestimmungen dieses Gesetzes auf.

St. Kanzian/Skocijan, 8. August 1976

Aufstellung eines Abwehrdenkmals bei zahlreicher Beteiligung von Kärntner „Heimattreuen". Aufgabe der Gendarmerie: „Mit allen Mitteln Ruhe und Ordnung bewahren." Unmittelbar nach der Verabschiedung des Volksgruppengesetzes wurde es von der Gendarmerie bereits exekutiert. Gewaltsam wird jegliches friedliche Auftreten mit demokratischen Mitteln – Flugblättern und Transparenten gegen die chauvinistische Verhetzung, unterdrückt. In St. Kanzian/Skocijan versammelten sich einige Jugendliche, die ihren Protest gegen die Provokation dieses Denkmals für die Abwehrkämpfer ausdrücken wollen: In St. Kanzian/Skocijan gab es *einen* Abwehrkämpfer, der sein Leben für die Heimat in einer Gasthausrauferei verlor! Die Sicherheitsorgane treten „mit allen Mitteln" auf: Brutal wird die Bewegungsfreiheit der Jugendlichen verhindert, und sie werden nach brutaler Schläge verhaftet. Es folgt die Anklage wegen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt gegen 11 Verhaftete. Das sind:

Janko Malle, Student
Silvija Wrolich, Zahntechnikerin
Oto Wutte, Lehrer,
Janko Tischler, Student,
Mirko Messner, Angestellter,
Milan Blažej, Lehrling.

Sie müssen sich wegen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt nach den §§15, 269 des StGB verantworten.

Die 20 Verhafteten in St. Kanzian/Skocijan und später in Kühnsdorf/Sinča vas legen beim Verfassungsgerichtshof wegen ungesetzlicher Verhaftung eine Beschwerde ein. Dieser Beschwerde gab dieser statt. In der Urteilsbegründung heißt es: „Unter diesen Umständen war es nicht notwendig, die Festnehmung und Eskortierung in das Postengebäude durch Anwendung von Körperkraft, nämlich durch gewaltsames Erfassen, Ergreifen an der Hose, schnelles Voranschieben, und heftiges Stoßen in einen Raum, zu erzwingen; der Beschwerdeführer wurde folglich Akten physischen Polizeizwangs unterworfen, die nicht nur im Waffengebrauchsgesetz 1969 keine Deckung finden, sondern darüber hinaus auch – da sie nach Lagerung des Falls eine, die Menschenwürde beeinträchtigende gröbliche Mißachtung des Beschwerdeführers als Person zum Ausdruck bringen – gegen Artikel 3MRK verstoßen." (Zitat nach Naš Tednik Nr. 50, 15. 12. 77)

Sele/Zell Pfarre, 14. 11. 76

Den Höhepunkt erreicht der staatliche Chauvinismus mit der Zählung jener Slowenen, die es nach so vielen Jahren und Jahrzehnten noch immer wagen, als Slowenen aufzutreten. Am 14. 11. 76 findet die Minderheitenfeststellung bzw. „Volkszählung besonderer Art" statt, dieser gesamtösterreichische Wahlzirkus ganz besonderer Art, der zirka 100 Millionen Schilling kostete. Und am 14. 11. 76 boykottieren die Demokraten in ganz Österreich diese aufoktroyierte Zählung. Im gesamten Südkärnten fanden Protestaktionen statt. In Klagenfurt/Celovec verbrannten einige die Stimmzettel. In Radsberg/Radiše und auch anderswo werden die Wahlzellen besetzt. Und in Zell Pfarre/Sele „beseitigen" vier Burschen die Wahlurne.

Daraufhin werden angeklagt:
Peter Olip, Holzhändler,
Fortunat Olip, Student,
Marjan Olip, Bauer,
Florijan Jug, Schüler.

wegen bewußter und gewaltsamer Verhinderung einer Wahl nach dem § 267 des StGB. Die Verhandlung wurde von Klagenfurt/Celovec nach Wien deligiert, dort fand am 19. August 77 eine zehnminütige Verhandlung statt, worauf sie vertagt wurde. Auch in diesem Fall sind die Gerichtsakten noch nicht ins Slowenische übersetzt, auch die Ladungen sind noch immer in deutsch, alles nach den Bestimmungen des Volksgruppengesetzes.

Währenddessen aber bereiten die Gerichte eine neue Welle von Prozessen vor. Diesmal geht es um die Teilnehmer der Aufstellung einer zweisprachigen Ortstafel von Bleiburg/Pliberk.

Die Absichten, die die Regierung mit diesen Prozessen verfolgt hat, sind bisher nicht aufgegangen. Verurteilen konnte sie einige der Aktivisten lassen, bei F. Warasch war selbst das unmöglich. Aber einschüchtern und spalten konnten sie die entstehende Volksbewegung damit nicht, die Prozesse haben auch niemanden dazu bewogen, doch auf ihre verlogenen Zusammenarbeitsappelle einzugehen.

Ganz im Gegenteil reißen diese Prozesse der Doppeltaktik der SP-Regierung die schönfärberische Maske vom Gesicht, hinter der finstere Reaktion, deren Vorreiter diese Regierung ist, zum Vorschein kommt. In Verruf kommt auch die bürgerliche Klassenjustiz. Das Unrecht, das deren Richter sprechen, sagt mehr über den Charakter dieser Gerichte aus, als tausende Worte.

Sorgen wir dafür, daß die Absichten, die die Regierung mit diesen Prozessen verfolgt, auch weiterhin nicht aufgehen, stärken wir die Front gegen die reaktionären Minderheitengesetze.

FÜR DIE EINSTELLUNG ALLER PROZESSE GEGEN SLOWENISCHE AKTIVISTEN!

FÜR DIE RECHTE DER MINDERHEITEN!

KPÖ-Minderheitenpolitik stößt auf Ablehnung

Auch am 23. Parteitag wurde die Linie der KPÖ zur Minderheitenfrage, die Einschwörung der Kärntner Slowenen auf das Volksgruppengesetz ausdrücklich bestätigt.

Zu dieser Haltung der KPÖ erklärte der Zentralsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, Filip Warasch jüngst in einem Zeitungsinterview:

„Einige Zeit sah es so aus, daß uns die österreichische KP positiv gesinnt wäre, vor kurzem aber schloß sie sich der Meinung der amtlichen österreichischen Kreise an und forderte uns auf die Juligesetzgebung zu berücksichtigen und anzuerkennen. Dies aber steht im Widerspruch zu unseren Standpunkten, da wir der Meinung sind, daß dies die Revision des österreichischen Staatsvertrages wäre und deswegen können wir auch nicht ein Gesetz anerkennen, das ein international anerkanntes Dokument negiert." (Zitiert nach Naš Tednik, 24.11.1977)

Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß im Zentralorgan dieser Partei zur Minderheitenfrage im wesentlichen geschwiegen wird. Da kann es in Villach/Beljak eine Bezirksdelegiertenkonferenz geben, man wird dort über alles mögliche Beschlüsse und Forderungen fassen, nur nicht zur Minderheitenfrage (Volksstimme, 21. 11. 77). Den Kampf gegen das Volksgruppengesetz, den Kampf gegen Chauvinismus und Verhetzung hat diese Partei nicht im Sinn. Penetrant ist dies, wenn der Revisionistenhäuptling Muhri am 23. Parteitag der KPÖ die Slowenenführung vor der „Zusammenarbeit mit Maoisten und Trotzkisten kameradschaftlich warnt". Abgesehen davon, daß es bisher Kreisky und Wagner vorbehalten war, die Einheit und Kampfentschlossenheit der Slowenen dadurch unterhöhlen zu wollen, daß sie ihre Aktionen als vom Kommunistischen Bund „unterwandert" sahen, so meint Muhre vor allem damit, sie sollten ihre Haltung zum Volksgruppengesetz ändern und den Aufruf der KPÖ doch befolgen.

Die Organisationen der Kärntner Slowenen reagierten auf diese „Ratschläge" mit der Feststellung, sie wüßten selbst, mit wem sie zusammenarbeiten sollten und hätten derartige „Empfehlungen" nicht nötig.

23. Parteitag der KPÖ
Das traurige Los eines unbedankten Dieners der Bourgeoisie

Vom 8. bis 11. Dezember ließ die KPÖ ihren 23. Parteitag über die Bühne gehen. Die Lage der revisionistischen Partei ist alles andere als rosig. Auf ihrem letzten Parteitag vor vier Jahren hatte sie sich noch in der Hoffnung gewiegt, ihr rasanter Niedergang seit ihrem endgültigen Bruch mit dem Marxismus-Leninismus sei gestoppt und sie werde nun endlich mit dem Aufstieg zu einer respektablen bürgerlichen Partei belohnt. Stattdessen liegen nun neuerlich Jahre der Niederlagen und weiterer Rückschläge hinter ihr. Zuletzt mußte sie noch kurz vor dem Parteitag eine schwere Niederlage bei den Personalvertretungswahlen der ÖBB-Bediensteten hinnehmen.

Fortgesetzter Niedergang der KPÖ

Ihr Niedergang spiegelt sich auch in ihrem Mitgliederbestand wider. 1945 zählte die Partei über 150.000 Mitglieder, ein großer Teil allerdings schon damals bürgerliche Mitläufer und Opportunisten aller Schattierungen. 1955 setzte ein starker Mitgliederrückgang ein, der zuerst vor allem im Abgang der übelsten Opportunisten, nach dem Ende der Besatzungszeit, bestand. Die Fortsetzung dieses Rückgangs in den folgenden Jahren spiegelte jedoch bereits mehr und mehr direkt die Folgen der revisionistischen Entartung der Partei wider. Am 20. Parteitag, Ende 1968, war bereits ein Tiefstand von ca. 23.000 Mitgliedern erreicht. Bis zum 21. Parteitag, 15 Monate später, verlor die KPÖ wieder 10% ihrer Mitglieder. Am 22. Parteitag wurde ein weiterer Rückgang auf 20.200 Mitglieder mit Ende 1973 festgestellt. Der 23. Parteitag schließlich gab in geschraubten Formulierungen zu verstehen, daß auch weiterhin die Neuzugänge die Abgänge nicht aufwiegen. Der offizielle Mitgliederbestand dürfte bereits unter 20.000 liegen. Um welche Art von Mitgliedern es sich dabei zu einem großen Teil handelt, kann man sich vorstellen, wenn man weiß, daß man dieser Partei durch Einsenden eines Abschnittes von Propagandaschriften beitreten kann; daß man – einmal eingeschrieben – ohne besondere eigene Bemühungen nie aus dieser Kartei verschwindet, selbst wenn man seit Jahren nie an irgendwelchen Veranstaltungen oder Aktivitäten teilnimmt, nie einen Mitgliedsbeitrag bezahlt oder die „Volksstimme" kauft, oder schon längst Mitglied einer anderen Partei ist; daß nach eigenen Angaben der KPÖ mindestens ein Fünftel dieser Mitglieder nie einen Mitgliedsbeitrag bezahlt. In den Parteitagsberichten wird weiters wiederholt festgestellt, daß vor allem in den Betrieben „die Zahl der Parteimitglieder und Parteiorganisationen stagniert, nicht selten sogar zurückgeht". (Dokumente des 22. Parteitages, Seite 51).

Das gleiche Bild zeigt sich bei der Mobilisierungskraft der Revisionisten. Mit 2.000 bis 3.000 Teilnehmern bei ihrem letzten Maiaufmarsch in Wien hat sie einen neuen Tiefstpunkt erreicht. Für ihre Demonstration für eine „soziale Lohnsteuerreform" konnte sie zuletzt in Wien nach einer einjährigen Kampagne keine 1.000 Leute auf die Beine bringen, davon noch ein größerer Teil in Bussen aus den umliegenden Bundesländern herbeigekarrt.

Wenn auch viel von dieser für die Revisionistenhäuptlinge tristen Lage vertuscht und bemäntelt wurde, so stand der 23. Parteitag doch wohl oder übel vor der Frage, was man als Ursache dieses Niederganges angeben sollte, um die Mitglieder bei der Stange zu halten, auf eine lichte Zukunft zu vertrösten und weiter für die dreckigen Geschäfte des revisionistischen Verrats und der Handlagerdienste für den Sozialimperialismus einspannen zu können. Zu mehr als zu diesem Zweck und zu dem, doch einmal ins Fernsehen zu kommen, war der Parteitag sowieso nicht gut, und wäre wohl auch gar nicht erst abgehalten worden, wenn er nicht statutenmäßig alle vier Jahre stattfinden sollte. Denn was die grundlegenden Einschätzungen der Lage und die Grundlinie der Partei betrifft, brachte der Parteitag praktisch nichts, was über den 22. Parteitag hinausginge oder sich von ihm unterscheiden würde.

Unter dem Teil der KPÖ-Mitglieder, die überhaupt noch eine aktive Anteilnahme an der Entwicklung der Partei zeigen, gab es rund um den Parteitag heftige Debatten über die Ursachen der miserablen Lage in der Partei. Das zeigte sich auch in den in der „Volksstimme" veröffentlichten Diskussionsbeiträgen vor und auf dem Parteitag. In diesen Beiträgen und den Reden auf dem Parteitag widerspiegelt sich auf der einen Seite das krampfhafte Bemühen der Revisionistenhäuptlinge, die wahren Ursachen zu vertuschen, auf der anderen Seite das hilflose Bemühen derjenigen Mitglieder, die in und mit dieser Partei gegen den Kapitalismus und für den Sozialimus kämpfen wollen, diese Ursachen aufzudecken und zu beseitigen. Man kann sagen, daß es der KPÖ-Spitze im wesentlichen gelungen ist, auf dem Parteitag selbst ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Die Widersprüche, die zwischen ihrem Verrat und dem konterrevolutionären Zweck der KPÖ auf der einen Seite, dem Drang zur Revolution unter Teilen der KPÖ-Mitglieder auf der anderen Seite bestehen, konnten damit aber nur auf dem Parteitag, und auch dort nur zu einem Teil, und nur für kurze Zeit, zugedeckt werden. Der Gang des Klassenkampfs selber und die Arbeit der Kommunisten wird sie unweigerlich zutagefördern und weiter verschärfen.

Die revolutionäre Partei liquidiert, als bürgerliche Partei nichts geworden

Die Versuche einiger, subjektiv für den Sozialismus und Kommunismus eingestellten, KPÖ-Mitglieder, die Lage der KPÖ zu untersuchen und den Ursachen ihres Niederganges auf die Spur zu kommen, mußten notwendig scheitern. Solange man noch davon ausgeht, daß die KPÖ eine in der Grundlinie kommunistische Partei ist, *kann* man sich ihre heutige Lage gar nicht richtig erklären.

Mit ihrem endgültigen Verrat am Marxismus-Leninismus ist die KPÖ unwiderruflich eine bürgerliche Partei geworden. Ihre Entwicklung ist seither den Gesetzen des Konkurrenzkampfs im bürgerlichen Lager unterworfen. Dabei befindet sie sich in einer schlechten Position. Das Geschäft der Fesselung und Gängelung der Arbeiterklasse erledigt die Sozialdemokratie für die Bourgeoisie im großen und ganzen trotz ihrer Abnützung durchaus zufriedenstellend – für eine neue sozialdemokratische Partei nach der Fasson der modernen Revisionisten besteht gegenwärtig für die Bourgeoisie geringer Bedarf. Denn für die Arbeiter und anderen Werktätigen ist die Politik der KPÖ in keiner Hinsicht eine Alternative, auch wenn sie zum großen Teil die konterrevolutionäre Rolle der KPÖ noch nicht durchschaut haben. Mit der Entwicklung des Klassenkampfes kommt zudem die revisionistische Politik in immer offenerem Widerspruch zu den Volksbewegungen, je klarer diese ihr Ziel und ihren Feind ins Auge fassen. Das zeigte sich im letzten Jahr vor allem in der Bewegung für die Rechte der Minderheiten und in der Bewegung gegen die imperialistische Energiepolitik. Die plumpen Handlangerdienste der KPÖ für den Sozialimperialismus haben ihren Einfluß auch nicht gerade erhöht und selbst für den Sozialimperialismus ist heute die Sozialdemokratie von größerem Wert als die KPÖ.

Eine Partei, die in so geringem und noch dazu sinkendem Maß Massen an sich binden kann, ist für die Bourgeoisie von geringem Interesse. Das sind, kurz gesagt, die Ursachen für die heutige Misere der KPÖ: Die Sache des Sozialismus und Kommunismus hat sie verraten, als bürgerliche Partei hat sie aber nichts zustandegebracht und selbst was ihre Nützlichkeit für den Sozialimperialismus anlangt, läuft ihr die Sozialdemokratie mit ihrer Beschwichtigungspolitik den Rang ab.

Diese Tatsachen konnten am Parteitag natürlich nicht zur Sprache kommen. Die grundlegende Linie der Partei, in der ihr revisionistischer Charakter und ihr Verrat an der Sache des Sozialismus und Kommunismus zum Ausdruck kommt, wurde nicht nur in keinem (zumindest der veröffentlichten) Beiträge in Frage gestellt, sie stand in keiner Weise zur Debatte. Kein einziger Delegierter, kein einziges Mitglied, das in dieser Debatte zu Wort kam, scheint auf der Suche nach den Gründen der offensichtlichen Misere auf den Gedanken gekommen zu sein, daß diese mit der politisch-ideologischen Linie, mit dem Farbwechsel der Partei zusammenhängen könnte. Die politisch-ideologische Linie der Partei war ein Tabu, an das selbst angesichts offensichtlicher Widersprüche und praktisch unbegründeten Schwankens in der Politik nicht getastet werden durfte. So hat die KPÖ seit Jahren die absurde Forderung nach Abschaffung des Bundesheeres vertreten. Jetzt ist sie faktisch auf die Linie der Sozialdemokratie, auf die „Demokratisierung des Bundesheeres" eingeschwenkt, praktisch ohne Begründung, wie ein Diskussionsteilnehmer verblüfft feststellte. Erfahreneren KPÖ-Mitgliedern war dasnichts Neues. Schließlich haben sie auch schon erlebt, wie einige Jahre nach dem ultrarechten 19. Parteitag zwar die Vertreter dieser offenen Variante des Revisionismus ausgeschlossen wurden, immer wieder jedoch bekräftigt wurde, daß „die grundlegende Linie des 19. Parteitags und des 20. Parteitags weiterhin volle Gültigkeit" habe. In welche Ecke des revisionistischen Sumpfs die KPÖ auch immer gerade treibt, ihre Linie ist immer richtig und auch schon immer die gleiche richtige Linie gewesen.

Wenns die Linie nicht ist, bleiben nur mehr die „objektiven Ursachen" für die Misere der Partei. Diesmal wars die Krise und der „Antikommunismus" und daß die Revisionisten im ORF zu wenig zu Wort kommen. Soweit es subjektive Gründe geben darf, sind sie im organisatorischen Bereich zu suchen. Davon handelte denn auch der Großteil der Debatte, wie die Parteispitze befriedigt feststellte. Dafür nahm sie auch in Kauf, sich einiges über ihr Bonzenleben, über das Auswuchern des riesigen Apparats ausgehaltener Funktionäre, über ihren geringen Kontakt und ihre Ignoranz gegenüber der Parteibasis sagen lassen zu müssen. Sie gelobte zum x-ten Mal Besserung und ließ eine Resolution mit neuerlichen Appellen zur Verbesserung der organisatorischen Arbeit und des sogenannten ideologischen Aufbaus verabschieden, zu der einige Diskussionsteilnehmer resignierend feststellten, daß das alles nun schon seit Jahren immer wieder beschlossen werde, ohne daß sich etwas ändern würde.

„Alternativprogramm" für die Bourgeoisie zur Überwindung der Krise

Ein weiterer Schwerpunkt des Parteitags war die Verabschiedung der „Alternativen zur Krisensituation", ein aufgewärmter Aufguß ihrer Krisenrezepte aus dem Nationalratswahlkampf 1975. Der Grundgedanke dieser sogenannten Alternative ist der, daß die Kapitalistenklasse sich die Krise schon vom Hals schaffen könnte, wenn sie den Vorschlägen der KPÖ folgte, und daß auch die Arbeiterklasse ihre Forderungen daraus entwickeln sollte, wie man die kapitalistische Krise beseitigen könnte. So finden sich in diesem 10-Punkte-Forderungsprogramm Forderungen nach „gezieltem Einsatz von Radio, Fernsehen und anderen öffentlichen Massenmedien für den Absatz österreichischer Erzeugnisse", nach „strikter Anwendung der bestehenden Markt- und Wirtschaftsgesetze", „Ausbau der Handels- und Kooperationsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten .... ferner verstärkte Bemühungen um neue Kooperationsbeziehungen .... zusammen mit sozialistischen Ländern in Drittländern." Ein Diskussionsteilnehmer erwähnte in diesem Zusammenhang die treffende popularisierte Kurzfassung eines Teils dieses Wirtschaftsprogramms durch einen Arbeitskollegen: „Ihr Kommunisten wollts, daß m statt an VW an Trabant kaufen." Das ist die eine Seite, die auf eine Verstärkung der Abhängigkeit vom Sozialimperialismus abzielt. Die andere ist die massive Propaganda für die Stärkung der Konkurrenzposition des österreichischen Kapitals auf den imperialistischen Märkten, auch dies in enger Zusammenarbeit und Abhängigkeit vom Sozialimperialismus und den anderen revisionistischen Ländern.

Auf dem Boden des Revisionismus kann es keine Einheit geben

Ein wahrer Eiertanz wurde auf dem Parteitag zur Frage des sogenannten „Eurokommunismus" aufgeführt. Von diesen Strömungen im internationalen Revisionismus distanzieren mochte und konnte man sich nicht, dazu gibt es in der KPÖ zu viele Anhänger dieser offensten Variante des modernen Revisionismus. Das bekennen mochte und konnte man sich nicht, angesichts der völligen materiellen Abhängigkeit vom Sozialimperialismus und angesichts der Tatsache, daß wiederum viele andere Mitglieder der Partei diese offenste Spielart des Revisionismus mit einer Abkehr von der Partei beantworten würden. Also versuchte man kurzerhand, die Existenz dieser Strömung und der bereits weit gediehenen Polarisierung in internationalen revisionistischen Lager zu leugnen und alles zuzuschmieren. Das ist auf diesem Parteitag schon jämmerlich schlecht gelungen. Lange wird es nicht einmal mehr so gehen.

In dieser wie in allen Fragen, zeigte sich deutlich, daß die vielbeschworene Einheit der Partei eine reine Wunschvorstellung ist. Auf dem Boden des Revisionismus kann es auch gar keine Einheit geben. Die KPÖ ist von Widersprüchen zerrissen, die auf diesem Parteitag nur mühselig zugedeckt wurden, vor allem, indem peinlichst jede wirkliche Auseinandersetzung um die Grundlinie der Partei umgangen wurde. Letztlich wird sich aber jedes Mitglied und jeder Anhänger der Partei, der es ernst meint mit seinem Willen, der Sache des Sozialismus und Kommunismus zu dienen, eines Tages die Frage nach der grundlegenden Linie, nach dem Klassencharakter dieser Partei stellen müssen. Wir Kommunisten stehen vor der Aufgabe, auch diese Auseinandersetzung in unserem Kampf gegen den modernen Revisionismus zu fördern, dessen direkter organisierter Einfluß heute zwar gering und im Absteigen ist, der aber schon heute in bestimmten Fragen und in einer anderen Klassenkampfsituation allgemein eine der gefährlichsten Bedrohungen der Revolution darstellt.

Das Argument: „Hunger hat jeder den gleichen ....“ gilt bei Benya nicht

Fortsetzung auf Seite 2

Streik, die Forderung nach einem Mindestbetrag erst auf Initiative eines anwesenden Kollegen mit viel Applaus überhaupt in die Protestresolution aufgenommen worden.

Festgelegt wurden die S 450,- von der Gewerkschaftsführung entsprechend der Stimmung unter den Handelsangestellten, gleichzeitig aber, um sie von selbständigen Initiativen zur Durchsetzung einer Forderung gegen die Kapitalisten abzuhalten, hinter der sie auf Grund von breiter Debatte und entsprechenden Beschlüssen stehen.

Benya, der Lohnstratege der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, meint: „Man kann nicht immer mit Sockelbeträgen arbeiten, sonst kommt es zu Nivellierungen und wird die Belohnung für Leistungsunterschiede immer minimaler. Das Argument .... 'Hunger hat jeder den gleichen' ist falsch. Es muß die Verantwortung, es muß die Leistung höher bezahlt werden.“ (Kurier, 16. 12. 77)

Hoch bezahlt wird in der imperialistischen Krise von der Bourgeoisie in der Regel nur der, der was „leistet“ und „verantwortet“ für die Spaltung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die ihrerseits in Bewegung kommt im Kampf um einen Lohn, der einer Arbeiterfamilie das Auskommen ermöglicht. Die Sozialdemokraten leisten gute Dienste für die Niederhaltung der Arbeiterklasse, indem sie chauvinistisches Gift versprühen und glauben machen wollen, Zurückhaltung beim Lohn hilft der „schwachen Wirtschaft“ wieder auf die Beine.

Gewerkschaftsführung liefert die Arbeiter dem Schlachtplan der Bourgeoisie aus

„Wenn die Wirtschaft schwächer wird, muß man sich überlegen, gehe ich in den Soziallohn oder in den Geldlohn. Für uns bedeutet das eben jetzt, daß wir in den Geldlohn gehen.“ (Benya) Gehen die Arbeiter mit den Sozialdemokraten in den „Geldlohn“, so führt das in die Niederlage. Verteidigung des Werts der Arbeitskraft ist nicht Ziel sozialdemokratischer Lohnpolitik.

Das zeigt sich am Beispiel des Handels- wie des Textil-Abschlusses. Aufmerksamkeit verdient aber auch, wenn Benya offen die Preisgabe von erkämpften Sozialleistungen und arbeitsrechtlichen Regelungen propagiert.

Tatsächlich sind die einzig wesentlichen arbeitsrechtlichen Verbesserungen beim neuen Handels-KV die Bezahlung der Überstunden an Samstag-Nachmittagen zu 100%. Diese Forderung wurde von den Handelsangestellten bereits voriges Jahr erhoben, bei den Verhandlungen ist dann bloß eine Verbesserung von 75 auf 85% herausgekommen. Andere Forderungen auf diesem Gebiet, die voriges Jahr erhoben wurden, wie z.B. die Frage des freien Samstags, sind dieses Jahr von der Gewerkschaftsführung gar nicht gestellt worden, und sie hat sich gegenüber den Angestellten auch nicht darüber geäußert. Die Kapitalisten wissen es den Sozialdemokraten zu danken, wenn sie beim Kampf um den „Geldlohn“ kapitulieren und den Kampf um Regelungen zum Schutz der Arbeitskraft vor frühzeitigem und hochgradigem Verschleiß gar nicht mehr führen. Ist einmal in den Fragen des Schutzes der Arbeitskraft von schrankenloser Auspressung die Flanke der Arbeiterklasse aufgerissen, dann haben die Kapitalisten gute Ausgangsposition für den Frontalangriff auch auf den Lohn.

Ob und inwieweit sich die Arbeiter in den Verhandlungen in die Kapitulation vor diesem Angriff führen lassen, hängt davon ab, welchen Spielraum die Gewerkschaftsbonzen von den Arbeitern bekommen, ihr Lebens- und Arbeitsniveau auf dem Altar der kapitalistischen Profitmacherei und imperialistischen Exportschlacht zu opfern.

Jede Festlegung in den Betrieben auf bestimmte Forderungen schränkte diesen Spielraum der Klassenversöhnler ein. Solche selbständigen Äußerungen der Belegschaften schränkt auch die Taktik der Gewerkschaften ein, den Kapitalisten mit dem Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes bloß zu drohen, um möglichst rasch Abschlüsse herbeizuführen, die dann im Ergebnis erst recht nichts bringen.

Zentralvorstand Metall- Bergbau- Energie: Bereit, „Belastungen zu tragen ....“

Mit den Abschlüssen bei den Handelsangestellten und den Textilarbeitern wurden über 300.000 Lohnabhängigen ein empfindlicher Lohnraub aufgezwungen. Der Kapitalistenklasse ist ein Schritt in der Durchsetzung ihres Schlachtplans zur Steigerung der Ausbeutung gelungen. Die Gewerkschaftsführungen sind in beiden Verhandlungen ganz im' Sinne dieses Schlachtplans aufgetreten und haben alle Ansätze der Arbeiter, die Provokationsangebote der Kapitalisten entschieden zurückzuweisen, unterlaufen.

Im Frühjahr stehen die Lohnrunden für die Arbeiter in den großen Industriebetrieben an. „Faire Partnerschaft“ verlangte der Bundesvorstand der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie am 5. 12. von den Kapitalisten und bekundete gleichzeitig die Bereitschaft der „Arbeitnehmer .... Belastungen zu tragen .... im Interesse einer möglichst hohen Beschäftigung.“ (Arbeiterzeitung). Die Stahlarbeiter in der Vöest-Alpine tragen bereits die „Belastung“ geringerer Beschäftigung. An den Löhnen liegt das nicht. Mit neuen Produktionsverfahren im Stahlguß und Produktionsumstellungen auf Industrieanlagenbau sollen neue Eroberungen auf dem Weltmarkt geschlagen werden. Niedriger Lohn und steigende Auspressung der Arbeitskraft, Ausbeutung sichert noch keineswegs den fremden Markt, auf dem die österreichischen Stahlkapitalisten auf die imperialistischen Konkurrenten treffen. Maximale Ausbeutung verbessert bestenfalls die Erfolgsaussichten in der imperialistischen Exportschlacht. Läßt sich die Arbeiterklasse darauf ein, mit „ihren“ Kapitalisten gegen die imperialistische Konkurrenz ins Feld zu ziehen, führt das geradewegs in die Verelendung. Heute fordert die Bourgeoisie die schrankenlose Unterordnung der Arbeiterklasse im imperialistischen Handelskrieg, morgen wird sie die Unterordnung als Kanonenfutter im imperialistischen Krieg fordern.

Anfang Jänner findet die nächste Vorstandssitzung der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie statt, auf der auch Kollektivvertragsfragen besprochen werden sollen. Wenn die Belegschaften jetzt ebenfalls sich zu den Tariffragen äußern, die Lohnrunde ausgehend von ihrem Lohnsack, ihren Ausgaben für Lebensmittel, Mieten und ihren Abzügen an Lohnsteuer debattieren und sich eine entsprechende Meinung bilden, dann ist das keineswegs zu früh. Im Gegenteil, es ist höchste Zeit.

Textilarbeiter 4,8% für 14 Monate

Fortsetzung von Seite 1

ner Raum bereits 1.000 Textilarbeiter ohne Arbeit und bis Ende 1977 erwartete die Arbeiterkammer die „Bereinigung“ von weiteren 500 - 600 Arbeitsplätzen. Aus der Krise ist die Vöslauer damit nicht gekommen. Neue Rationalisierungspläne werden gewälzt. Im August meldete die „Presse“ größere Produktionsumstellungen, begleitet von der Auflassung „unwirtschaftlich arbeitender Betriebe“, und die Reduktion weiterer Arbeitskräfte durch Rationalisierungen.

Vor der Lohnrunde wurde wiederum massiv die Angst vor weiteren Betriebsschließungen geschürt, und eingesetzt, um den gewaltigen Lohnraub durchzusetzen. Ganz unabhängig von der Lohnrunde diskutieren die Textilkapitalisten in ihren Fachblättern seit Monaten Pläne, in den nächsten fünf Jahren weitere 20.000 Textilarbeiter freizusetzen, wobei sie gleichzeitig auf die gesteigerte Ausbeutung und Lohnsenkung der angewendeten Arbeitskraft bauen.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder hat in den KV-Verhandlungen den Schlachtplänen der Kapitalisten zugestimmt und damit rechtfertig sie auch offen den Lohnraub gegenüber den Arbeitern. Der Lohnabschluß sei zwar nicht „zufriedenstellend, in der jetzigen Situation gehe es jedoch um die Erhaltung der Arbeitsplätze“ und es sei „nicht zu verantworten, wenn durch einen höheren Abschluß der eine oder andere Betrieb nachweislich zusperren müßte.“ Mit sozialimperialistischen Lockungen werben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Profitschlacht im internationalen Handelskrieg. Zu gunsten der Hoffnung der Kapitalisten auf neue Erfolge in der imperialistischen Konkurrenz „verantworten“ sie jederzeit die Verelendung der Arbeiterklasse. Nach dem Abschluß von 4,8% äußerte sich Herr Linnmayr, Gewerkschaftssekretär in Tirol und Vorarlberg und Mitglied der Verhandlungskommission, auf die ursprüngliche Forderung mit dem Ziel der Angleichung an die Industrielöhne: 80% der Arbeiter in der Textilbranche seien Frauen, und so gesehen betrage die Differenz der Löhne zu den Frauenlöhnen in der Industrie nur 2–3%. So habe er die „gewerkschaftliche Forderung nach Angleichung immer verstanden“. Angleichung des Lohnniveaus für alle Textilarbeiter an das der gegenwärtig schlechtest bezahlten Teile der Arbeiterklasse – die Elendslöhne in den Frauenlohngruppen als Ziel sozialdemokratischer Lohnpolitik. Warum nicht gleich „Angleichung“ an das Lohnniveau, unter dem in den Niedriglohnländern die Arbeiter von den imperialistischen Konzernen ausgepreßt werden? Das würde die „Wettbewerbsfähigkeit“ der österreichischen Textilindustrie entschieden steigern. Folgt die Arbeiterklasse der Lohnpolitik der Reformisten, so führt das zur Vernichtung ihrer Lebens- und Arbeitskraft im imperialistischen Handelskrieg.

Versicherungsangestellte: Trotz Lohnsenkung Streik von Gewerkschaftsführung abgeblasen

Am Wochenende war der Stand der KV-Verhandlungen der Versicherungsangestellten bei 5,2% auf Seiten des Verbandes und 8% auf Seiten der Gewerkschaft.

Für Dienstag wurde von den Gewerkschaftsführern ein Streik angekündigt, weil die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen waren. Daß diese Streikankündigung eigentlich nur dazu diente, den Unmut der Kollegen über den sich anbahnenden niedrigen Abschluß abzufangen und uns von wirklichen Kampfschritten abzuhalten, zeigte schon die Vorbereitung des „Streiks“:

Einige Kollegen wußten das erste Mal am Freitag davon, durch eine kurze Meldung im Fernsehen. Montag vormittag ging in unserer Gesellschaft (Zürich Kosmos) der Betriebsratsobmann durch die Büros und sagte, daß es „vielleicht einen Streik geben werde“, wenn die Verhandlungen, die auf 14 Uhr festgesetzt waren, kein Ergebnis bringen. Wir diskutierten bis Mittag und waren uns in einem einig: Bereits die 8% sind ein beispielloser Lohnraub!

Einige Kollegen waren dafür, daß auf der Streikversammlung am Dienstag nicht so wie im vorigen Jahr nur die Argumente der Gewerkschaftsführer, von „nicht zuviel erwarten dürfen“ und „auf die allgemeine Wirtschaftslage (sprich: die Gewinne der Versicherungs-Kapitalisten) Rücksicht nehmen müssen“, zu hören sein sollten; die Kollegen selbst sollten einmal von ihren Interessen ausgehend zu den aufgestellten und über die ihrer Meinung nach nötigen Gehaltsforderungen Stellung nehmen.

Zu Mittag riefen wir Kollegen in der Ersten Allgemeinen an und erfuhren, daß sie dort noch überhaupt nichts vom Streik wußten! Kurz darauf kam wieder der Betriebsratsobmann und überreichte uns einen kleinen Zettel der Gewerkschaftsführer der GPA. „Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Dienstag Streik in der Stadthalle. Streikzeit ist Anwesenheitszeit. Kommen Sie alle.“, war alles, was wir darauf lesen konnten. Doch das Maß machte dann der Betriebsratsobmann voll: Er habe der Firmenleitung mitgeteilt, daß er „keinen von uns zum Streik zwingen (!) werde“; jeder, der will, kann hingehen, der Tag wird ihm aber vom Gehalt abgezogen. Unsere Empörung über diese verräterischen Frechheiten quittierte er, indem er achselzuckend und schnell das Büro verließ. Gleich danach wurde das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß die Teilnahme am Streik ein Kündigungsgrund wäre. Derart eingeschüchtert und verwirrt von dieser Art der „Streikvorbereitung“, war dann in unserer Abteilung bald mehr als die Hälfte der Kollegen dagegen, daß wir überhaupt zur Versammlung hingehen. Daß es sich in den meisten anderen Gesellschaften nicht viel anders abspielte, zeigt das Beispiel der Ersten Allgemeinen.

Auf der Grundlage der nicht ernstgemeinten Streikdrohung der Gewerkschaftsführung und einer Streikvorbereitung, die die Kollegen von selbständigen Initiativen abhalten konnte, war es den Kapitalisten ein leichtes, ihre Erwartungen bei den Verhandlungen durchzusetzen: 5,7%, bis unter 7%, gestaffelt nach den Lohngruppen. Um den Lohnraub abzusichern, wurde auch noch die Laufzeit von 12 auf 14 Monate verlängert.

Um das Gesicht zu wahren, holte sich die Gewerkschaftsführung einen zusätzlichen Urlaubstag von den Kapitalisten als Zugeständnis.

Nachdem dieses Ergebnis Montag nacht besiegelt wurde, erfuhren wir am Dienstag in der Früh aus dem Radio, daß der „Streik“ abgeblasen wurde.

Durchs Bonus-Malus-System holen sie sich Geld, die Prämien haben sie im Sommer erhöht, – wie kommen wir dazu, daß sie sich auf unsere Kosten bei unserem Gehalt auch noch bereichern – das war die Meinung vieler Kollegen. Die Versicherungen halten nicht Maß, sondern ihre Gangart wird immer schärfer – solche und ähnliche Argumente wurden den Kollegen entgegengehalten, die noch auf das Sozialpartnerschafts-Argument „Der Wirtschaft gehts schlecht, deshalb müssen auch wir bei den Forderungen Maß halten“ hereingefallen sind.

Aufrüstung von Polizei und Gendarmerie in den letzten Jahren

Am 30. November beschäftigte sich das Parlament auf dem Höhepunkt der „Terroristenjagd" in einer dreistündigen Debatte mit dem „Terrorismus", der inneren Sicherheit und den entsprechenden Regierungsmaßnahmen. Auslösend dafür war eine dringliche Anfrage des „ÖVP-Sicherheitssprechers" Lanner an Innenminister Lanc, in der er die Sicherheitspolitik der Regierung in mehreren Punkten scharf angriff.

In der auf die Anfrage folgenden Debatte, in der Aussprüche fielen, wie, „man muß die Fransen nach links durchkämmen" oder „die linke Wühltätigkeit wird immer ärger", nahm Lanc dann zu den Angriffen der ÖVP Stellung. Wie nach ihm eine ganze Reihe von SP-Vertretern wandte sich Lanc strikt gegen eine öffentliche Erörterung der verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen der SP, da dies Unsicherheit schaffe, wo Sicherheit sein solle. Zu den ÖVP-Vorwürfen sagte er, die österreichische Exekutive sei bestens ausgerüstet, sie sei vollmotorisiert, total mit Funk ausgerüstet, verfüge über eines der modernsten elektronischen Fahndungsnetze Europas und arbeite glänzend mit der Justiz zusammen.

Außer der Tatsache, daß in erster Linie alle drei Parteien vollkommen einig über die Notwendigkeit des beschleunigten Ausbaus des staatlichen Gewaltapparates sind, hat die Parlamentsdebatte gezeigt, daß die ÖVP als Oppositionspartei gerne darüber redet, daß „für die Sicherheit" viel mehr getan werden müßte, während die SPÖ als die Partei, die die für die Sicherheit der Kapitalistenklasse tatsächlich verantwortlich ist, in der Öffentlichkeit lieber nicht darüber reden will, was sie schon alles dazu getan hat. Dazu hat die SPÖ gute Gründe. Gerade die Partei, die immer viel von „Demokratisierung" geredet hat, hat in den sieben Jahren ihrer Regierungszeit die Politik der beschleunigten Aufrüstung des Staatsapparates betrieben.

Der Personalstand bei Polizei und Gendarmerie ist in den letzten Jahren langsam, aber beständig gestiegen. 1969, knapp vor der Machtübernahme der SPÖ, gab es in Österreich 14.827 Polizisten, während die Anzahl 1976 bereits 15.221 betrug. Die Anzahl der Gendarmen stieg in der gleichen Zeit von 10.571 auf 11.262. Diese Gesamtzahlen geben jedoch nur ein schlechtes Bild der tatsächlichen Entwicklung auf dem Personalsektor. Durch verschiedene Umschichtungen und Rationalisierungen wurde der Anteil der reinen Schreibtischbeamten und „Systemerhalter", wie die Mechaniker oder Telefonistinnen, stark gesenkt, während gleichzeitig der Anteil der Wachbeamten anstieg. Im Mai 1977 wurde etwa durch Ministerratsbeschluß die Genehmigung für die Aufnahme von 600 Vertragsbediensteten über den im Dienstpostenplan für die Sicherheitswache vorgesehenen Stand erteilt. Es wurden aber nicht 600 Vertragsbedienstete zusätzlich aufgenommen, sondern, wie Lanc in seinem „Sicherheitsbericht 1976" sagte: „. . . konnten gleichzeitig verschiedene Effekte erzielt werden: Es stehen für Politessen jetzt eigene Dienstposten zur Verfügung, so daß die Dienstposten in der Sicherheitswache, die derzeit mit solchen Vertragsbediensteten besetzt sind, zur Aufnahme von Sicherheitswachebeamten frei sind. Es können bereits jetzt Wachebeamte aufgenommen werden, für die die entsprechenden Dienstposten erst im Laufe des Jahres durch Abgänge (Pensionierungen, Austritte, Sterbefälle) frei werden." Für die Gendarmerie faßte der Ministerrat den gleichen Beschluß, ebenfalls am 31. Mai 1977: 300 Vertragsbedienstete über den systemisierten Stand. Über die reine Personalaufstockung hat die SP-Regierung zur Steigerung der Schlagkraft des Gewaltapparats eine Reihe weiterer wichtiger Schritte gesetzt:

In die Zeit der SP-Regierung fällt die Aufstellung der Objektschutztruppen des Bundesheeres, die zum Großteil aus ausgewählt systemtreuen Offizieren und Unteroffizieren bestehen, gemeinsam mit der Gendarmerie Übungen machen, und bei ihrer Aufgabe des Schutzes von wichtigen Objekten vor der Zivilbevölkerung direkt der Exekutive unterstellt sind. Ebenfalls in die Zeit der SP-Regierung fällt die Aufstellung des besonderen „Gendarmeriebegleitkommandos", das, nachdem man seine Notwendigkeit mit dem Schutz sowjetischer Emigranten vor Überfällen begründet hatte, etwa 1977 bei der Demonstration von AKW-Gegnern nach Zwentendorf und zum Schutz Mondales und Vorsters vor antiimperialistischen Demonstranten eingesetzt wurde und nun zu einer ständigen „Terrorbekämpfungseinheit" und auf einen Stand von 500 Mann ausgebaut wird.

Eine wichtige Neuerung war die Inangriffnahme der Vollautomatisierung des Fahndungswesens. In Zusammenarbeit mit Innen- und Justizministerium wurde bei der Wiener Polizei 1973 damit begonnen. Schon 1975 wurde das elektronische Kriminalpolizeiliche Informationssystem in Betrieb genommen. Bereits im selben Jahr wurden an die Zentrale in Wien die Bundesländer Kärnten, Steiermark, Salzburg und Burgenland angeschlossen und im darauffolgenden Jahr die restlichen Bundesländer. Das elektronische Fahndungsnetz der Polizei verfügt über 234 Anschlüsse an Polizei-, Gendarmerie- und Grenzkontrollstellen. Während 1975 schon 82.256 Personenfahndungen liefen, waren es 1976 bereits 113.612. Im selben Jahr wurden insgesamt 2,226.488 Anfragen an die zentrale Datenbank gestellt.

Detailliertere Angaben über weitere Maßnahmen sind uns über den Bereich Wien bekannt:

In den Jahren 1973 bis 1976 wurden bei der Wiener Sicherheitswache 197 neue Fernmeldeanlagen installiert, die Zahl der Funkgeräte verdoppelte sich im gleichen Zeitraum von 354 auf 707. 1973 wurden im gesamten Wiener Rayonsbereich die Fußpatrouillen eingeführt, 1976 der neue Einsatzplan „Oberon" ausgearbeitet.

Die Anzahl der Schießübungen der Wiener Polizeibeamten wurde drastisch erhöht. 1973 nahmen an Übungen mit der Dienstpistole 3379 Beamte teil, 1974 waren es 11.859 und im letzten Jahr 8.819. Die Übungen auf der Maschinenpistole legten 1973 1.105 Beamte ab, 1974 waren es 3.515 und im vergangenen Jahr 3.302. Am Gewehr (Karabiner) übten 1973 619 Polizisten, 1975 waren es 2.725 und 1976 2.606.

Die Fälle, in denen die Wiener Polizei „von der Waffe Gebrauch machte", stiegen von 63 im Jahr 1974 auf 82 im Jahre 1976. Ebenfalls 1976 wurden in Wien fünfzehn Polizisten in eigenen Lehrgängen zu Präzisionsschützen ausgebildet.

Die hier angeführten Angaben geben natürlich kein umfassendes Bild über die diesbezügliche Tätigkeit der Regierung in den letzten Jahren. Um ein umfassendes Bild zeichnen zu können, würde man Angaben brauchen, die der Staat unter keinen Umständen bereit ist, in der Öffentlichkeit bekanntzugeben. So ist etwa der „Wiener Polizeibericht", der jährlich erscheint, und nur ein grobes Bild der Polizeitätigkeit entwirft, „nicht zur Verbreitung bestimmt".

Trotzdem kann man auch so sehen, daß die letzten Jahre Jahre der verstärkten Aufrüstung und Verbesserung des staatlichen Gewaltapparats waren. Die SPÖ, die in diesen Jahren die Geschäfte der herrschenden Klasse betrieben hat, hat in einer Zeit des Aufschwungs des Klassenkampfes mit umfangreichen Vorbereitungen auf einen Angriff der Arbeiterklasse auf die Festung der Herrschaft der Kapitalisten begonnen und sich auch hier als die Speerspitze der Reaktion erwiesen.

Wertheim/Wien: Neustoppungen ohne Schutzvorrichtungen an den Maschinen

In der Novembernummer des „Informationsblattes", der Zeitung des Arbeiterbetriebsrates, wurde die neueste Unfallstatistik veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß es gegenüber 1976 zwar kein Ansteigen, aber auch kein Sinken der Arbeitsunfälle gab: Es kam wieder zu 31 Arbeitsunfällen. Daß es kein neuerliches Ansteigen gab, liegt daran, daß die Augenverletzungen, eine der häufigsten Unfallarten, vor allem beim Schweißen und Schleifen, gesenkt werden konnten.

Die Zahl „31" darf aber nicht über die Situation hinwegtäuschen, der die Kollegen unterworfen sind. Es existiert eine Reihe von großen, gesundheitsschädigenden Problemen, die niemals in so einer Statistik aufscheinen.

Jagd nach Maximalprofiten ergibt permanente Schädigung und vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft

Wesentliche Ursachen der gesundheitsschädigenden Bedingungen sind erstens die vielen Überstunden (über die Hälfte der Arbeiter haben einen 10 – 12-Stundentag!) und zweitens die immer weiter steigende Arbeitshetze durch Akkord- und Prämienschinderei. Dazu kommt eine ungeheure Lärmbelastung in fast allen Abteilungen. Lärmbelastungen unter der gesetzlichen 90-dezibel-Grenze bilden schon fast die Ausnahme. Untersuchungen über die Auswirkungen haben ergeben, daß ständige Lärmbelastungen zu Kreislaufschäden, Magenbeschwerden, Nervosität, Schlaflosigkeit usw. führt. Viele ältere Kollegen klagen auch über diese Krankheiten. Watte in den Ohren kann nur das Trommelfell schützen, die paar Groschen Lärmzulage sind ein reiner Witz. Betriebsarzt Dr. Maxian behauptet zwar, in seiner Tätigkeit auch ständig im Betrieb nach gesundheitsgefährdenden Problemen Ausschau zu halten, aber selten hat ihn ein Kollege in den Abteilungen gesehen. Wahrscheinlich macht er seine Runden nach Arbeitsschluß, wenns nicht mehr so laut und dreckig ist. Hat einer einmal Kopfweh, oder ist ihm schlecht geworden, bekommt er meistens ein Pulver oder ein Stamperl Cognac. Und gehts ihm einmal wirklich dreckig, muß er sowieso in die nahegelegene Ambulanz gehen. Über das betriebliche Gesundheitswesen wird heute viel unter den Kollegen diskutiert. Daß sich die Kollegen schon seit langem darüber Gedanken machen, zeigt nicht zuletzt der erfolgreiche Kampf um die 1-jährige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, in voller Lohnhöhe, im Frühjahr 1976. Sowohl durch diesen Kampf als auch durch die tagtäglichen Erfahrungen wird vielen immer klarer, daß das Gesundheitswesen vor allem deshalb so mangelhaft und schlecht ist, weil die Firmenleitung die Kontrolle darüber hat.

Den Kapitalisten gehts auch beim betrieblichen Gesundheitswesen darum, es den Profitinteressen unterzuordnen. Was kann es da für sie besseres geben, als einen Betriebsarzt, der nicht viel Schwierigkeiten macht, und ein Gesundheitswesen, wo sie selbst das Reden haben?

Ein Beispiel, das die Situation treffend kennzeichnet, gibts in den Abteilungen „Biegerei und Ablängerei" (hier werden Blechplatten zugeschnitten und gebogen):

Die Akkordstoppungen wurden zum Teil so vorgenommen, daß an den betreffenden Maschinen keine Schutzvorrichtungen angebracht waren, was ein weitaus schnelleres Arbeiten ermöglicht. Ein Fehlgriff, ein Ausrutscher – und die Finger oder die ganze Hand sind abgeschnitten. Oder es wurden Vorgabezeiten so weit heruntergesetzt, daß ein Anbringen von Schutzvorrichtungen völlig unmöglich wird, will der Arbeiter auf seinen Lohn kommen. Daß in letzter Zeit nichts Größeres passierte, liegt einzig und allein an der Geschicklichkeit der Arbeiter!

Das Betriebsgesundheitswesen muß unter die Kontrolle der Arbeiter!

Die Betriebszelle machte in der letzten Zeit eine Reihe von Vorschlägen, um der schlechten Situation beim Schutz vor Unfällen und der Gefährdung der Gesundheit Grenzen zu setzen. Solche Forderungen wurden von der Zelle vorgeschlagen:

– Neustoppungen an jenen Maschinen, die bisher ohne Schutzvorrichtungen gestoppt wurden!

– Ärztliche Betreuung, so lange, bis der letzte Arbeiter die Fabrik verlassen hat.

– Ausreichende Pausen und Waschzeiten an besonders gesundheitsschädlichen Arbeitsplätzen (Galvanik, Lackiererei, Eloxiererei).

– Überprüfung der bestehenden Absaugevorrichtungen auf Funktionsfähigkeit, Überprüfung, ob zusätzliche notwendig sind.

– Den sogenannten „Lärminseln" im Betrieb muß der Kampf angesagt werden. Verbesserte schalldämmende Maßnahmen müssen an Maschinen und Hallen vorgenommen werden.

– Viele Kollegen leiden unter sehr starker Zugluft: Abdichtungen müssen vorgenommen werden.

– Verbesserung der Beleuchtung in den Hallen, vor allem muß darauf geachtet werden, daß kaputte Lampen rascher erneuert werden.

Diese Vorschläge wurden zum Teil bereits unter den Kollegen diskutiert. In diesen Diskussionen wurde immer wieder richtig die Frage gestellt, wie man die Einhaltung, ständige Durchführung und Überprüfung durchführen könne.

Das betriebliche Gesundheitswesen ist Sache der Arbeiter, d.h. es gehört unter Aufsicht des von den Arbeitern gewählten Betriebsrates. Schließlich geht es um den Schutz der Arbeitskraft vor den Folgen der kapitalistischen Ausbeutung. Dem Kapitalisten geht es um maximale Auspressung der Arbeitskraft. Wie können die Arbeiter auf ein betriebliches Gesundheitswesen bauen, das unter seiner Kontrolle steht?! Eine Gewähr für den Schutz vor dem Raubbau an der Arbeitskraft gibt es nur, wenn die Arbeiter selbst über ihre gewerkschaftliche Organisation Durchführung und Einhaltung entsprechender Einrichtungen überprüfen.

Auch die Kontrolle über das Versicherungswesen ist eine entscheidende Frage

Heute ist es so, daß die Kapitalistenklasse die Sozialversicherung kontrolliert und über die von den Werktätigen eingezahlten Millionen an Beiträgen verfügen kann. „Senkung der Verweildauer" in den Spitälern, „Rationalisierung bei den Ausgaben der Sozialversicherung" sind die Parolen, unter denen die Bourgeoisie noch stärkere Angriffe auf das Gesundheitswesen plant.

Diese Frage wurde im Zusammenhang mit dem betrieblichen Gesundheitswesen von der Zelle viel zu wenig beachtet. Sie ist aber eine äußerst wichtige Frage im Kampf um ein tatsächliches, im Interesse der Werktätigen liegendes Gesundheitswesen.

Denn solange die Kapitalistenklasse die Kontrolle über all diese Einrichtungen hat, werden sie diese immer den Profitinteressen unterordnen.

Zelle Wertheim

Kohlekraftwerk Voitsberg: 3. Ausbaustufe – „Sicherung der Arbeitsplätze?"

Beim Kohlekraftwerk Voitsberg – das sich im Besitz der Österreichischen Draukraftwerke (Verbundkonzern) befindet – wird eine sogenannte „3. Ausbaustufe" gebaut, die ca. 3 Milliarden Schilling kosten und ca. 30 Jahre im Betrieb bleiben soll.

Bei Baubeginn kam sogar Kreisky höchstpersönlich nach Voitsberg, um den Spatenstich vorzunehmen. In der Rede versäumte er es natürlich nicht, den Menschen (die gerade im Bezirk Voitsberg besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind), die alte Leier von der „Arbeitsplatzsicherung" vorzusingen. Und, wie sehr der SPÖ-Regierung das Wohl der arbeitenden Menschen gerade auch in Voitsberg am Herzen liege. Was ihr allerdings tatsächlich am Herzen liegt, ist der Profit des Verbundkonzerns und die Sanierung der Staatsfinanzen.

Was Kreisky nicht gesagt hat: Nach der Fertigstellung der Ausbaustufe drei sollen die beiden anderen Dampfkessel, die im und nach dem Krieg gebaut wurden und bis jetzt in Betrieb stehen, *stillgelegt* werden. Offenbar liefern sie inzwischen schon zuwenig Gewinn und haben sich amortisiert. Wie es dann mit den Arbeitsplätzen tatsächlich aussieht, kann man sich denken.

Maulkorberlaß für Postler über Staatssanierung

Die Bourgeoisie sähe die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst gern als „Garanten des Rechtsstaates", die für das Geschäft der Schikanierung, Bespitzelung und Unterdrückung des imperialistischen Staatsapparates als „Berufsbeamte" wahrnehmen. In diesem Sinn hat sich die Gewerkschaft der Öffentlich Bediensteten am 8. Gewerkschaftstag im November eingesetzt. Beschwörende Reden haben die politischen Häupter der Bourgeoisie im Staatsapparat dort als „einfache Gewerkschaftsmitglieder" gehalten. Kirchschläger würdigte die „staatstragende Funktion des ÖGB" und betonte, daß die Rolle der öffentlich Bediensteten „kein Untertanendienst und kein untertäniger Dienst, sondern ein Mittel am Wohl der Mitbürger ebenso wie an einer guten und glücklichen Entwicklung der Republik Österreich" sein soll. Aktiven Einsatz und „Mitverantwortung" fordert hier der Dienstherr von seinen Lohnabhängigen. Kreisky warb bei seinem Auftritt dafür, „gemeinsam mit dei Regierung das Unbehagen der Mitbürgei über den Staat so klein wie möglich zu halten."

Sozialchauvinistisches Gift hat die Bourgeoisie nötig in einer Zeit, wo der bürgerliche Staat nicht nur mit „Unbehagen", sondern mit politischen Massenbewegungen gegen seine Energiepolitik und seine Minderheitenpolitik konfrontiert ist. Sozialchauvinismus und gleichzeitig Unterdrükkung um zu verhindern, daß die Masse der öffentlich Bediensteten an politischen Kämpfen teilnehmen. Sozialchauvinismus und Unterdrückung, um zu verhindern, daß die öffentlich Bediensteten ihre Interessen als Lohnabhängige wahrnehmen und den gewerkschaftlichen Kampf gegen den staatlichen Dienstherrn aufnehmen.

Mehr als ¾ der Staatsangestellten haben Gehälter unter S 10.000,- brutto, fast 60% verdienen unter 7.500,- und 43.000 Beamte müssen mit weniger als S 5.000,- auskommen.

Folgende Verlautbarung ist kürzlich an alle Wiener Dienststellen der Post ergangen:

„Betreff: Budgetlage, Personalmangel; Mitteilung an Außenstehende

Wegen der negativen Auswirkungen auf das Image der PTV werden alle Bediensteten angewiesen, Begründungen nicht zu verwenden, die auf eine unsichere Budgetlage abstellen, bzw. Leistungen der PTV nur unter der Bedingung in Aussicht stellen, daß keine Budgetkürzungen eintreten, oder hinsichtlich der Undurchführbarkeit von Maßnahmen auf Personalmangel gegenüber Außenstehenden hinweisen.

Diese Verlautbarung ist allen Bediensteten nachweislich zur Kenntnis zu bringen."

Mit dieser Verlautbarung gestehen die Herren in der Verwaltung unfreiwillig ein daß an den Dienststellen der Post Personaleinsparungen in vollem Gange sind und daß in Zukunft diese Rationalisierung auf dem Rücken der Kollegen noch verschärft betrieben werden soll. Natürlich wird diese Sanierung des Staatshaushaltes eine Verschlechterung der Dienstleistungen an den Postämtern mit sich bringen. Die andere Seite ist die, daß die Einsparungen verschärfte Arbeitshetze für die Beschäftigten der Post nach sich ziehen, wie am Beispiel des Salzburger Postamtes ersichtlich.

„Außenstehenden" soll die Ursache dieser Verschlechterungen bei den Leistungen der Post verborgen bleiben. Gelingt es der staatlichen Verwaltung einen solchen Maulkorberlaß durchzusetzen, würde sie erreichen, daß der Unmut der Bevölkerung über die mangelnden sozialen Dienstleistungen der Staatsbetriebe für die Massen als mangelnde Arbeitsleistung der Beamten erscheint. Die Spaltung der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst von der Arbeiterklasse wäre vorangekommen.

Tatsächlich haben die Postler wie die Mehrheit der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst keine Ursache, die Masse der Lohnabhängigen als „Außenstehende" zu behandeln, sich selbst mit dem staatlichen Dienstherrn zusammenzuschließen und sich den Einsparungen im Staatshaushalt zu unterwerfen als „freie Diener" des Staates. Alle seine Potenzen stellt der Staatsapparat der imperialistischen Bourgeoisie für die Absicherung und Stärkung ihrer Herrschaft im Innern und nach Außen zur Verfügung. In Zeiten der Krise geht das notwendig mit verschärftem Druck auf Arbeits- und Lebensniveau der Lohnabhängigen im Staatsdienst einher. Der wachsende Widerspruch zwischen der Masse der ausgebeuteten öffentlich Bediensteten und dem staatlichen Dienstgeber kann nur mit Unterdrückung im Zaum gehalten werden. Der zitierte Maulkorberlaß stützt sich auf Paragraphen des Dienstrechts, mit dem die politische und gewerkschaftliche Betätigung des „Staatsdiener" unterdrückt, ihr Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse verhindert werden soll.

Wollen sich die Postler gegen die schrankenlose Auspressung ihrer Arbeitskraft zur Wehr setzen, müssen sie solche Erlässe und damit auch das Dienstrecht mißachten und bekämpfen. Wie man sieht, tun sie das auch.

Postamt Salzburg – Weihnachtliche Verschärfung der Arbeitshetze

Weihnachtszeit – Freudenzeit für das Kapital, harte Zeit für die Postarbeiter. Zahllose Werbeprospekte, angesetzt auf die schmalen Geldtaschen der Werktätigen, Unmengen von Waren, müssen befördert und zugestellt werden. Die Verkehrsleistungen steigen sprunghaft an. Das Kapital reibt sich die Hände: „Profit!" Die Postarbeiter reiben sich den Schweiß von der Stirne – wenn sie dazu noch Zeit haben.

In diesen Tagen bekommen die Kollegen es beinhart zu spüren, was die Sparmaßnahmen der Regierung bedeuten: unerträgliche Überstundenschinderei, vermehrte Schicht- und Nachtarbeit, Arbeitsjetze bis zur physischen Erschöpfung. Trotz ständig steigenden Arbeitsanfalls hat die Regierung seit 1974 den Dienstpostenplan laufend gekürzt. Immer weniger Kollegen müssen immer mehr leisten. Der Raubbau am Arbeitsvermögen und an der Gesundheit muß herhalten für die Sanierung des Staatshaushaltes, für das Gedeihen der Profite. In den letzten Jahren ist schon zu normalen Geschäftszeiten die Arbeitsleistung um 30% gestiegen, und seit 1974 sind die Postbeschäftigten um 2,47% zurückgegangen.

Der folgende Beitrag aus dem Postamt 5020 zeichnet das Bild von der derzeitigen Lage der Bediensteten im größten Postamt Westösterreichs.



Paketumleitung (Eisenbahnhalle): Hochbeladene Paketwagen behindern das Ent- und Verladen der Waggons, die Perrons sind vollgestopft, die Kollegen müssen sich mühselig zwischen den Wänden durchzwängen.

Ein Kollege läßt seinem Unmut freien Lauf: „Kaum noch zum Pinkeln kommt man bei dieser Plackerei! Überstunden nach dem Dienst, Überstunden am Samstag, der Sonntag ist zu wenig, um sich richtig zu erholen. Jeden Tag tut mir jeder Knochen im Leib weh." – Warum so viele Überstunden? – „Warum? Wo früher 14 Leute standen, sind wir heute nur noch 4. Nicht mal Aushilfskräfte haben wir gekriegt!" – Wer bestimmt darüber? – „Die da oben in der Personalstelle. Der Personalchef, soll er doch selber einmal zulangen. Aber die sind ja stolz darauf, wenn sie bei uns sparen. Kriegen doch Belohnungen dafür!" – Aber dafür springt was raus, oder? – „Ja, ein paar Lappen für'n Androsch. Und mit dem Rest kann ich grad das Debet auf dem Gehaltskonto ausgleichen. Und eine stille Rücklage für'n Arzt, den braucht man, meistens früher als später!"

In der *Briefumleitung* daneben türmt sich die Briefpost. Die Beutel von den Zügen werden gleich im Vorraum geöffnet, auf Rollen aufgestapelt und in den Gängen und im Keller abgestellt. Drinnen steigt der Rauch auf, eine Auflage nach der anderen, ununterbrochen der Lärm der Bündelmaschinen, der Kartierraum dampft, Entlüftung gibt es keine. Kollegen einer Partie arbeiten den Sylvester-Nachtdienst ein, die Verwaltung spart sich damit Überstunden.

Im Versackraum ist das Band ständig in Bewegung, die Versacker kommen kaum noch nach. Der Packmeister ist arg im Schwimmen, man kann sich im engen Raum schlecht bewegen, die Beutelgestelle sind häufig blockiert von herumliegenden Postsäcken.

Das meiste ist Firmenpost. Zwar werden seit 9. 12. bis über die Feiertage keine Massensendungen angenommen, aber das ist kein Hindernis für die Kapitalisten, sie geben den Massendruck in unverminderten Mengen vollfrankiert auf, das Porto ist in den Preiskalkulationen schon inbegriffen.

33 Briefe pro Minute beim Rohsortieren ist der Akkordsatz, bei Großstücken 18, bei Versackstücken 11. Wenn sich die Kollegen nur annähernd daran halten, dann steht der Betrieb. Dienst nach Vorschrift – und der ganze Briefverkehr in Westösterreich wäre blockiert. Tatsächlich werden mindestens die doppelten Stückzahlen erbracht. Aber trotz solcher Mehrleistungen, trotz massiver Überstundenschinderei – manche Kollegen haben schon die Höchstgrenze von 60 Überstunden erreicht – häuft sich die Arbeit an.

Rund um die Uhr geht der Dienst. 12 Stunden Nachtdienst im Vierer- oder Fünferturnus. Dabei braucht der menschliche Organismus 9 Tage, bis er eine durchwachte Nacht voll verkraftet hat. Hier aber machen die Kollegen oft 2, 3 Nachtdienste hintereinander. Der „Vorteil" ist die Aufbesserung des Gehalts durch die Zulagen. Wirklich verbessert wird dadurch nichts, aber auch schon gar nichts. Überhaupt nicht in Geld läßt sich der Verschleiß an Arbeitskraft und Gesundheit messen. Den Vorteil hat die Verwaltung, sie spart sich zusätzliche Arbeitskräfte.

In der *Briefzustellung*, einen Stock höher, kommen die Kollegen „freiwillig" früher in den Dienst. Das Sortieren der Briefmassen ist sonst kaum zu packen. Die Tasche ist prall gefüllt, aber sie reicht schon lange nicht mehr aus. Der Rucksack wird vollgestopft, 20, 30, 40 Kilo. Vorschrift ist: höchsten 15 Kilo – aber nach dieser Vorschrift müßte die Belegschaft verdoppelt werden. Den Rest in den Handwagen, der ist auch bald voll und wieder bleibt was für Samstag über; die Warenkataloge und Zeitschriften passen nicht in die 5-Tage-Woche. Arbeitszeitgesetz? Ein Fetzen Papier.

„Für unsere Mehrarbeit wollen wir unser Geld!"

Von einem Wiener Postamt erhielt die Redaktion folgende Korrespondenz:

Vor Weihnachten fällt für die Briefträger immer ziemlich viel Mehrarbeit an. Zum Beispiel müssen wir die letzten beiden Samstage ganz normal arbeiten und Briefe austragen. Für die Samstage bekommen wir S 80,- bezahlt. Das Geld kommt meist im Jänner. Für die Mehrbelastung bekommen wir eine pauschale Abgeltung, eine Prämie, sozusagen, von S 1.800,-. Bisher haben wir dieses Geld immer noch vor Weihnachten bekommen. Heuer sollen wir sie erst im Februar (!) ausbezahlt kriegen.

Bei uns waren alle Kollegen sehr empört. Wir haben daraufhin eine Anfrage an den Gewerkschafter gerichtet. Dieser hat sich darauf ausgeredet, daß der Computer umgestellt wird. Aber was geht uns der Computer an! Wir haben jetzt geschuftet und jetzt brauchen wir auch unser Geld! Dann wollte er uns weismachen, daß es sowieso nur von Vorteil für uns ist, wenn wir alles Geld zugleich ausbezahlt bekommen, weil wir dann nur einmal Abgaben zahlen müssen. Wir haben aber diesen Schmäh durchschaut. Wir müssen doch durch die Progression nur noch mehr Steuern zahlen, wenn wir mehr Geld auf einmal ausbezahlt bekommen.

Außerdem sehen wir nicht ein, warum wir der Post einen Kredit auf 2 Monate geben sollen.

„Energiesparen" – ein Motto für die staatliche Ausplünderung

Fortsetzung von Seite 1

. Die bevorstehende Strompreiserhöhung verfolgt die Absicht, die Tarifabnehmer noch stärker zur Kasse zu bitten und auch auf diesem Weg die massive Stützung des wesentlich niedrigeren Strompreises der Sonderabnehmer zu garantieren.

Die Strompreiserhöhung für die Haushalte bedeutet höhere Ausgaben für die Reproduktion der Arbeiterklasse, denn der Stromanschluß in jeder Wohnung gehört heute – bis auf einige ländliche Gebirgsgegenden – zum allgemeinen Lebensstandard. Die Ausgaben für den Strom fließen also in den Wert der Arbeitskraft ein. Im Lohnkampf halten sich die Arbeiter an den Kapitalisten dafür schadlos.

Nichtsdestoweniger ist es notwendig, die mittlerweile alljährlichen Strompreiserhöhungen auch direkt zu bekämpfen und zu verhindern zu versuchen: Erstens aus dem Grund, weil die verstärkte Ausplünderung über den Strompreis direkt der Finanzierung des imperialistischen Energieprogramms und der Stützung des Strompreises der Großkapitalisten dient.

Zweitens aus dem Grund, weil solche laufenden Strompreiserhöhungen und ihr beschriebener Zweck dem Bestreben der Kapitalisten entgegenkommen, den tatsächlich bezahlten Preis der Ware Arbeitskraft spürbar unter ihren wirklichen Wert hinunterzudrücken.

Zu den Strompreiserhöhungen kommt noch hinzu die wachsende Ausrüstung der Haushalte mit elektrischen Geräten, wie Kühlschränken, Waschmaschinen, Apparaten zur Erleichterung der Küchenarbeit; Fernsehen; aber vielfach auch mangels anderer Anschlüsse und Möglichkeiten Heizgeräte und Wasserboiler. Die verschiedenen Geräte zur Erleichterung der Haushaltsarbeit wurden unumgänglich mit der Hineinziehung unzähliger Frauen in die Produktion.

Die Anschaffung solcher Geräte wurde durch penetrante Werbekampagnen der E-Wirtschaft und der Produzenten dieser elektrischen Geräte noch beschleunigt.

Die laufenden Strompreiserhöhungen und die beabsichtigte Tarifreform (auf die wir gleich näher zu sprechen kommen), sollen unter dem ideologischen Trommelfeuer des „Energiesparens" auf dem Weg der Ausplünderung der Massen und der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse weiter helfen. In ihrer Frechheit hat die herrschende Klasse kürzlich sogar eine Meinungsbefragung starten lassen, was die Werktätigen in ihren Wohnungen zuerst abschalten würden, wenn es ans Stromsparen ginge. Solche Befragungen drücken die ernstzunehmende Absicht eines Anschlages auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse aus.

Der um weit mehr als die Hälfte niedrigere Strompreis für die Großkapitalisten wird von den E-Gesellschaften damit begründet, daß diese industriellen und gewerblichen Sonderabnehmer eine bestimmte Strombelastung gleichmäßig auf den ganzen Tag verteilt verbrauchen, während die Haushalte vor allem Spitzenstrom verbrauchen, insbesondere in den späten Nachmittags- und frühen Abendstunden.

Freilich sind diese Stromspitzenverbrauchszeiten nicht auf die Bosheit Millionen Lohnabhängiger zurückzuführen, sondern darauf, daß sie in der Früh und am Abend massenweise in die Fabriken, Geschäfte, Ämter und Büros hineingepreßt und am Abend wieder ausgestoßen werden und durch öffentliche Verkehrsmittel und Verbrauch des Stromes in den Haushalten der Gesamtverbrauch zu diesen Zeiten stark ansteigt.

Worauf läuft die sogenannte Tarifreform hinaus und welcher Art sind die Differenzen zwischen Staribacher und der staatskapitalistischen E-Wirtschaft?

Weil der Handelsminister die beantragte Strompreiserhöhung mit einer Tarifreform koppeln will, hat er – um damit durchzukommen – selbst ein Hinausschieben der Strompreiserhöhung von ursprünglich 1. Jänner um ein bis zwei Monate hingenommen.

Staribacher will von den bisherigen zwei Elementen des Tarifs – Grundpreis und Arbeitspreis – den letzteren nicht nur um die 6,45%, sondern auch progressiv staffeln. Das heißt, daß ab einem bestimmten kWh-Verbrauch die einzelne kWh für die Haushalte noch teurer wird, als sie es ohnehin schon ist. Auf diesem Weg will Staribacher die Plünderung der werktätigen Massen weiter vorantreiben und unter dem Motto des Energiesparens indirekte Zwangseinschränkungen verfügen. Die Vorstellungen der staatskapitalistischen E-Wirtschaft für eine Tarifreform zielen genauso auf eine verstärkte Plünderung der Massen ab, das soll aber auf anderem Weg geschehen und mehr auf die besonderen Verwertungsbedürfnisse des Kapitals in der staatskapitalistischen E-Wirtschaft Bedacht nehmen. Allerdings haben Vertreter der Verbund- und Landesgesellschaften in der Frage der Tarifreform eine abwartende Haltung eingenommen gegenüber dem Handelsminister, der die allgemeine Strompreiserhöhung nicht ohne gleichzeitige Tarifreform in Kraft setzen will.

Das erklärt sich daraus, daß die Vertreter der E-Wirtschaft eine gründliche Stromtarifreform nur darin erblicken, daß der Grundpreis für Haushalte und Landwirtschaft – der heute kaum ins Gewicht fällt – nach der tatsächlichen Leistung der vorhandenen Geräte bemessen und insgesamt im Vergleich zum Arbeitspreis wieder ein viel stärkeres Gewicht bekommt. Er soll die „Festkosten" annähernd decken. Die sogenannten Festkosten bzw. der hohe Anteil fixen Kapitals in der E-Wirtschaft (Dämme, Anlagen, Leitungen, usw.) und deren lange Lebensdauer sowie die folglich ungewöhnlich lange Umschlagzeit des Kapitals, stehen in Widerspruch zu seinem Verwertungsdrang. Dem wurde Rechnung getragen, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der Stromproduktion, welcher sich nicht auf Lager legen läßt, u.a. durch Ausbau des sogenannten Nachtstromtarifes, welcher sich vor allem durch einen geringen Arbeitspreis auszeichnet.

Dennoch ist eine Berechnung des Grundpreises nach der Leistung in den Haushalten schwer bis gar nicht durchzuführen, weil der Aufwand zu groß ist. Das hat auch der Finanzchef des Verbundkonzerns, Bandhauer, erkannt und betont: „Man werde den bisher beschrittenen Weg weitergehen und die Arbeitspreise stärker anheben als den Grundpreis." („Presse". 23.11.77). Das kommt also dem Handelsminister und seinen Vorstellungen schon sehr nahe. Bandhauer hat zu diesem auch nur zu sagen: „Man dürfe sich von einer Reform allerdings keine Wunder erwarten, die Stromnachfrage sei relativ preisunabhängig." Mit anderen Worten: Der Arbeiter wird die Herdplatte und die Waschmaschine auch einschalten, wenn es ihn sehr viel kostet. Wohl oder übel.

Aktionstag Mitte Jänner – ein erster Schritt zur Entfaltung des Widerstands

Die Differenzen zwischen Staribacher und der staatskapitalistischen E-Wirtschaft und die daraus erfolgende Verschiebung der Strompreiserhöhung auf Februar oder März 1978 schaffen nützlichen Zeitgewinn für die Enthüllung der mit der Strompreiserhöhung und der Tarifreform, also faktisch der mit einer doppelten Strompreiserhöhung verfolgten Absichten. Aber nicht nur das. Es schafft wichtige Zeit, um den Widerstand gegen diese Pläne zu stärken, die Bereitschaft für Kampfaktionen zu wekken und diese auch zu organisieren: Der Kommunistische Bund Österreichs schlägt vor, Mitte Jänner einen Aktionstag mit einer Vielzahl kleinerer Kundgebungen und Agitationseinsätzen in allen Städten und Dörfern Österreichs durchzuführen, wo sich Kräfte dafür finden. Die Erfahrungen daraus sowie aus der Kontaktnahme etwa mit Betriebsräten, sollen zusammengefaßt werden, um unmittelbar nach dem Aktionstag über die Möglichkeiten und Bedingungen weiterer, größerer und konzentrierter Protestaktionen Ende Jänner zu beraten und ihre Vorbereitung in die Wege zu leiten.

Die Grundlage des Zusammenschlusses der Massen in dieser Frage ist klar: Keine Erhöhung der Strompreise für Haushalt, Gewerbe, Landwirtschaft!

Für die Bildung einer breiten Aktionseinheit hat es schon einen ersten erfreulichen Schritt gegeben: Auf einem zur Frage der Strompreiserhöhung einberufenen Treffen in Wien äußerten die Vertreter fast aller anwesenden und am Ort aktiven Atomkraftwerksgegnergruppen, daß sie prinzipiell bereit sind, ihre Kräfte auch in den Dienst des Kampfs gegen die Strompreiserhöhung zu stellen.

An verschiedenen Fronten trifft die Regierung Vorbereitungen zur Inbetriebnahme von Zwentendorf

Mit verschiedenen betrügerischen Manövern versucht die Regierung gegenwärtig, das Atomprogramm zu beschleunigen, um möglichst noch im Sommer 1978 mit Zwentendorf in Betrieb zu gehen:

* Nach der Propagandawelle in Kasernen und Schulen, die keineswegs noch abgeebbt ist, hat jetzt eine offensichtlich koordinierte Aktion in der Presse begonnen. Ob im Kurier oder in der Presse, überall wird über Energiefragen geschrieben, und man läßt mehr oder weniger offen durchblicken, daß ohne Zwentendorf die Stromfrage für Österreich nicht lösbar ist. Schon jetzt, schreibt die Presse z.B., seien übermäßig viele teure Stromimporte notwendig gewesen – die E-Wirtschaft vermisse schmerzlich den Atomstrom aus Zwentendorf. Verschämt wird dabei verschwiegen, daß Österreich im Jahresdurchschnitt weit mehr Strom exportiert als importiert, so sind z.B. im August – einem Monat mit starkem Export – 796 Gigawattstunden exportiert und 50 Gigawattstunden importiert worden (Energiebericht des Statistischen Zentralamtes).

* Gleichzeitig trifft die Regierung Vorsorge, um die Atommüllfrage als gelöst hinstellen zu können. So wurde mit der französischen Firma COGEMA ein „Atommüllvertrag" abgeschlossen. Diese Firma verpflichtet sich, die abgebrannten Brennstäbe zwischenzulagern und die Wiederaufbereitung durchzuführen. An der dafür vorgesehenen Anlage soll sich auch Österreich beteiligen.

Allerdings ist die französische Firma und der französische Staat vorsichtig. Sie hat die Wiederaufbereitungsanlage ja noch nicht einmal fertiggestellt und weiß momentan genausowenig wie irgend jemand anderer, was mit dem hochaktiven Abfall eigentlich geschehen soll. Im Vertrag steht daher, daß sich Frankreich vorbehält, mit Beginn der neunziger Jahre eine Rücknahme des radioaktiven Abfalls zu verlangen.

Die österreichische Regierung ist angespornt vom Beispiel der BRD-Regierung. Dort hat eine „Reaktorsicherheitskommission" herausgefunden, daß das für Niedersachsen (Gorleben) geplante „Entsorgungszentrum grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar ist". Mit diesem Fachleutegutachten versucht die westdeutsche Bourgeoisie, sich Mut zu machen bei ihrer abenteuerlichen AKW-Politik. Man kann sich vorstellen, daß die österreichische Regierung und die österreichische Bourgeoisie auf ähnliche Weise „erfolgreich" sein will. So heißt es in dem jetzt im Parlament eingelangten Regierungsbericht, daß die Regierung nach Lösung der Deponiefrage gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Zwentendorf keinen Einspruch erheben werde. Gleichzeitig steht im Bericht, daß es Sache der „Kraftwerksbetreiber" – also der Kraftwerksgesellschaft – sei, Vorschläge, für eine Lösung des Problems der vorläufigen Endlagerung zu erstatten. Was die Regierung unter der „Lösung des Problems", die eine sofortige Inbetriebnahme des Kraftwerkes „ohne Einspruch" erlaubt, versteht, läßt sie offen.

* Wie schnell die Sache nach den Vorstellungen der Regierung gehen soll, zeigt die Meldung, daß die Brennelemente im Frühjahr in Zwentendorf eingebracht werden sollen. Diese Meldung kann natürlich sehr gut auch lanciert sein, um den Transport der Brennelemente zu einem anderen Zeitpunkt möglichst ungestört über die Bühne bringen zu können.

Die Regierung hat also große Pläne für 1978. Dementsprechend wichtig ist es für die Bewegung gegen das AKW-Programm, im neuen Jahr die Anstrengungen zu verstärken, um die Inbetriebnahme von Zwentendorf zu verhindern.

Berichtigung:
Der Bericht der Gruppe Großfeldsiedlung gegen AKW über die Betriebsveranstaltung in Simmering wurde irrtümlich so montiert, daß der Eindruck entstand er wäre Teil des Hauptartikels.



3.000 Stück ist die Auflage von „INITIATIV", der ersten Nummer des „Informationsblattes der IÖAG". In der Zeitung, die in ganz Österreich verkauft wird, finden sich vor allem Berichte über die große Demonstration am 26. Oktober, darunter die Protestresolution der IÖAG an die Bundesregierung, die wir auszugsweise schon im Klassenkampf veröffentlicht haben und die Rede des Vertreters des Koordinationsausschusses der IÖAG vor dem Parlament. Wir halten die Herausgabe des „Informationsblattes" für einen guten Schritt zur besseren Mobilisierung des Volks gegen die AKW-Politik der Regierung. Regemäßig erscheinend, kann sie zu einem Hauptinstrument der Agitation und Propaganda und zu einem Organisator der Bewegung werden.

Erol Sever kämpfte aktiv gegen die reaktionären Ausländergesetze

Darum wurde er von der Fremdenpolizei ausgewiesen und deportiert

Mit dem Überfall der österreichischen Polizei auf den türkischen Staatsangehörigen Erol Sever, mit der Verhängung eines unbefristet andauernden Aufenthaltsverbotes über ihn, mit seiner Verschleppung in die Türkei und mit seiner Auslieferung an die faschistischen türkischen Behörden hat der Staat der österreichischen Kapitalistenklasse auf den Informationsmonat von AYDINLIK geantwortet, der ein Meilenstein im Kampf um die Rechte der ausländischen Arbeiter in Österreich war. Die österreichische Bourgeoisie will nicht tatenlos zusehen, wenn der Zusammenschluß ausländischer und österreichischer Arbeiter im Kampf um die Rechte der Ausländer Fortschritte macht. Bei ihren Bestrebungen zur Niederhaltung dieses Kampfes ist das reaktionäre Fremdenpolizeigesetz eines ihrer wichtigsten Instrumente.

> Anläßlich einer Demonstration am 25.11.1977 wirkte Erol S E V E R, unter Zuhilfenahme eines Megaphons, als Einpeitscher der Sprechchöre u.a. rief er Parolen wie: "Weg mit dem reaktionären Ausländerbeschäftigungsgesetz". "Schluß mit den Schikanen der Fremdenpolizei" und er nahm auch in einer Ansprache gegen die österreichischen Gesetze Stellung.

In ihrer Begründung für die Erlassung eines unbefristet andauernden und sofort zu vollstreckenden Aufenthaltsverbots schreiben die Büttel der Kapitalisten:

„Anläßlich einer Demonstration am 25.11.1977 wirkte Erol S E V E R, unter Zuhilfenahme eines Megaphones, als Einpeitscher der Sprechchöre u.a. rief er Parolen, wie 'Weg mit dem reaktionären Ausländerbeschäftigungsgesetz'. 'Schluß mit den Schikanen der Fremdenpolizei' und er nahm auch in einer Ansprache gegen die österreichischen Gesetze Stellung.

Der Aufenthalt eines Ausländers, der ein derartiges Verhalten zeigt, ist als den öffentlichen Interessen zuwiderlaufend anzusehen und geeignet, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gefährden."

Als den „öffentlichen Interessen zuwiderlaufend" ist es also anzusehen, wenn man gegen österreichische Gesetze Stellung nimmt und wer das tut, dessen „weiterer Aufenthalt im Bundesgebiet" läuft den öffentlichen Interessen zuwider.

Tatsächlich liegt es aber gerade an den Gesetzen, daß es so ist, daß immer größere Teile der breiten Volksmassen sich gerade gegen diese Gesetze wenden müssen, die Gesetze zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalistenklasse sind, Gesetze zur Ausbeutung und Unterdrückung der überwältigenden Mehrheit der Österreicher durch eine Handvoll kapitalistischer Blutsauger. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Fremdenpolizeigesetz, die beide auf die völlige Entrechtung der Ausländer und auf die Spaltung der österreichischen Arbeiterklasse in österreichische Staatsbürger und „Fremde" abzielen, sind geradezu Musterbeispiele von Gesetzen, gegen die sich zu wenden mehr als gerecht ist, sowohl für Ausländer als auch für Inländer.

Wenn davon gesprochen wird, dies liefe den öffentlichen Interessen zuwider, so kann dies natürlich nicht das geringste mit den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes zu tun haben. Hinter den „öffentlichen Interessen" verstecken sich vielmehr die Interessen der Kapitalisten, die mit ihrem Staatsapparat die Macht in unserem Land innehaben und alle öffentlichen Bereiche kontrollieren. Wer gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Fremdenpolizeigesetz eintritt, gefährdet nicht „Ruhe, Ordnung und Sicherheit" der Volksmassen, sondern er gefährdet die Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Kapitalisten, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken, egal ob er nun Ausländer oder Inländer ist.

Erol Sever hat nichts anderes gemacht als viele seiner ausländischen und inländischen Kollegen. Er hat am 25. 11. 77 an einer legalen Demonstration teilgenommen und seine Meinung zum Ausdruck gebracht.

Ohne richterlichen Befehl und ohne ihnen auch nur im geringsten irgendeine Schuld nachweisen zu müssen, kann man Menschen bis zu drei Monaten in den Verliesen der Polizeigefangenenhäuser verschwinden lassen und restlos von der Öffentlichkeit abschneiden, ohne jedwede öffentliche Verhandlung kann man Menschen verurteilen, ohne die Möglichkeit eines Einspruchs kann man Menschen aus dem Land verschleppen – wenn sie Ausländer sind.

Die Beamten, die mit der Durchführung dieser Machenschaften betraut sind, arbeiten im Dunkeln, sie sind der Öffentlichkeit vollständig unbekannt und über ihre Tätigkeit keinerlei Rechenschaft schuldig. Um verhindern zu können, daß sie von der Öffentlichkeit noch vor der Durchführung an ihren Verbrechen gehindert werden können, sind sie berechtigt, „wegen der drohenden Gefahr der Vereitelung der fremdenpolizeilichen Maßnahmen .... einer allfälligen Berufung die aufschiebende Wirkung abzuerkennen" und ihre Erlässe binnen Stundenfrist durchführen zu lassen. So kann man einen Menschen binnen weniger Stunden für immer und ewig aus dem Land, in dem er sich seit Jahrzehnten eine Existenz aufgebaut hat, verbannen und, ehe irgendjemand davon erfahren kann, über die Grenze deportiert haben.

Bei Erol Sever ist dies den österreichischen Behörden gelungen. Die Ziele, die sie verfolgt haben, haben sie jedoch nicht erreicht und werden sie auch nie und nimmer erreichen können.

Schon heute sind in den Kampf um die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes gegen Erol Sever weitaus mehr Menschen einbezogen, als etwa an der seinerzeitigen Demonstration teilgenommen haben. In mehreren österreichischen Städten haben sich hunderte Menschen in Protestresolutionen an die Bundesregierung gewandt und die sofortige Aufhebung des Einreiseverbotes gefordert. Hunderte Menschen haben diese Forderung mit ihrer Unterschrift bekräftigt.

Viele Menschen, die bisher nicht einmal von der Existenz der Fremdenpolizei wußten, haben in den letzten 14 Tagen Tatsachen über deren terroristische Taten erfahren.

Die türkische Zeitung AYDINLIK ist an alle Organisationen die sie im November bei der Durchführung des Informationsmonates unterstützten herangetreten, um eine Aktionseinheit für die Wiedereinreise Erol Severs zu erreichen. Diese Aktionseinheit, der auch der KB angehört hat bereits ihre Arbeit aufgenommen und zur Vorbereitung einer Demonstration mit einer Information und Aufklärungskampagne begonnen.

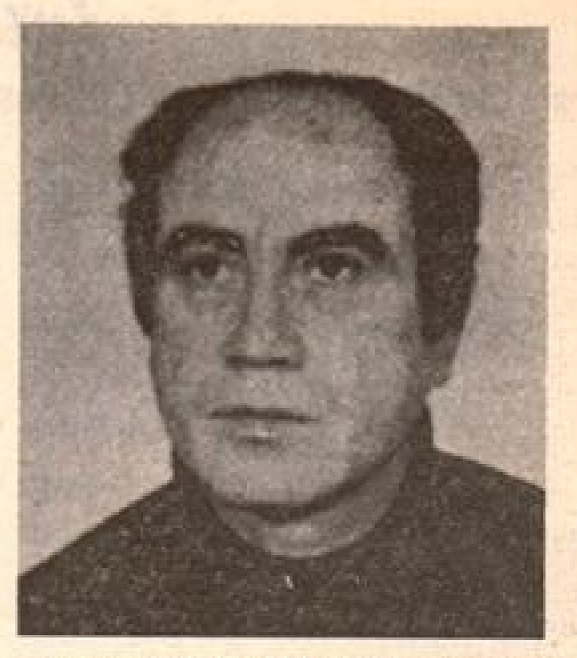
Die Ausweisung Erol Severs richtet sich gegen die gesamte Bewegung für die Rechte der Ausländer in Österreich. Die Ausweisung hat aber nur bewiesen, wie gerechtfertigt und dringend diese Bewegung ist, sie hat ihr neue Nahrung gegeben und zu einem weiteren Aufschwung beigetragen.

SOFORTIGE AUFHEBUNG DES AUFENTHALTSVERBOTES GEGEN EROL SEVER!

WEG MIT DEM FREMDENPOLIZEIGESETZ!

***Erol Sever** wurde am 20. Mai 1939 in der türkischen Stadt Izmit geboren. Er absolvierte dort Volks- und Mittelschule und maturierte 1960. 1960 – 62 leistete er als Leutnant seinen Militärdienst ab, während dessen er wegen des herrschenden Lehrermangels als Lehrer eingesetzt wurde. 1963 emigrierte er nach Westdeutschland, wo er zwei Jahre als Fabriksarbeiter arbeitete. 1965 kam er nach Österreich. Bis 1970 arbeitete er in verschiedenen Firmen und Fabriken. 1970 inskribierte er an der Hochschule für Welthandel. Er mußte jedoch sein Studium abbrechen. Seit dieser Zeit arbeitete er bei verschiedenen Firmen.*

Seit 1967 verteidigte Erol energisch die Rechte der ausländischen Arbeiter in Österreich. Anfang der 70-er Jahre gründete er einen Arbeiter- und Jugendverein mit dem Ziel, ausländischen Arbeitern ökonomische, soziale und kulturelle Hilfe zu leisten. Gleichzeitig arbeitete er im türkischen Studentenverein. Er half mit, Filmvorführungen für die ausländischen Arbeiter zu veranstalten, half bei der Übersetzung von Dokumenten und stellte sich als Dolmetsch zur Verfügung (Arbeitsamt, Administration, Gewerkschaft ....) Dadurch wurde er bei vielen Gastarbeitern bekannt und beliebt.



Er ist bekannt als konsequenter Befürworter von Demokratie, Freiheit und Unabhängigkeit. Dies kam auch in seiner Unterstützung der türkischen Zeitschrift „Aydinlik" zum Ausdruck. Als diese im November 1977 einen Informationsmonat über den „Kampf des Volkes der Türkei gegen die beiden Supermächte, für Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie" veranstaltete, unterstützte er dies und arbeitete aktiv in den verschiedenen Veranstaltungen mit.

Tatsachenbericht über den Überfall auf Erol Sever und seine Deportation

Ende August lief der türkische Reisepaß Erol Severs ab. Gemäß dem Ausländerbeschäftigungsgesetz endete damit automatisch seine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Rechtzeitig vor Ablaufen des Passes ging Erol Sever auf die türkische Botschaft in Wien, um seinen Paß verlängern zu lassen. Doch die türkischen Behörden verzögerten die Paßverlängerung absichtlich so lange, bis 14 Tage nach Ablaufen des Passes Erol Severs Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ungültig war.

Im Sinne des Ausländerbeschäftigungsgesetzes wurde Erol Sever nun mit der Begründung, er habe ja keine Arbeitserlaubnis von den österreichischen Behörden die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung verweigert, während die Tatsache, daß er keine Aufenthaltserlaubnis hatte, wiederum dazu führte, daß man ihm keine Arbeitserlaubnis gab. In dieser Situation wandte sich Erol Sever an die österreichische Amnesty International - Sektion, mit deren Unterstützung seine Aufenthaltserlaubnis um drei Monate verlängert wurde.

Im Oktober und November 1977 arbeitete Erol Sever als Fensterputzer, wurde jedoch dann zusammen mit mehreren Kollegen abgebaut und verlor so seine Arbeit. Sofort bemühte er sich, neue Arbeit zu finden, bekam jedoch, da es in dieser Saison als Fensterputzer schwierig ist, Arbeit zu finden, nichts. Darum nahm er für Anfang Dezember eine Stelle als Maronibrater an, wofür er sich bereits alle Papiere besorgt hatte.

Am Montag, den 5. Dezember 1977 kam Erol Sever gegen 21.30 Uhr nach Hause. Schon einige Minuten später klopfte es an seiner Tür. Als er die Tür öffnete, standen zwei unbekannte Männer vor der Tür, die ihm „Haussuchung" entgegenschrieen. Da die Unbekannten keinerlei Papiere vorweisen konnten, die sie zu einer Haussuchung berechtigt hätten, verweigerte Erol Sever ihnen den Eintritt in seine Wohnung. Als er versuchte, die Tür wieder zu schließen, drängten sich die beiden Unbekannten in die Wohnung. Eine erneute Aufforderung, einen Haussuchungsbefehl vorzuzeigen, beantwortete eine der Geheimpolizisten, indem er eine Pistole zog und diese gegen Erol Sever richtete, während der andere sich daranmachte, die Wohnung zu durchsuchen. Erol Sever ließ sich von der Pistole nicht beeindrucken und versuchte weiterhin, die illegale Durchsuchung seiner Wohnung zu verhindern. Daraufhin drang ein dritter Polizist in die Wohnung ein. Zwei der drei Männer hielten Erol Sever nun gewaltsam fest, während der dritte herumzustöbern begann. Die Polizisten konfiszierten wahllos einige Zeitschriften und forderten Erol Sever danach auf, zusammenzupacken, was er brauche, da man ihn in die Türkei abschieben werde.

Gewaltsam wurde Erol Sever von der Polizei aus seiner Wohnung verschleppt und in das Polizeigefangenenhaus auf der Wiener Rossauer Lände gebracht. Dort wurden ihm sofort sämtliche Papiere abgenommen und er wurde mehrmals verhört. Nach Aussage eines Zellengenossen versuchte die Polizei, Erol Sever „willkürlich und folterisch" dazu zu bringen, ein vorgelegtes Papier zu unterschreiben, was Erol Sever standhaft verweigerte.

Für die Dauer seiner kurzen Haft verweigerte man Erol Sever jeglichen Kontakt zur Außenwelt, sämtliche Rechte, einen Anwalt einzuschalten oder sich selbst zu verteidigen. Erol Sever hatte nicht einmal mehr die Möglichkeit, seine Angelegenheiten zu regeln. Am Dienstag, den 6. Dezember 1977 wurde er unter Bewachung gegen 11 Uhr vormittags zum Flughafen gebracht und dort der Flughafenpolizei übergeben. Unter der Bewachung von zwei Beamten wurde Erol Sever um 12.24 Uhr aus Österreich in die Türkei verschleppt. In Istanbul, wo das Flugzeug landete, wurde Erol Sever von den österreichischen Beamten sofort der türkischen Polizei übergeben, die ihn fünf bis sechs Stunden lang verhörte und dann vorläufig freiließ. Seine Dokumente, die man ihm in Wien weggenommen hatte, wurden ihm von der türkischen Polizei rückerstattet.

Erol Sever, der seit 12 Jahren in Österreich lebte und sich hier eine Existenz aufgebaut hatte, ist nun in der Türkei und hat dort keine Arbeit. In einem Brief an österreichische Freunde hat Erol Sever keinen Zweifel daran gelassen, daß er nach Österreich zurückkommen möchte. Erol Sever hat einen wiener Anwalt mit seiner Vertretung beauftragt.

Zur Lohnentwicklung in den letzten 13 Jahren

Den durchschnittlichen Lebensstandard nicht zu heben, sondern zu senken, ist eine allgemeine Tendenz des Kapitalismus

Wir haben mit diesen zwei graphischen Darstellungen versucht, die Lohnentwicklung in den letzten 13 Jahren darzustellen.

Relativ einfach ist es, die Auswirkungen der kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen, d.h. derjenigen Erhöhungen, die sich die ganze Branche erkämpft hat, zu verfolgen.

Aber schon bei der Berechnung des Nettolohnes wird es schwierig. Der bürgerliche Staat hat sich ein Gestrüpp von Gesetzen geschaffen - die sich auch noch dauernd ändern, um einen möglichst großen Teil des Geldes, den die Arbeiterklasse in Form des Lohnes erhält, einzukassieren. Wir berücksichtigen die meisten dieser Novellen und Gesetze, soweit sie das Bild wesentlich beeinflussen.

Ganz schwierig wird es, den Reallohn, d.h. die wirkliche Kaufkraft des Lohnes einzuschätzen. Hier können wir uns einstweilen nur auf den Lebenskostenindex des statistischen Zentralamtes stützen. Der mittelt über alle Klassen und Schichten hinweg und ist auch in der Auswahl der Konsumgüter, die in ihm aufscheinen, oft wenig aussagekräftig. Doch gibt er ein gewisses Bild der Teuerung.

Die obere Graphik zeigt, daß die Arbeiter ohne den Kampf um innerbetriebliche Lohnerhöhungen, ohne vermehrte Überstundenplackerei im Jahre 1977 real um 150 Schilling mehr verdienen würden als im Jahre 1965. Das aber auch nur unmittelbar nach der KV-Erhöhung. Inzwischen hat sich die Kaufkraft des Lohnes ja wieder entwertet. Sie wäre im November 1977 2.590 Schilling, - soviel wie im Jahre 1971!

Die Graphik zeigt auch, daß die Gewerkschaftsführung im Gegensatz zu dem, was sie behauptet, in den letzten Jahren Lohnraubabschlüssen mit den Kapitalisten zustimmte

Die untere Darstellung widerspiegelt grob die Entwicklung des Lohnniveaus in dieser Branche, wenn man die im Betrieb erkämpften Lohnerhöhungen einberechnet. Die 8.000 Schilling im Jahre 1977 entsprechen 50 S in der Stunde. Diesen Wert gibt das Statistische Zentralamt als Durchschnittsstundenlohn in dieser Branche an. Diese Durchschnittsangaben stützen sich auf Befragungen der Kapitalisten. Sie sind sicher mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten.

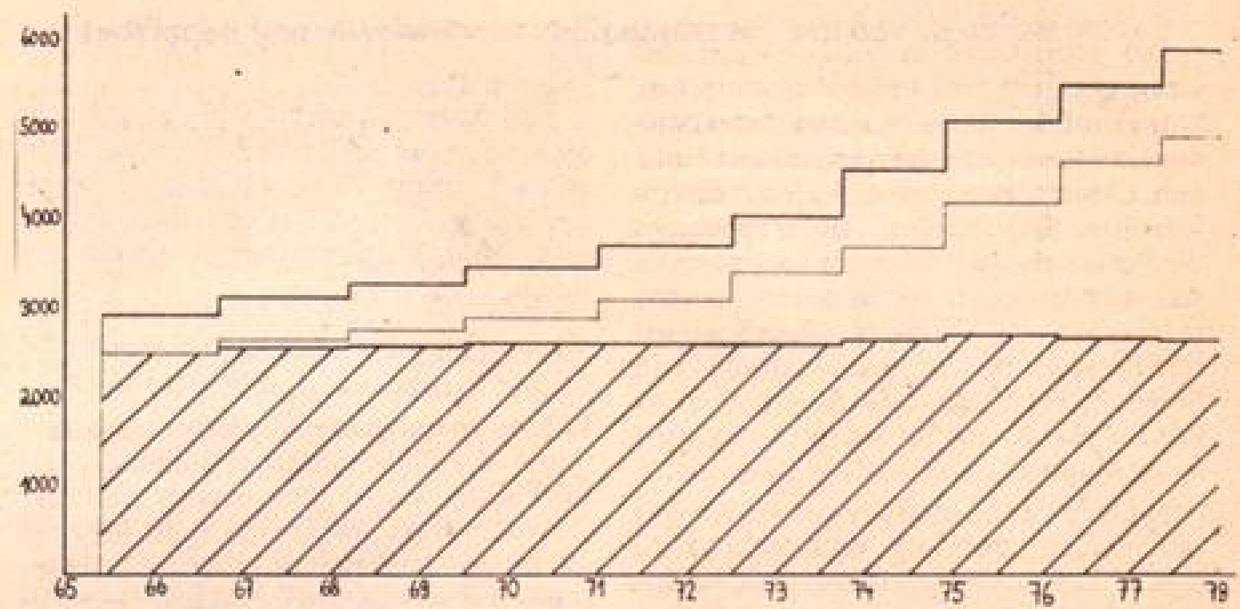
Die Graphik zeigt, daß es den Arbeitern in den Jahren der Konjunktur bis 75 gelungen ist, das Reallohneinkommen zu erhöhen, wenn auch geringfügig. Sie konnten durch Innerbetriebliche und individuelle Lohnerhöhungen, durch versuchte Überstundenarbeit den offenen Reallohnabbau verhindern.

Nur zu einem geringen Teil konnten die Arbeiter aber die gestiegenen Reproduktionskosten der Arbeitskraft durch einen höheren Lohn ausgleichen. Die Produktivität pro Arbeitsstunde hat sich in diesem Zeitraum gut verdoppelt. Diese Produktivitätssteigerung geht sicher zum Teil auf das Konto neuer, besserer Maschinen. Aber mit jeder dieser neuen Maschinen wurde auch das Arbeitstempo erhöht und damit der Verschleiß, den die Arbeiter in der Produktion erleiden. Um sich von einem äußerst anstrengenden Arbeitstag zu erholen, braucht man mehr und bessere Lebensmittel. Es gehen auch verschiedene neue Lebensmittel in den Konsum zur Reproduktion (Erneuerung) der Arbeitskraft des Arbeiters und seiner Familie ein. Durch die Zusammenballung der Industrie in den großen Städten und die Entvölkerung des Landes wird z.B. ein Auto für die Fahrt zur Arbeit benötigt. Da immer mehr Frauen arbeiten, steigen die Kosten, um Kinder aufzuziehen. Kindergärten müssen bezahlt, Waschmaschinen und andere Haushaltsgeräte müssen gekauft werden.

In den Jahren vor 1965 war die Anzahl der arbeitenden Frauen gewaltig gestiegen, aber auch nach 1965 nahm die Zahl der unselbständigen bzw. arbeitslosen Frauen stark zu. Bis 1975 auf 106.000 gegenüber 20.000 1965. Das Ausweichen auf die Großmütter und andere Familienangehörige wurde schwieriger. Der Haushalt mußte technisiert werden.

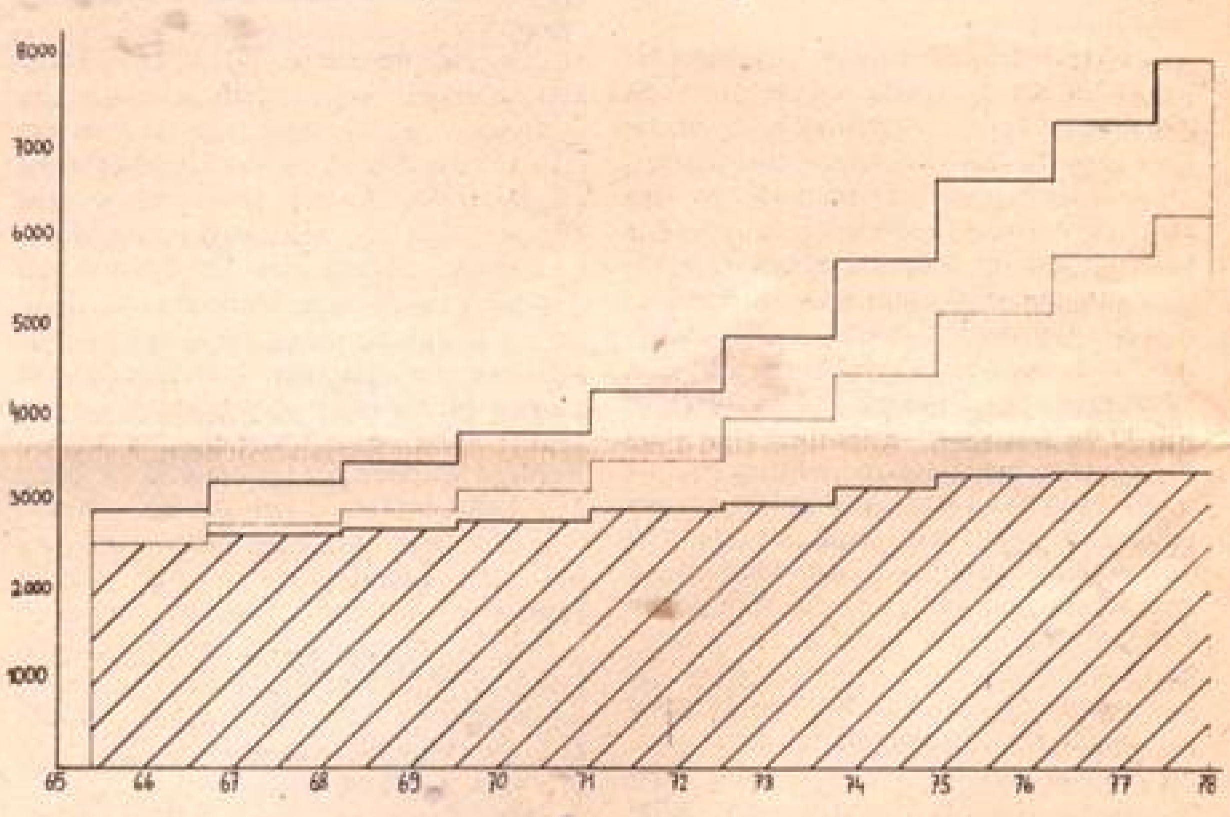
Der Mehrverschleiß, den die Steigerung der Ausbeutung in den letzten 10 Jahren mit sich brachte, die neuen Konsumgüter, die durch die geänderten Lebensumstände erforderlich wurden, konnte die ca. 30% Steigerung des Reallohnes keineswegs ausgleichen. Das zeigt sich unter anderem auch in der sinkenden Lebenserwartung der Arbeiterklasse. Der Preis der Ware Arbeitskraft - das ist das Geld, das der Arbeiter zu seiner Reproduktion erhält - ist unter den Wert der Arbeitskraft - das ist der Wert der Lebensmittel, die er zur vollständigen Reproduktion braucht - gedrückt worden.

Diese Tendenz - den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert zu drücken - hat sich in den letzten zwei, drei Jahren sehr verstärkt. Während der Reallohn nicht mehr stieg - die Entwertung von April bis zum November 77 hat ihn jetzt schon auf das Niveau von 74 gedrückt - hat sich gleichzeitig die Intensität der Arbeit, das Arbeitstempo weiter vergrößert.



Die oberste Kurve in dieser graphischen Darstellung zeigt die Entwicklung des Bruttolohns (für 4 Wochen) in der Eisen- und Metallwarenindustrie unter der Annahme, daß sich der 1965 gezahlte Durchschnittslohn in dieser Branche nur um die in den KV-Verhandlungen ausgehandelten Ist-Lohnerhöhungen erhöht. Das heißt, ein Arbeiter, der 1965 2.880 Schilling erhielt, würde heute 5.900 Schilling bekommen.

Die mittlere Kurve zeigt, was bei diesem Bruttolohn netto übrigbleibt. (Familie mit einem Kind, voller Absetzbetrag für dieses Kind, Ehepartner arbeitet ebenfalls). Die untere Kurve zeigt, was bei diesem Nettolohn inflationsbereinigt übrigbleibt (d.h., was man 1965 hätte verdienen müssen, um sich dieselbe Menge an Waren kaufen zu können)



Die oberste Kurve zeigt die Entwicklung des Bruttolohnes (für 4 Wochen) in der Eisen- und Metallwarenindustrie unter der Annahme, das der Lohn von 1965 um die in dieser Branche ausgehandelte Steigerung der Mindest-(KV)löhne steigt. Die Gewerkschaftsführung orientiert sich bei ihren Mindestlohnforderungen in der Metallindustrie in der Regel an der Steigerung des Durchschnittsverdienstes - inklusive aller innerbetrieblichen Erhöhungen, Vermehrung der Überstundenarbeit und so weiter - daher gibt diese graphische Darstellung ein Bild der Entwicklung des Durchschnittlohns in dieser Branche - eingeschlossen, daß ein immer größerer Anteil der Stunden Überstunden sind.

Die mittlere Kurve zeigt die Entwicklung des Nettolohns unter gleichen Annahmen wie bei der oberen Graphik.

Die untere Kurve zeigt, was inflationsbereinigt von Nettolohn überbleibt.

Karl Marx: Lohn, Preis und Profit

Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

„In allen Fällen, die ich einer Betrachtung unterzogen habe – und sie machen 99 von Hundert aus –, habt ihr gesehen, daß ein Ringen um Lohnsteigerungen nur als Nachspiel vorhergehender Veränderungen vor sich geht und das notwendige Ergebnis ist von vorhergehenden Veränderungen im Umfang der Produktion, der Produktivkraft der Arbeit, des Werts der Arbeit, des Werts des Geldes, der Dauer oder der Intensität der ausgepreßten Arbeit, der Fluktuationen der Marktpreise, abhängend von den Fluktuationen von Nachfrage und Zufuhr und übereinstimmend mit den verschiedenen Phasen des industriellen Zyklus - kurz, als Abwehraktion der Arbeit gegen die vorgehende Aktion des Kapitals. Indem ihr das Ringen um eine Lohnsteigerung unabhängig von allen diesen Umständen nehmt, indem ihr nur auf die Lohnänderungen achtet und alle andern Veränderungen, aus denen sie hervorgehn, außer acht laßt, geht ihr von einer falschen Voraussetzung aus, um zu falschen Schlußfolgerungen zu kommen." (Karl Marx: Lohn, Preis, Profit).

Zu beziehen über: Firma Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Die Verbreitung revolutionärer Literatur unter den Massen sowie ihre Weiterentwicklung im Klassenkampf durch die Kommunisten ist eine Kampfaufgabe die auf allen Ebenen der Organisation entschieden angepackt werden muß.

Seit dem Oktober 1977 haben die Ortsgruppen des KB sich die Aufgabe gestellt, vor allem Vertrieb und Studium der Werke „Lohn, Preis und Profit" von Karl Marx und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" von Lenin voranzubringen und dabei gute Erfolge erzielt.

Die folgende Statistik zeigt den Verkauf der Ortsgruppen seit Gründung des KB bis zu dem jeweiligen Datum; die Direktverkäufe sind darin nicht enthalten.

	Lohn, Preis, Profit			Der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus		
Stand am	24. 9.	3. 11.	15. 12.	24. 9.	3. 11.	15. 12.
Graz	21	34	43	6	19	31
Innsbruck	17	17	22	5	10	15
Linz	71	94	110	14	31	50
OAG Klagenfurt	14	17	21	7	10	16
Salzburg	44	68	71	18	33	48
Wien	271	281	336	77	108	129
Gesamt	438	511	603	127	211	289

„In 15 Jahren Millionär ....“

Das verspricht eine Wiener Großsparkasse in einem der letzten Werbefeldzüge. Das Finanzkapital hat nicht nur unersättliche Gier nach den profitabelsten Geldanlagen, sondern im Augenblick auch nach den kleinsten Spargroschen, die es, nachdem die Nationalbank die Geldbremse gezogen hat, zur Verwandlung in seine „Engagements“ dringend braucht. Allerdings haben nur die wenigsten Werktätigen für den feinen Millionärsplan die dazu notwendigen S 5.000,-monatlich flüssig (durch sechs Jahre hindurch)

Das Gegenteil ist der Fall. Nach einer Studie der Schweizerischen Bankgesellschaft machte Ende 1976 die Konsumverschuldung in Österreich pro Kopf S 6.700 aus. 12,1% des privaten Konsums konnten die Werktätigen nur auf der Grundlage von Schulden tätigen. Zum Ausdruck kommt dadurch, daß der Reallohn der Arbeiter für langfristige, notwendige Reproduktionsgüter, wie Waschmaschinen, PKWs, nicht mehr reicht. Daß ab 1978 diese Waren unter der Bezeichnung „Luxus“ mit 30% Mehrwertsteuer belegt werden, zeigt, auf welches Lebensniveau die Bourgeoisie die Arbeiter zu drücken gedenkt. Diese Entwicklung, die die Massen in die Arme des Finanzkapitals treibt und ihre Lebensbedingungen der Kontrolle der Banken unterwirft, begann bereits 1975. Im Jahr 1976 war das Volumen der Konsumkredite in Österreich auf 50 Mrd. Schilling und 38% gegenüber dem Vorjahr angewachsen. In den ersten 8 Monaten 1977 sind die Kredite der Teilzahlungsbanken für PKWs um 13,4% für Möbel, Textilien „und sonstiges“ um 29,5% gestiegen. „Allerdings sind diese etwas teurer als die vergleichbaren Kredite der Universalbanken oder Sparkassen...“ kommentiert die „Presse“ (5.11.) höhnisch den Nutzen, den das Finanzkapital aus der Verschuldung der Massen zieht und gleichzeitig

dung der Massen betreibt. Natürlich stehen hinter den Teilzahlungsbanken auch die großen Finanzhaie. Die AVA-Automobil und Warenkredit-Bank gehört zu 75% der Creditanstalt. Die Länderbank kontrolliert die Autofina und über ihre Tochter, das Österreichische Creditinstitut (ÖCI) auch die WAG.

Die Ausbeutung der Arbeiterklasse ermöglicht es dem Finanzkapital Warenmassen und Geldwert aufzuhäufen. Die Illusion des sich selbst vermehrenden Kapitals soll mit dem Werbespruch geschürt werden. Das Bewußtsein, daß es die Produktionskraft der Arbeiter in den Fabriken und Betrieben ist, die alle Werte schafft, soll unterdrückt werden; genauso wie die Schlußfolgerung, die aus dieser Tatsache zu ziehen ist: nicht durch Vertrauen auf die Finanzbourgeoisie kann sich die Arbeiterklasse den gesellschaftlichen Reichtum an Waren und Werten erschließen, sondern nur über den Sturz und Enteignung dieser Schmarotzer kann sie diesen Reichtum dem gesellschaftlichen Nutzen für die werktätigen Massen zugänglich machen.

Die Bourgeoisie hat solche falschen Appelle des Vertrauens nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch bitter nötig. Die Arbeiterklasse hat bereits zweimal in diesem Jahrhundert die Erfahrung gemacht, daß es jedesmal, wenn das Vertrauen in Banken und Staat besonders laut beschworen wurde, keine 10 Jahre gedauert hat, bis der Krieg da war, die Ersparnisse zerronnen und zuletzt keine anderen Millionäre übrig waren als die von vor 15 Jahren...

Zelle EUMIG/Red

1978: Nur 6,9% Pensionserhöhung

Pensionisten werden noch tiefer ins Elend gestoßen

Ab 1. Jänner 1978 werden die Pensionen um 6,9% erhöht. Für die Bezieher von Mindestpensionen gibt es eine Erhöhung von 8,11%. Damit wird den aus der Produktion ausgeschiedenen Arbeitern und kleinen Angestellten noch enger die Schlinge um den Hals gezogen. Die materielle Verelendung der Arbeiterklasse und des Volkes schreitet zügig voran; daran kann auch die demagogische Propaganda der SP nichts ändern.

Lügenpropaganda der Regierungspartei

Wie heuer, so versuchte die SP schon seit 1970 die Lage der Pensionisten zu beschönigen. Sie bedient sich dabei eines faulen Tricks. Sie rechnet den Pensionisten vor: „Die Erhöhung der kleinsten Pensionen von 1970 bis 1978 beträgt dank der neuerlichen außertourlichen Steigerung für Alleinstehende 148 Prozent“. (Arbeiterzeitung, 9.10.77) und zieht daraus den Schluß: „Die Bezüge der Pensionisten sind besonders stark gestiegen, weit über die Preiserhöhungen hinaus“. (Arbeiterzeitung, 26.9.1977).

Diese Argumentation wird haltlos, wenn man sich die tatsächliche Höhe der Pensionen anschaut: Ein Pensionist mit einer durchschnittlichen Pension von 3.500 brutto erhält ab 1.1.1978 eine Erhöhung von 241,5 S. Niemand wird behaupten, daß damit die gestiegenen Lebenshaltungskosten abgedeckt werden können. Noch schlimmer steht es bei den Pensionisten, die am Rande des Existenzminimus dahinvegetieren. Sie erhalten nun statt 2.860 S 3.092 S. Davon wird noch der Krankenkassenbeitrag zur Sozialversicherung abgezogen, sodaß nicht einmal 3.000 S übrigbleiben.

Der Trick der Regierungspartei mit den Prozentzahlen besteht darin, daß die absolute Höhe der Pensionen niedrig und völlig unzureichend ist. Einer Erhöhung der kleinsten Pensionen um 8% bedeutet etwas ganz anderes als die jetzt erfolgte Anhebung der Gehälter der Abgeordneten um 8%. Während die einen um 232 S mehr bekommen, sind es bei einem Abgeordnetengehalt von 45.000 S immerhin 3.600 S. Während die 232 S nie und nimmer in der Lage sind, die gestiegenen Lebenshaltungskosten auch nur annähernd abzufangen, ist dies bei 3.600 S natürlich der Fall.

.... es macht uns ein Geschwätz nicht satt

Mit einer intensiven Propaganda versuchte die Regierungspartei Ende September bis Mitte Oktober die Pensionserhöhung als Fortschritt darzustellen. Je näher das Datum der ersten Auszahlung dieser Erhöhung kommt, desto trüber wird es um die Pensionen. Der Druck der Tatsachen untergräbt immer mehr die Lügenpropaganda der SP. Es ist klar, für die Pensionisten zählen keine Rechenkunststükke, für sie zählt einzig und allein das Geld, das sie in ihrer Brieftasche vorfinden. Und das wird – gemessen an den Waren, die sie damit kaufen können – immer weniger. Die nebenstehende Korrespondenz zeigen, daß der Unmut und die Bereitschaft zum Widerstand auch in dieser Frage anzuwachsen beginnt.

Die Propaganda der – gegenüber den Preissteigerungen – höher gestiegenen Pensionen hat vor Jahren noch eine gewisse materielle Grundlage gehabt. Durch die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und die Bindung der Pensionen an die „volkswirtschaftliche Lage“, wird den Argumenten der SP der Boden entzogen. So wurden voriges Jahr die Pensionen unter der *offiziellen* Teuerungsrate erhöht. Obwohl der Teuerungsindex 7,2% betrug, wurden die Pensionen nur um 7% erhöht. (Absolut: 216.-S bei der durchschnittlichen Pension).

Begründet wurde dies damit, daß „die Pensionisten erst verspätet in den Genuß der Pensionserhöhung kommen, weil unser Pensionsanpassungssystem der volkswirtschaftlichen Lage um 2 Jahre nachhinkt.“ Wegen dem Tiefpunkt, den die kapitalistische Wirtschaft in Österreich 1975 durchmachte, war eben 1977 nicht mehr drinnen. Nach diesem „dürren Jahr“ hätte heuer eine Erhöhung weit über der Inflationsrate stattfinden sollen. Abgesehen davon, daß es für die Lohnabhängigen untragbar ist, die Pensionserhöhungen vom Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft abhängen zu lassen, ist heute davon nicht mehr die Rede. Still und leise wurde eine Pensionserhöhung beschlossen, die kaum über dem offiziellen Teuerungsindex liegt. Selbst also der Trick mit den Prozenterhöhungen wird durch die Entwicklung der letzten 2 Jahre immer unhaltbarer.

Aber noch ein dritter Punkt zeigt, wie die materielle Verelendung fortschreitet. Die SP hat sich immer gerühmt, den „Kampf gegen die Armut“ zu führen. Sie meinte damit, daß die niedrigsten Pensionen stärker angehoben werden, als die übrigen. Voriges Jahr bekamen die Bezieher von Mindestpensionen auf ihre 2.625 S 236 S dazu, während die durchschnittliche Alterspension um 216 S erhöht wurde. Es ist klar, daß die Differenz von 20 S das Kraut auch nicht fett macht. Heute ist aber nicht einmal das der Fall! Obwohl die Bezieher von Mindestpensionen perzentuell mehr bekommen (8,11% statt 6,9%) ist der tatsächliche Geldbetrag, den sie erhalten, niedriger als bei den Durchschnittspensionen. (um ca. 10 S) Das bedeutet: Die Kluft zwischen den Mindestpensionen und den durchschnittlichen Pensionen steigt wieder!

Unzureichende Pensionserhöhung – Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse

Die kommende Pensionserhöhung stößt die Pensionisten noch weiter ins Elend. Für die Kapitalisten sind sie nichts mehr wert. Die Kapitalisten haben kein Interesse daran, daß ein alter Arbeiter einen „gesicherten Lebensabend“ verbringt. Deswegen stört es sie auch nicht, wenn die Pensionen nicht mehr ausreichen, die Reproduktionsbedingungen der alten Leute zu sichern. (Sparen bzw. Abschalten der Heizung, Verzicht auf neue Kleider, billigeres und schlechteres Essen usw.). Für die Kapitalisten zählt nur die Mehrwertproduktion, dafür aber haben die Pensionisten schon ausgedient, also macht es nichts, wenn sie zahlreich um ein paar Jährchen früher ins Grab gestoßen werden. Im Gegenteil, das dämpft die Ausgabenentwicklung der Pensionskassen. So ist es auch zu verstehen, wenn sich die Industriellenvereinigung über das Mißverhältnis von Pensionisten zu Lohnabhängigen aufregt.

Die geringe Pensionserhöhung bedeutet für viele Arbeiterfamilien einen weiteren Lohnabzug. Die Kinder müssen von ihren ohnhin geringen Löhnen die Eltern miterhalten. Die alten Menschen erscheinen als Last und Plage. Die Kapitalisten reiben sich über die gelungene Spaltung der Arbeiterklasse die Hände. „Das ist der Generationskonflikt!“, lassen sie durch ihre Wissenschaftler verkünden.

Gleichzeitig mit den immer geringer werdenden Pensionserhöhungen, werden die Ruhensbestimmungen hinaufgesetzt. Das sind jene Grenzen, bis zu denen man „dazuverdienen“ kann, ohne von einem Pensionsabzug getroffen zu werden. Damit sollen die – trotz der jahrzehntelangen Ausbeutung - noch halbwegs rüstigen Arbeiter als Lohndrücker gegen die jüngeren Arbeiter eingesetzt werden. Einem Pensionisten wird für dieselbe Arbeit weit weniger bezahlt. Er muß froh sein, überhaupt noch eine Arbeit zu finden. Den Kapitalisten wird durch die unzureichenden Pensionen ein Reservoir an billigen Arbeitskräften eröffnet, das die Konkurrenz in der Arbeiterklasse verschärft. Den Angriffen der Kapitalisten auf die Arbeitsbedingungen und Löhne der gesamten Arbeiterklasse ist das nur dienlich.

Die Lage der Pensionisten hat sich in den letzten 2 Jahren in einem ungeheuren Ausmaß verschlechtert. Ob der an dieser Frage angesammelte Sprengstoff explodiert, hängt davon ab, wieweit es gelingt, die Gesetzmäßigkeit der Verelendung der Arbeiterklasse im Imperialismus aufzuzeigen und die Lohnabhängigen hinter positiven Forderungen zusammenzuschließen. Pensionen in der Höhe von 80% eines durchschnittlichen Facharbeiterlohnes!

Geht es uns wirklich so gut wie nie zuvor?

„Beim Klassenkampf-Verkauf sprach ich mit einer älteren Frau. Auf meine Frage, was sie zur Verschärfung der Arbeitshetze und zur staatlichen Ausplünderung sage, antwortete sie: 'Mir ist es noch nie so gut gegangen wie jetzt. Ich bin mit der Regierung zufrieden und ich bin Sozialistin'. Ich fragte sie, welche Gründe sie für ihre Zufriedenheit habe. 'Ich bin 62 Jahre alt, ich habe 42 Jahre schwer gearbeitet, zeitweise im Akkord und bekomme jetzt meine volle Pension. Und ich kann mir jetzt sogar größere Reisen leisten. Da ich gesund bin, habe ich was vom Leben.'

Ich wandte ein, daß ihre Pension kaum für größere Reisen reichen könne. 'Ich beziehe ja noch die Witwenrente von meinem verstorbenen Mann, sowohl die österreichische als auch eine kleine aus Deutschland, wo er eine Zeit gearbeitet hat', erklärte sie mir darauf. Sie mußte zustimmen, daß es kein guter Zustand ist, wenn man den Mann verlieren muß, damit die Rente reicht. Sie ergänzte noch: 'Hätte ich Kinder und Enkeln, die ich unterstützen müßte, bliebe nicht viel für mich.' Sie stimmte weiter zu, daß es vielen nicht so gut gehe wie ihr, daß sie mit ihrer Gesundheit Glück gehabt habe – im Gegensatz zu ihrem Mann.“ VKI-Sektion Wienerberg

Invalidenrentner: Auch Sparen hilft nichts

Ich bin Invalidenpensionist ohne Invalidenzulage! Ich war gezwungen trotz starker Schmerzen einen Dienst zu machen, trotz medikamentöser Behandlung! Deshalb wurde mir die Invalidenzulage gestrichen.

Pension ab 1.1.1978 3.800 S brutto, davon 120 S Abzüge. Das ist ein Verbrechen am armen Volk! Ich gebe aus für Miete 280 bis 300 S, es wechselt mit den Betriebskosten. Strom, Gas pro Monat 106 S, wobei ich mich schon vor einer Nachzahlung fürchte. Heizung 860 S, Medikamente 260 S dazu Wäscherei 200 S, Haarschneider 45 S. Das alles macht schon 1.771 S aus. Dabei ist hier noch kein Essen und Kleider mitgerechnet. Außerdem kommen im nächsten Jahr eine Menge von Preissteigerungen. Alleine die Medikamentenausgaben steigen um 250%!

Weil ich von der Pension nicht leben konnte, mußte ich arbeiten gehen. Ich habe 35% Abzüge pro Monat. Von den 1.800 S brutto, sehe ich nur 1.230,24 S – das ist ein Raubzug an den armen Pensionisten!

Soldaten lehnen die neue Kantinen-regelung ab

F.F., Soldatenvertreter der Heeres-Sanitäts-Anstalt Hörsching, hatte am 17. 11. bei der Soldatenvertreter-Besprechung mit dem Kasernen Kommandanten über die Neuregelung der Kantinen, an die Soldatenvertreter einige Exemplare des „Querschlägers" verteilt. Das war vor allem wegen des Artikels zu den Kantinen von Bedeutung, um den Soldatenvertretern, die gerade mit dieser Frage beschäftigt waren, zu zeigen, daß diese Neuregelung nicht nur in Hörsching von den Soldaten abgelehnt wird. Die Verbreitung des „Querschlägers" in den Kasernen ist darüber hinaus ein wichtiges Instrument für den Zusammenschluß der Soldaten, um ihre Interessen zu artikulieren, ihre Kämpfe organisieren zu helfen und darüber eine entsprechende Öffentlichkeit herzustellen.

Die Verbreitung des „Querschläger" in den Kasernen gehört zu den mindesten demokratischen Rechten der Soldaten, die sie heute nicht haben. Im Gegenteil: Die Unterdrückung der Präsenzdiener kann nur funktionieren, wenn ihre Vereinzelung und Zersplitterung gegenüber den Vorgesetzten, gegenüber dem Bundesheer insgesamt erhalten bleibt. Nicht einmal die Soldatenvertreter haben heute eine Möglichkeit, sich untereinander zu verständigen. Deshalb reagiert das Bundesheer auf die öffentliche Verbreitung des „Querschläger" sehr empfindlich: Gegen F. F. soll ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, obwohl er sich der Strafbarkeit der Verteilung des „Querschläger" nicht bewußt war.

Dieses Disziplinarverfahren wird ein Schlag ins Wasser werden. Das Bundesheer mag den einen oder anderen Soldaten für die Verbreitung des „Querschläger" unterdrücken und in seiner Existenz treffen. Wo Unterdrückung ist, ist gleichzeitig auch Widerstand. Das Bundesheer wird damit die Verbreitung des „Querschläger" in den Kasernen nicht verhindern können, im Gegenteil: Der Schlag des Disziplinarverfahrens wird Wellen aufwerfen und dem „Querschläger" eine noch größere Verbreitung verschaffen.

Soldatenvertreter wegen „Querschläger"-Verbreitung bestraft

Hörsching: Mitte November lud der Kasernenkommandant die Soldatenvertreter zu einer Besprechung der neuen Kantinenregelung zu sich. Erläutert wurde der diesbezügliche Befehl des Bundesministeriums für Landesverteidigung, dessen Inhalt man nur als „Karikatur auf die Selbstverwaltung" treffend bezeichnen kann: Eingerichtet wird ein „Soldatenheim" unter der Kontrolle des Kasernenkommandanten und unter Verwaltung und Aufsicht eines Unteroffiziers, für den kein Dienstposten zur Verfügung gestellt wird und Überstunden nur auf Genehmigung bezahlt werden. Verkauft wird ein Sortiment von 15 Artikeln, das 1× jährlich zusammengestellt wird, zum Selbstkostenpreis. 10 Grundwehrdiener werden als freiwillige Schankburschen herangezogen und über die Öffnungszeiten beschließt der Kasernenkommandant. Die Soldatenvertreter wurden, wie es einem laut zitiertem Befehl zukommt, dazu angehört.

Zunächst hatten die Soldatenvertreter auch einiges Vertrauen, daß man ihnen tatsächlich zuhören würde, und machten einige Vorschläge für die Verkaufsregelung in der Kantine, wie zum Beispiel Aufstellung von Kaffee-Automaten, Dienstfreistellung des Grundwehrdiener-Schankpersonals als Kompensation für den außerhalb der normalen Zeit geleisteten Dienst, Boniersystem oder Selbstbedienungsladen, etc. Es war aber rasch erkennbar, daß der Kasernenkommandant gar keine Diskussion über die Neuregelung wollte, weil es sich ja um einen Befehl handelte, der einfach durchzuführen sei, d.h. auch keine Debatte über mehr als 15 Artikel oder die Gestaltung des „Soldatenheimes".

Er machte auch unmißverständlich klar, daß er die neue Kantine sofort zusperren ließe, wenn die Tagesabrechnungen Fehlbeträge aufweisen sollten oder größerer Flaschenbruch auftreten sollte oder sonstige Vorkommnisse, die ihm nicht in den Kram passen. Allein bei den Öffnungszeiten ließ er sich überzeugen, daß am Vormittag 1 Stunde, zu Mittag 2 Stunden und nach Dienst 2,5 Stunden das Mindeste sind, was die Soldaten brauchen.

Die ganze Besprechung hätte darauf hinauslaufen sollen, den Soldatenvertretern die Verantwortung für die Auswahl der 15 Artikel zuzuschanzen, um nachher, wenn die Soldaten ihrer Empörung über die Verschlechterung Luft machen, sagen zu können: Bitte, Soldaten, es waren eure Vertreter dabei, als diese Regelung besprochen wurde und sie haben für euch diese Artikel ausgewählt.

In dieser Situation war es daher das einzig Richtige, daß ein Soldatenvertreter klipp und klar sagte, daß die Abschaffung des alten Kantinenwesens von der Regierung auf Grund des Drucks einiger Bewegungen und Aktionen von Soldaten gegen die im Vergleich zum Hungersold horrenden Kantinenpreise, vor allem aber auch eine Reaktion der Regierung auf den massiven Widerstand der Jugend gegen die Wehrgesetznovelle bedeutet. Daß aber die Forderungen all dieser Kämpfe in bezug auf die Kantinen stets waren: *Übergabe der Kantinen in die Selbstverwaltung der Soldaten*. Die neue Regelung, wie sie im Befehl des Bundesministeriums für Landesverteidigung vorgesehen ist, entspricht dieser Forderung nicht im mindesten. Allein die Bezeichnung „Soldatenheim" für das Geplante spottet jeder Beschreibung.

Der mehrmaligen Aufforderung an die Soldatenvertreter, eine Artikelliste zu erstellen, wurde nicht nachgekommen, und die Weigerung der Soldatenvertreter eine Debatte darüber zu führen, ob Semmeln angeboten werden oder Salzstangerl, ob Streich- oder Hartkäse verkauft werden soll, wurde zusammengefaßt in der einhelligen Ablehnung jeder Verantwortung für die neue Kantinenregelung durch die Soldatenvertreter und die nochmalige Betonung der Forderungen:

– Übergabe der Soldatenkantinen in die Selbstverwaltung der Soldaten; alleinige Kontrolle durch die Soldatenvertreter, so daß jeweils eine Versammlung der Soldaten die Richtlinien für den Kantinenbetrieb gibt und in der Freizeitgestaltung auch die Möglichkeit von Veranstaltungen einbezogen wird

– Festlegung des Warenangebots und der Öffnungszeiten durch Soldatenversammlung, bzw. Soldatenvertreter

– Bereitstellung von Kantinenpersonal durch das Kasernenkommando, das für Einkauf, Warenausgabe und Reinigung sorgt.

Seit sieben Jahren v... die Graze...

Nicht nur, daß die Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiterklasse verstärken durch Intensivierung der Arbeit, durch Überstunden, durch Lohnraub - diese Blutsauger erhöhen den Profit, indem sie nötige Sicherheitsvorkehrungen im Betrieb, oder die Installation von Anlagen, die den Dreck aus den Fabriksschornsteinen beseitigen sollen, unterlassen. In all ihren ausbeuterischen und unterdrückerischen Methoden werden die Kapitalisten von den bürgerlichen Politikern tatkräftig unterstützt. Ein in Graz bekannter Fall ist ein Beispiel dafür.

1970 wurden in Graz eine Eisengießerei und eine Walzanlage in Betrieb genommen, die dem Kapitalisten Großschädl gehören. Ab diesem Zeitpunkt blies der Elektro-Schmelzofen sieben Jahre lang ständig eine rötliche Wolke in die Luft. Die Folge davon war, daß sich pro Tag cirka eine Tonne (!) Eisenoxidteilchen in der näheren Umgebung absetzten. Der Großschädl wohnt nicht in der Nähe, aber die Leute, die dort wohnen, mußten ständig ihre Fenster verschlossen halten; nicht allein wegen des Drecks, sondern auch aufgrund der giftigen Abgase (Stickstoffverbindungen) und der hohen Lärmbelästigung durch das Walzwerk, welche der eines großen Verschubbahnhofes gleichkommt (100 Dezibel).

Jeder Arbeiter braucht für den Bau seines noch so kleinen Häuschens die Bewilligung der Gemeinde. Die Inbetriebnahme von Großschädls Eisengießerei und Walzwerk erfolgte trotz Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung ohne behördliche Genehmigung... Der zunehmenden Versauung ihres Lebensraumes sahen die Volksmassen nicht tatenlos zu. Sie griffen zur Selbsthilfe mit der Gründung einer Bürgerinitiative (BI). Von der Gemeinde Graz forderten sie, für die rascheste Installierung einer Entstaubungs- und Lärmschutzanlage durch den Kapitalisten Großschädl zu sorgen. Wie die „Sorgen" der sogenannten Volksvertreter aussehen, konnten die Massen gleich merken. Die bürgerlichen Politiker versprachen den empörten Menschen, zunächst an Großschädl „heranzutreten". Sie sind ihm dabei nicht einmal auf die Zehen gestiegen, sondern haben sich redlich darum bemüht, die BI hinzuhalten mit einer Taktik, die sie in der Konfrontation mit demokratischen Volksbewegungen immer anzuwenden versuchen, nämlich durch honigsüße Versprechungen und Lügen die Forderungen der Volksmassen niederhalten.

Die Massen antworteten auf ihre Art: Sie beschlossen, Demonstrationen durchzuführen und auf Kundgebungen die anderen Grazer zu informieren. Dies fuhr den bürgerlichen Politikern in die Knochen. Bis dahin waren schon vier Jahre vergangen. Auf den Druck der BI hin mußten die bürgerlichen Parteien den geforderten Umweltschutzmaßnahmen zustimmen und 1976 wurde vorerst eine Lärmschutzanlage eingebaut. Die Volksmassen waren aber nicht zufrieden - der Dreck lagerte sich weiterhin ab. (– 30% der Umweltverschmutzung des Grazer Beckens).

Bürgermeister Götz von der FP, ein Freund des Großschädl, nahm mit ihm „schließlich Kontakt" auf. Großschädl: „Die Entstaubungsanlage kann ich mir nicht leisten, werde ich zur Installierung dieser Anlage gezwungen, müßte der Betrieb geschlossen und 400 Arbeiter entlassen werden. Daraufhin beeilte sich die SP, einen Kredit für diesen Kapitalisten aufzutreiben. Die Stadt Graz übernahm für ein Darlehen in der Höhe von 12 Millionen Schilling die Bürgschaft. Das heißt konkret, daß die Volksmassen von Graz dem Großschädl über die Steuern die Entstaubungsanlage finanzierten.

Die BI verlangte als spätestmöglichen Termin der Inbetriebnahme der

Leben auf dem Feld – 64 Stunden Dienst

Gegen Ende der Grundausbildung gab es für die RV-Kompanie vom 21. – 23. 11. eine 3tägige Truppenübung unter dem Motto „Leben auf dem Feld". Vor der Abreise hatten wir ein paar Konserven und Süßigkeiten als Gefechtszulage – dachten wir – erhalten. Ich will es gleich vorwegnehmen: Außer einmal kaltem und einmal lauwarmem Tee und einem Stück rohen Fleisch sollte dies für 3 Tage unsere gesamte Verpflegung darstellen.

Am 1. Tag lernten wir, mit unserer eigenen Zeltausrüstung verschiedene Zeltkombinationen zu bauen. Wir beließen es dann beim 4-Mann-Zelt. Als die Zelte noch nicht fertig waren, wurden die ersten Soldaten schon als Sicherheitsposten eingeteilt. Bei Einbruch der Dämmerung war „der Feind nähergerückt". Für uns bedeutet dies, daß jeder zu einem Posten oder einer Streife zugeteilt wurde. Ab 2 Uhr nachts – die Lage ließ es nicht anders zu – haben wir erst Gelegenheit, schön der Reihe nach und in aller Eile als provisorisches Abendessen eine Konserve „einzunehmen". Die letzten Hoffnungen auf einige Minuten Schlaf werden uns die Anweisungen des Zugskommandanten OSTV Hoffmann genommen, der selbst in einem geheizten Zelt ausreichende Nachtruhe genoß. Wir müssen aber wieder auf unsere Stellungen zurück. Für die meisten Soldaten heißt das, bei Minustemperaturen stundenlang auf nassem oder gefrorenem Boden liegen. Manchmal bläst stärkerer Wind, manchmal regnet es, manchmal schneit es. Aber wir dürfen uns nicht in den Zelten in die Decken einrollen und schlafen. Mit unterkühlten Körpern müssen wir stundenlang von unseren Stellungen aus beobachten und den Feind abwehren. Am nächsten Vormittag werden uns Zweimannschützenlöcher als „Alarmstellungen" für den Fall eines Luftangriffs zugewiesen.

Sonst nimmt alles seinen alten Lauf: Sicherungsposten Nord .... Verbindungsspähtrupp .... Sicherungsposten Ost .... Wache.... Bereitschaft (jeweils haben das Lager zu bewachen).... Sicherungsposten Ost.... Das ist die Reihenfolge der Dienste. Hin und wieder gibt es Fliegeralarm. Kurz darauf wieder Entwarnung. So auch abends um 6 Uhr. Die Entwarnung kommt diesmal erst acht Stunden später. Um 2 Uhr nachts. Um acht Stunden bei dieser Kälte in dieser Enge zu überstehen, ist es empfehlenswert, sich acht Stunden lang im Kreis zu drehen. Einige (jeweils 1 Mann der Bereitschaft) haben Gelegenheit, eine Stunde zu schlafen. Um acht Uhr gibt es Frühstück. Obwohl es heute lauwarmen Tee gibt, (den, den die Unteroffiziere und die Ausbildner übriggelassen hatten), muß ich mich überwinden, die steifen Finger aus den Handschuhen zu ziehen, mir ein Brot zuzubereiten und ein paar Bissen zu essen. Ich weiß auch, warum ich keinen Appetit habe: 20 Stunden lang, seit dem gestrigen Mittagessen um 11.30 Uhr haben wir keine Essensgelegenheit mehr gehabt. Trotz der Kälte, der Müdigkeit und den Strapazen herrscht diesen Morgen eine nicht so verzweifelte Stimmung. Für 13 Uhr ist die Abfahrt aus Kirchham geplant.

In der Kaserne muß laut Befehl von 14.00 – 17.00 Uhr gereinigt werden. Um aber beim morgigen Appell alles sauber zu haben, arbeiten die meisten bis 22.00 Uhr. Nachher fällt jeder erschöpft ins Bett.

3 Tage und 2 Nächte – 64 Stunden lang – hat uns der Zugskommandant OVST Hoffmann keine Zeit zum Schlafen gelassen.

Kommentar eines Unteroffiziers: „Ja, ja, der Krieg ist a Sau!"

Die drei hier abgedruckten Korrespondenzen stammen aus dem **Querschläger 6/77**, der soeben **erschienen** ist. Er enthält außerdem Beiträge zum nächsten Einrückungstermin, zum Manöver im Attergau, gegen die Zwangsverpflichtungen, und viele weitere Korrespondenzen. Die jüngst beschlossene Plattform der Querschlägergruppe und ihr Aktionsprogramm sind ebenfalls abgedruckt.

Preis S 3,-.
Zu beziehen über:
Wolfgang Binder,
Zollergasse 5/III/9, 1070 Wien

rgiftet Großschädel Umwelt

Entstaubungsanlage Mitte November 77. Widerwillig mußten sich dem die Fraktionen im Gemeinderat beugen. Weil die Anrainer stets dahinter waren, lief die Entstaubungsanlage nach 7 Jahren Kampf der BI „zeitgerecht" an. Die bürgerlichen Politiker klopften sich gegenseitig auf die Schultern und glaubten, sich das „Stimmvieh" für die Gemeinderatswahlen Ende Jänner 78 erhalten zu haben.

Aber bereits nach wenigen Tagen Betrieb der Entstaubungsanlage berief die BI eine Pressekonferenz ein. Auf ihr wurde die neue Anlage als „Alibianlage" bezeichnet, denn der wie ursprünglich von den Politikern und dem Großschädl zugesicherte Reinigungsgrad von 95% beträgt nur ungefähr 60%. Zu Recht fühlt sich die BI gefoppt. Sie fordert jetzt eine zusätzliche Ausstattung der Anlage mit einem Elektrofiltergerät.

Zelle SGP/OG Graz

Widerstand sowjetischer Arbeiter

Seit einigen Wochen zirkuliert in Moskau ein offener Protestbrief von 38 Arbeitern aus verschiedenen Städten der UdSSR. Die illegale Veröffentlichung dieses Briefes ist Ausdruck des wachsenden Widerstands der sowjetischen Arbeiter gegen die Herrschaft der neuen Monopolbourgeoisie. Diese Arbeitergruppe sprach mit einem amerikanischen Journalisten, der darüber berichtet:

Einer in dieser Gruppe ist der Bergarbeiter aus dem Donbass, Wladimir Kelbanow, 45 Jahre alt, der in Schwierigkeiten geriet, als er, als Vorarbeiter einer Schicht, Sorge um die Sicherheit seiner Männer ausdrückte. Wegen des „unrealistisch hohen Plans" für die Kohlenproduktion in seinem Bergwerk mußten die Kumpel – wie er sagt – zwölf Stunden im Tag statt der normalen sechs arbeiten. Das führte dazu, daß sie müde und unachtsam wurden. Durch Unfälle werden jährlich allein in seinem Werk 12 bis 15 Arbeiter getötet und 600 bis 700 verletzt. Die Behörden verheimlichten so gut sie konnten die Arbeitsunfälle und weigerten sich, die Ursachen zu untersuchen. Weil er sich beschwerte, sagte er, wurde er nach 16-jähriger Tätigkeit im Werk entlassen, und dann vier-einhalb Jahre in ein psychiatrisches Spital gesteckt.

Nadeshda Kurakina hatte 25 Jahre als Kellnerin im Restaurant Wolgograd gearbeitet, einem Betrieb, das von der lokalen heraus, daß der Verwalter Geschirr stahl, von dem er behauptete, es sei von Kellnerinnen zerbrochen worden; diese mußten dann für den Schaden durch Lohn-Parteiorganisation geführt wird. Sie fand einbußen aufkommen. Kurakina schrieb Briefe an die Behörden, auf die sie keine Antwort erhielt, und beschwerte sich dann in einer Versammlung der Angestellten des Restaurants. Sie wurde entlassen, und auch ihr Mann verlor seinen Posten. Der Parteisekretär der Region Wolgograd weigerte sich, sie zu empfangen, sagt sie. Sie verlor ihre Pensionsansprüche und die Möglichkeit, eine andere Arbeit zu finden. Wie in allen solchen Fällen wurde ihre Entlassung in ihrem „Arbeitsbuch" vermerkt, einem Dokument, das sie vorweisen muß, wenn sie sich um eine Stelle bewirbt.

Walentin Poplawsky, 44 Jahre alt, arbeitete in einer Fabrik in Klimowsk, in der Nähe von Moskau, als Inspektor für die Instandhaltung von Wohnungen. Er gab an, daß höhere Beamte Unternehmensgelder zur Finanzierung von Saufgelagen abzweigten und ihm, als eine Arbeiterin sich beschwerte, eine falsche Anmerkung in ihre Arbeitspapiere zu schreiben. Er weigerte sich, das zu tun und wurde schließliche entlassen.

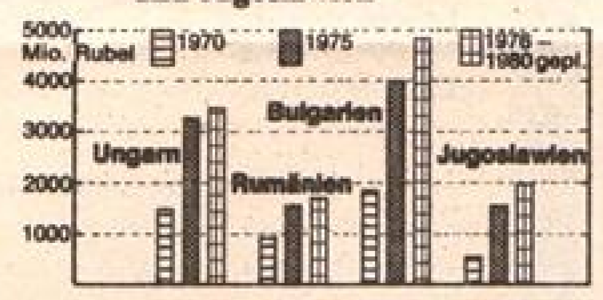
(aus International Herald Tribune 3./4. 12.77)

Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Rumänien gegen den sowjetischen Hegemonismus am Balkan

Anfang Dezember trafen der jugoslawische Präsident Tito und der rumänische Ministerpräsident Ceaucescu anläßlich des Beginnes des Baus an einem Gemeinschaftskraftwerk zusammen. Das Donaukraftwerk wird am Eisernen Tor errichtet und wird jedem der beiden Länder 1,5 Milliarden kWh Strom pro Jahr liefern. Zusätzlich zu dem Wasserkraftwerk wird eine Brücke über die Donau gebaut werden. Der Bau des Kraftwerks beruht auf Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder. Die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ist eine Antwort auf die Ausplünderung der Balkanländer durch den sowjetischen Sozialimperialismus. Die russische Monopolbourgeoisie neuen Typs betrachtet den Balkan als ihr natürliches Ausbeutungsfeld.

Sie versuchen, den gesamten Außenhandel der RGW-Länder zu kontrollieren und bereichern sich aus den Exporten in die RGW-Länder des Balkans, die zu überhöhten Preisen durchgeführt werden, und aus den Importen in die Sowjetunion, deren Preise von den Sozialimperialisten unter die Weltmarktpreise gedrückt werden. Auf diese Weise versuchen sie, die Balkanländer, die unter ihrem Einfluß stehen, zu abhängigen Kolonialgebilden zu machen, deren Wirtschaftsentwicklung nur mehr ein Element der Bereicherung der sowjetischen Bourgeoisie ist. Diesen Bestrebungen steht der Kampf der Völker der Balkanländer entgegen.

Warenaustausch der UdSSR mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien



Aus: Kommunistische Volkszeitung, Nr. 44, Zeitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Dem Schaubild kann man entnehmen, daß Jugoslawien und Rumänien einen verhältnismäßig geringen Außenhandel mit der UdSSR haben und sich so etwas aus der Umklammerung durch die russischen Imperialisten befreit haben.

Namentlich auf dem Gebiet der Energieversorgung ist diese Entwicklung deutlich. Die Lieferung von Energiestoffen (Erdöl und Erdgas) ist eines der Hauptmittel der Kontrolle der Sozialimperialisten und zugleich eine ihrer Haupteinnahmequellen. Man kann sich leicht vorstellen, was es bedeutet, daß ein Land wie Ungarn oder Bulgarien zu 70% bzw. fast zu 90% diese Energieträger ausschließlich aus der UdSSR bezieht. Demgegenüber macht der Prozentsatz bei Rumänien, das seine eigenen Erdölvorkommen entwickelt hat, nur 20% aus. So ist es Rumänien und in einem gewissen Ausmaß auch Jugoslawien gelungen, die Kontrolle der russischen Sozialimperialisten über die Energiezufuhr abzuschütteln. Nach wie vor beziehen sie aber russisches Erdgas in großem Ausmaß und mußten sich daher dem „groß"russischen Erdgasnetz quer durch Osteuropa anschließen, das vom russischen Erdgasmonopol kontrolliert wird.

Diese Länder versuchen schon seit langem, sich dem sowjetischen Druck und der Ausplünderung durch das russische Finanzkapital durch Zusammenarbeit mit den amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten zu entziehen. Die Resultate dieser Versuche waren naturgemäß für die Entwicklung einer eigenständigen Volkswirtschaft nicht sehr ermutigend. Beständig ertönt in Jugoslawien Klage darüber, daß die Außenhandelsbeziehungen zu den USA den amerikanischen Monopolen ungeheure Profite einbringen, aber Jugoslawiens Export ub die USA selbst abnimmt. So hat sich im ersten Halbjahr 1977 der Export Jugoslawiens in die USA um 60 Millionen Dollar verringert, während der der USA nach Jugoslawien um 120 Millionen gestiegen ist, das Defizit des Außenhandels beträgt mit den USA 150 Millionen Dollar.

Die Verschuldung Jugoslawiens an die US-Banken und an die Weltbank, die im wesentlichen eine Institution des US-Finanzkapitals ist, ist hoch und steigt jedes Jahr. Rumänien soll mit 3,4 Mrd. Dollar an den Westen verschuldet sein.

Schlechte Erfahrungen hat Jugoslawien auch mit dem amerikanischen „Westinghouse"-Konzern gemacht, mit dem zusammen in Jugoslawien ein Kernkraftwerk errichtet wird. Daß Westinghouse mit diesem Bau alles andere im Sinn hat, als Jugoslawiens Energieversorgung auf eigene Beine zu stellen, zeigt sich schon jetzt: in der jugoslawischen Öffentlichkeit werden die Versuche dieses Konzernes angeprangert, zusätzliche Geschäfte herauszuschlagen, während der Bau nur langsam fortschreitet und wegen Lieferungen von schlechtem Material überhaupt oft verzögert wird.

Die Sozialimperialisten bieten sich ebenfalls als Hauptkreditgeber für Jugoslawien an (Archipov, ein Vertreter des russischen Wirtschaftsrates bot Jugoslawien bis 1980 Kredite in der Höhe derjenigen der Weltbank an) und der Warenaustausch beginnt in den letzten Monaten wieder rascher zu steigen.

Der Bau des Kraftwerkes gemeinsam mit Rumänien durchbricht direkt das russische Energiemonopol für die Balkanländer. Überhaupt erblicken viele Menschen sowohl in Jugoslawien als auch in Rumänien in einer Intensivierung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen einen Auweg aus der drückenden Abhängigkeit von den beiden Supermächten, vor allem von der Sowjetunion. In der Zeitschrift „Rumänischer Außenhandel" 3/77 heißt es zum Anstieg des Handelsaustausches beider Länder: „In diesem Sinne ist der Entschluß besonders wichtig, alles daranzusetzen, um bis 1980 einen Gesamtumfang der gegenseitigen Lieferungen von mindestens 1 Milliarde Dollar zu erreichen", was etwa eine Verdreifachung des Warenaustausches bedeuten würde.

Damit würde der rumänische jugoslawische Außenhandel schon die Hälfte des geplanten Außenhandels Jugoslawiens mit der UdSSR und mehr als den mit den USA ausmachen.

Gegenwärtig wird von beiden Ländern geprüft, ob sich Rumänien an der Ausbeutung von Eisenerzlagern und Bauxitlagern in Kossovo (Jugoslawien) beteiligt im Austausch gegen längerfristige Lieferungen.

Intensiviert hat sich die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern nach dem Einmarsch der Sozialimperialisten in der CSSR im Jahre 1968. Rumänien und Jugoslawien haben dagegen protestiert, eigene Verteidigungsmaßnahmen ergriffen und zum Teil Armee und Miliz mobilisiert. Gleich nach der Intervention hat Ceausescu gewarnt, das rumänische Volk werde niemandem gestatten, seine Souveränität zu verletzen. Zum Schutz des Landes werde eine Garde aus Arbeitern, Bauern und Intellektuellen gebildet. („Die Presse", 22.8.68). Auf dem Treffen Anfang dieses Monats haben beide Präsidenten die „Prinzipien der Unabhängigkeit und Souveränität, der Gleichberechtigung, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" betont.

Rumänien trat auf der Belgrader Konferenz gegen die Militärblöcke auf und forderte das „Verbot multinationaler Manöver an den Grenzen unabhängiger Staaten und das Verbot der Schaffung neuer Militärstützpunkte in Europa"; beides frontal gegen den sowjetischen Expansionismus gerichtete Forderungen. Jugoslawien intensivierte die Produktion eigener Rüstungsgüter und versorgt sich heute zu mehr als 80% selbst damit. Rumänien begann mit dem Aufbau einer eigenständigen Rüstungsindustrie. Gemeinsam beschlossen beide Staaten heuer im Sommer, ein Jagdflugzeug zu entwickeln. Auch dieses Projekt bedeutet einen Aufbau der rumänischen Flugzeugproduktion, die eine Antwort auf das Waffenmonopol der UdSSR innerhalb des RGW ist.

wurde unter dem unmittelbaren äußeren Druck der Nachbarschaft zur Sowjetunion nach dem Einmarsch und der Versklavung der CSSR ein neues, selbständiges Militärkonzept durchgeführt, das sich vor allem auf die Einbeziehung der Milizen in die Territorialverteidigung stützt. Der Charakter dieser Militärkonzepte ist vor allem durch die akute Gefahr der äußeren Bedrohung bestimmt; so führte Jugoslawien unmittelbar in der Zeit der berüchtigten „Sonnenfeldt-Doktrin" ein Manöver im Sommer 1976 durch, das sich auf die „Mobilisierung von Territorialkräften" stützte. In der Österreichischen Militärischen Zeitschrift heißt es darüber: „Neben den hauptsächlich mit leichten Infanteriewaffen ausgestatteten, räumlich gebundenen und finanzierten Territorialkräften der Armee, ist die Masse der Bevölkerung - von den Schulkindern bis zu den Erwachsenen - im Rahmen der örtlichen Kommunen, Fabriken usw. für die Erfüllung verschiedenster Aufgaben vorgesehen.

„Im Rahmen der Manöver Golija '76 wurde am 23. September in Titovo Užice der Einsatz einer Arbeiterorganisation des Kupfer- und Aluminiumwerkes Sevojno unter Kriegsbedingungen durchgeführt. Es handelt sich um eine FIA-Übung einer Territorialeinheit sowie um Löscharbeiten und die medizinische Betreuung durch eine Zivilschutzeinheit der Arbeiter."

Eine Bewaffnung der eingesetzten Zivilbevölkerung darüber hinaus ist jedoch nicht vorgesehen.

Militärisch, politisch und wirtschaftlich versuchen also diese beiden Länder, aus dem Würgegriff des russischen Sozialimperialismus herauszukommen und sich den US-Imperialismus vom Leibe zu halten. Mit jedem solchen Schritt versetzen sie dem sowjetischen Sozialimperialismus schwere Schläge, die ihn umso härter trefffen, als sie damit sein „ureigenstes Einflußgebiet", den RGW zersetzen und ihn an seiner Basis schwächen. Damit schieben sie auch dem sowjetischen Sozialimperialismus in seinem Vordringen nach Europa einen gewissen Riegel vor. Beide Länder rechnen sich zu Ländern der Gruppe der 77, zu Ländern, die um Unabhängigkeit vom Imperialismus ringen. Tatsächlich waren und sind diese Staaten der Kontrolle und Ausplünderung durch den Imperialismus unterworfen. Das bestimmt in einem gewissen Ausmaß ihre internationale und nationale Politik. So beginnt sich gegen den Sozialimperialismus auf dem Balkan eine Front herauszubilden. Rumänien und Jugoslawien bilden nach dem sozialistischen Albanien die wichtigsten Länder, die sich dem sowjetischen Hegemoniestreben auf dem Balkan entgegenstemmen. Dieser Kampf ist nicht ohne Widersprüche, und jeder Schritt eines der Länder aus den Klauen des Imperialismus bedarf der Unterstützung und Sympathie der Arbeiterklasse und der Völker der Welt.

Streiks in Chile

Anfang November traten im größten Kupferbergwerk Chiles, El Teniente, 1.700 Arbeiter in den Streik für eine Lohnerhöhung. Tagelang hatten sie mit illgalen, handgeschriebenen Flugblättern für den Streik agitiert. Die faschistische Junta mußte reagieren; einerseits mußte sie die Erhöhung von Zulagen zugestehen, andererseits ordnete sie hartes Durchgreifen an, 49 Arbeiter wurden entlassen.

Eine Woche nach Beginn des Streiks der Kupferarbeiter traten auch die Hafenarbeiter in Valparaiso für Lohnerhöhung in den Streik. Seit dem Militärputsch vom 11. September 1973, in dessen Folge Tausende Arbeiter ermordet wurden, sind dies die größten bekanntgewordenen Streikaktionen gegen die imperialistischen Ausbeuter und die Militärjunta.

4 Jahre Herrschaft der imperialistischen Monopole und ihrer Handlanger haben diesen die Sanierung der imperialistischen Raubwirtschaft gebracht. Von Politikern und Schreiberlingen der Imperialisten wird heute der „Aufschwung" der chilenischen Wirtschaft gelobt, wie das auch der Chefredakteur der „Presse" in seiner Artikelserie tut. Tatsächlich aber muß ein großer Teil der chilenischen Bevölkerung von Almosen des Staates und der Kirche leben, um dem Hungertod zu entgehen. Allein nach offiziellen Angaben lebt fast jeder 4. Chilene (21,5%) in äußerster Not - für 1977 erwartet die Junta eine Arbeitslosenrate von 13%. Die imperialistische Ausbeutung und Plünderung hat in diesen vier Jahren rasant zugenommen. Von 1974 bis 75 betrugen allein die Inestitionen der USA und Kanadas in die Minenwirtschaft 1 Milliarde $. Auch über Kredite und Anleihen verstärken die Imperialisteb ihren Würgegriff. 1976 mußten 800 Mio. $ an Auslandsschulden zurückgezahlt werden, heuer wird es 1 Milliarde sein.

Heftige Massenkämpfe im Iran

Seit dem 15. November, als Tausende Studenten gegen das faschistische Schah-Regime demonstrierten, finden die Massenkämpfe im Iran jeden Tag einen neuen Höhepunkt. Während damals der Schah in Washington seine Treue zum US-Imperialismus zur Schau stellte und den weiteren Ausverkauf des Landes vorantrieb, schlossen sich Hunderte von Werktätigen den Demonstrationen an, deren Parole war: „Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime!" Tausende Menschen demonstrierten auch in den Städten Qum, Tabriz, Arak, Mesched und Ahwaz. Das brutale Eingreifen der Schlägertruppen des Schah, die in Teheran 16 Studenten erschossen und Hunderte verhaftet hat, hätte nur zur Folge, daß noch mehr Menschen aufstanden, um für Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen. Am 18. 11. demonstrierten über 15.000 Menschen spontan in den Straßen Teherans. Die Bevölkerung der Städte Ahwaz, Isfahan und Schiraz unterstützte sie mit Protestkundgebungen. Am 21. 11. kam es zu schweren Kämpfen mit der Polizei in Teheran, als die Demonstranten Einrichtungen des Imperialismus – mindestens 6 Banken, die Niederlassungen von General Motors und Citroen-Renault – angriffen. 47 Tote, Hunderte Verhaftungen waren die verzweifelte Anwort des Schah-Regimes. Zur Zeit gehen die Kämpfe mit steigender Heftigkeit weiter, immer mehr Menschen schließen sich ihnen an. Die Lehrer und Bankangestellten haben den landesweiten Streik aufgenommen, Arbeiter legen die Arbeit nieder und ziehen auf die Straße. Die meisten der 21 Universitäten des Iran sind geschlossen oder werden besetzt.

(Nach Informationen iranischer Studenten, International Herald Tribune, 18. 11., Neue Zürcher Zeitung, 9.12.)

Die Beteiligung des österreichischen Imperialismus an der kolonialen Ausbeutung Zimbabwes

Österreich werde alle Bemühungen unterstützen, die darauf abzielten, den „unhaltbaren Zustand im südlichen Afrika zu beseitigen", beteuerte Außenminister Pahr Anfang Dezember auf einer Veranstaltung der „Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen". Demonstrativ benannte er in seiner Rede Rhodesien mit dem afrikanischen Namen Zimbabwe, als würde er es verabscheuen, ein Wort in den Mund zu nehmen, das nur im entferntesten den Vorstellungen der rhodesischen Siedler entspräche. „Schmeichelhafter" Worte für die Befreiungsbewegung Zimbabwes und „kritischer" Äußerungen über das Siedlerregime von Ian Smith bedienen sich österreichische Regierungsstellen schon sehr lange, mindestens seit dem Beschluß der UNO von 1968, gegen Rhodesien ein vollkommenes Wirtschaftsembargo zu verhängen.

Schon 1973 versicherte Österreichs UNO-Botschafter Jankowitsch vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen großspurig, Österreich werde jede Maßnahme voll unterstützen, mit der eine Verletzung des Boykotts verhindert werden kann.

Mindestens ebensolange wie es diese Beteuerungen gibt, betreibt die österreichische Bourgeoisie Geschäfte mit dem illegalen Kolonialregime, die mit dem heuchlerischen Geschwätz ihrer Politiker verdeckt werden sollen. Eine lange Liste zeigt, was die österreichische Bourgeoisie unternommen hat, um das Smith-Regime zu stützen und Extraprofite aus der gnadenlosen Ausplünderung des Volkes von Zimbabwe und seines Landes zu ziehen:

* 1968 begann die VÖEST mit Vorbereitungen für ein umfangreiches Geschäft mit dem Stahlkonzern RISCO in Rhodesien; die VÖEST als Hauptbeteiligter sollte gemeinsam mit zwei westdeutschen Stahlkonzernen ein bestehendes Stahlwerk ausbauen und ein neues LD-Stahlwerk liefern. Dadurch konnte die RISCO ihre Stahlproduktion von 400.000 Tonnen auf 1 Million Tonnen im Jahr erhöhen. Das Projekt erforderte 1,2 Milliarden S, die von einer sogenannten Europäisch-Amerikanischen Bankgesellschaft – an der die Creditanstalt Bankverein maßgeblich beteiligt war – aufgebracht werden sollten. Dieses Bankkonsortium zahlte aber nur die erste Hälfte der Anleihe und zog dann ihr Kapital zurück, weil das Geschäft aufgeflogen war. Die VÖEST beteiligte sich an dem Projekt mit 400 Millionen Schilling und versprach den Rassisten einen Kredit über 46 Mio. S. Mit dem Bau der ersten Stufe, einem LD-Tiegel, mit dem Roheisen zu Stahl verarbeitet werden kann, wurde 1969 begonnen. Die zweite Ausbaustufe umfaßte fünf Hochöfen und eine Kaltwalzstraße; die Anlage wurde über Südafrika, Mozambique (damals noch unter portugiesischer Kolonialherrschaft) und Malawi nach QueQue (Rhodesien) geliefert. Die „offizielle" Finanzierung des Projekts wickelte die VÖEST über eine Strohfirma namens FEMETCO in der Schweiz ab. Neben Geld und Material wurden den Kolonialisten auch österreichische Techniker geliefert. Sie wanderten pro forma nach Rhodesien aus, wo sie die rhodesische Staatsbürgerschaft erhielten und tauchten nach Beendigung ihrer Tätigkeit wieder als österreichische Staatsbürger in Österreich auf. Die RISCO zeigte sich dankbar und liefert den österreichischen Stahlkapitalisten bis auf den heutigen Tag billiges Rohmaterial. Daß das sicher nicht die einzigen Verbindungen sind, erfuhren wir vor wenigen Tagen von zwei Angestellten der VÖEST: einige Direktoren hatten sich bitter darüber beschwert, daß sie noch immer auf das Geld für Maschinen warten müßten, die sie dem Smith-Regime geliefert hatten.

* Wie ausgedehnt der Handel mit dem rhodesischen Siedlerregime ist, geht aus einer Statistik der UNO hervor. Danach wiesen die Ausfuhrstatistiken Südafrikas (das seit 1968 ein wichtiger Umschlagplatz für rhodesische Güter ist) keinerlei Exporte nach Österreich auf; Österreich dagegen gab Warenimporte aus Südafrika im Umfang von 218.000 Tonnen an. Da der Handel mit Rhodesien verboten ist, werden die Güter eben über Drittländer gehandelt, um das UN-Embargo zu „umgehen". Einen großen Teil der österreichischen Einfuhren aus Rhodesien machen Tabak und Rindfleisch aus, die vor allem auf dem Luftweg über Südafrika, Malawi und Gabun nach Österreich geliefert werden.

* Die Simmering-Graz-Pauker AG lieferte über einen Hamburger Zwischenhändler drei Verschublokomotiven nach Rhodesien; das wurde 1973 bekannt.

* Die Österreichisch-Amerikanische Magnesit AG versorgte auch nach 1968 die Rassisten mit Radex-Steinen (unentbehrlich für Hochöfen) und feuerfestem Baumaterial. Hafenarbeiter in Bremen deckten diesen Handel auf.

J. MANN & COMPANY (Pvt.) LTD.E 12. Sep. 1972

P.O. Box 1064 BULAWAYO — Cable Address: "PAMDORE" AB ...

Date 5th September 1972 — Order Number BC.235

Supplier: TYROLIT SCHLEIFMITTEL WERKE SWAROVSKI K.G. 6130 SCHWAZ - TIROL - AUSTRIA

Shipping Marks: J. MANN & CO. (PVT) LTD. RS 1064 BULAWAYO

Destination Port: LOURENCO MARQUES — Per:

Name of Customer: STOCK — Est. F.O.B. — Est. C.I.F.

IMPORT PERMIT:

	Quantity	Description		Unit Price and Discount
		SECUR DEPRESSED CENTRE GRINDING WHEELS		AUSTRIAN SHILLINGS
1.	[illegible] only	7" x 1/4" x 7/8"	A30S-BF1	21.75 ea. 18.2.49
2.	[illegible] "	9" x 1/4" x 7/8"	A30S-BF1	36.90 ea. 18.2.49

* Die Tyrolit-Schleifmittelwerke Swarowski KG verkauften erwiesenermaßen Schleif- und Trennscheiben an Firmen in Rhodesien. Der Transport wurde auch über die Panalpina Schiffahrts- und Speditionsgesellschaft m.b.H. abgewikkelt.

* Die AUA vermittelt Flüge nach Rhodesien (in direkter Zusammenarbeit mit der Air Rhodesia). Am 12.12.1973 wurde von der UNO eine Resolution verabschiedet, die einen Boykott des Tourismus nach Rhodesien verlangt.

* Die Smith-Truppen sind unter anderem mit Steyr-Mannlicher „Sportgewehren" (automatische Scharfschützengewehre) ausgerüstet (Profil, 25.11.1976)

Diese bekanntgewordenen Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit den rhodesischen Siedlern sind sicher nur die Spitze des Eisbergs. Die österreichische Bourgeoisie weiß genau, daß Österreich als kleines imperialistisches Land, regiert von der Sozialdemokratie und offiziell zur „Neutralität" verpflichtet, es sich nicht leisten kann, seine Interessen an der kolonialen Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe ruchbar werden zu lassen. Noch dazu, wo es die Politik der Sozialdemokratie gerade ist, sich mit ihrer Verurteilung der Apartheid und dem Neutralitätsstatus Österreichs den afrikanischen Ländern anzubiedern um so den Boden für eine verstärkte imperialistische Infiltration zu schaffen.

Die Gier nach Absatzmärkten, billigen Arbeitskräften und Rohstoffen macht den österreichischen Imperialismus zu einem erbitterten Feind des Volkes von Zimbabwe. Aber: die „außenpolitischen Möglichkeiten eines Staates, der über keine ins Gewicht fallenden Machtmittel verfügt, sind begrenzt", bedauert Außenminister Pahr in seinem Parlamentsbericht 1977. Daher muß sich die österreichische Bourgeoisie an die Initiativen der großen imperialistischen Räuber hängen, wenn es um die Sicherung der imperialistischen Herrschaft gegen den Kampf der Völker geht. Diese bereiten heute schon die bewaffnete Intervention in Zimbabwe vor, da sie wissen, daß sie mit der Spaltung der Befreiungsbewegung und der Einführung eines neokolonialen Systems kein Glück haben werden.

Das System der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der unterjochten Nationen ist der gemeinsame Feind der österreichischen Arbeiterklasse und des Volkes von Zimbabwe. Im Kampf gegen den Imperialismus steht heute das Volk von Zimbabwe an vorderster Front. Sein Kampf steht gegen die Interessen aller imperialistischen Mächte, besonders aber gegen die Interessen der größten Ausbeuter und Unterdrücker, der beiden Supermächte USA und Sowjetunion. Auch wenn Österreich nur ein kleiner Teil dieses Systems ist, es ist die besondere Aufgabe der österreichischen Arbeiterklasse und des Volkes, die österreichische Bourgeoisie aus der imperialistischen Front gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe herauszubrechen und zu verhindern, daß sie weiterhin die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung Zimbabwes schützt und an ihr teilnimmt. Die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe durch das österreichische Volk verlangt daher auch die Durchsetzung folgender Forderungen:

Sofortiger Abbruch aller wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem Kolonialregime!

Anerkennung der Patriotischen Front als einzige legitime Vertreterin des Volkes von Zimbabwe!

Materielle Unterstützung der Patriotischen Front durch die österreichische Bundesregierung!

Verbot aller Investitionen österreichischer Betriebe in Rhodesien und aller Beteiligungsgeschäfte an Investitionen!

Verbot jeglicher offizieller Werbung für das Smith-Regime und den Kolonialismus im Südlichen Afrika an den österreichischen Schulen!

Öffentliche Rücknahme der Erklärung von UNO-Botschafter Jankowitsch über die Bereitstellung österreichischer Truppen für eine UNO-Truppe in Zimbabwe!

Interview mit Genossen K. Kangai, Mitglied des Zentralkomitees der ZANU

Am 17. November, nach Abschluß der Spendensammlung in Österreich, gab Genosse K. Kangai der Redaktion es Klassenkampf ein Interview. Noch am selben Tag reiste er nach Westdeutschland weiter, wo der Kommunistische Bund Westdeutschland und die Kommunistische Partei Deutschlands gemeinsam eine Sammlung zur vollständigen Ausrüstung einer Einheit der Befreiungskämpfer durchführen.

Klassenkampf: Genosse Mugabe, Präsident der ZANU, hat am 30. November davon gesprochen, daß der Kampf in Zimbabwe jetzt in eine neue Phase eintritt. Wie ist die Lage des Befreiungskrieges heute?

Genosse Kangai: Genosse Mugabe, der Präsident der ZANU, hat darauf hingewiesen, daß unser Kampf in Zimbabwe eine neue Stufe erreicht hat, weil innerhalb von Zimbabwe die Streitkräfte der ZANLA, der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee Zimbabwes, zu Land bereits vollständig die Kontrolle errungen haben. Wir nennen die entsprechenden Gebiete halb-befreite Gebiete, weil der Feind immer noch die Möglichkeit hat, unsere Stützpunkte zu bombardieren, also den Luftraum beherrscht. Wenn wir einmal sowohl zu Land als auch in der Luft unsere Herrschaft hergestellt haben, werden wir diese Teile unseres Landes befreite Gebiete nennen.

Eine neue Phase in unserem Kampf ist es deswegen, weil auch der Feind schon davon ausgeht, daß er militärisch besiegt ist. Er gibt es zu, indem er die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht bereits in sein eigenes Programm aufgenommen hat.

Bisher, und seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung, ist Smith in seiner Politik davon ausgegangen, daß sein Rhodesien ein unabhängiges Land ist. Jetzt verhandelt er über ein unabhängiges Zimbabwe. Das ist ein klarer Beweis für den Sieg unserer ZANLA-Streitkräfte.

Es ist nur so, daß Smith, dieser Agent der Rassisten und Imperialisten, in seinen verzweifelten Anstrengungen, seine Haut zu retten – weil er ja sehen muß, daß er gegen das Volk von Zimbabwe keinen einzigen Sieg mehr erringen kann – in die falsche Richtung geht. Er hofft noch immer, sich aus der Gefahr durch die Gespräche mit den schwarzen Marionetten retten zu können.

Diese neue Phase bedeutet daher für uns, daß wir sowohl das Smith-Regime als auch die Lakaien der Imperialisten, nämlich Sithole, Muzorewa und Chirau, bekämpfen müssen.

In Zimbabwe schließen sich von Tag zu Tag mehr Leute hinter uns zusammen, und der Teil des Landes, den wir beherrschen, wird immer größer. Die imperialistischen und kolonialistischen Kräfte kommen keinen Schritt mehr vorwärts. Die Kader unserer Partei leisten gewaltige Arbeit in der Mobilisierung der Volksmassen, denn unser Kampf hat sich zum Volkskrieg entwickelt.

Wir bringen immer mehr von unseren Freiheitskämpfern ins Land. Ihre Aufgabe ist, vor allem anderen, die Massen unseres Volkes zu erziehen, ihnen die Ideologie und das Programm unserer Partei zu erklären, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt und die Erfahrungen der chinesischen Genossen verwendet.

Unsere Strategie baut auf dem Konzept der Einkreisung der Städte auf. Der Tag der letzten und endgültigen Schlacht wird dann kommen, wenn wir, nachdem wir unsere politische Arbeit unter den Arbeitern, in den Gewerkschaften, unter den Studenten und allen anderen antiimperialistischen Kräften in den Städten geleistet haben, wenn wir dann die Städte angreifen.

Die Truppen der ZANLA führen den Krieg in kleinen Einheiten, aufgeteilt auf die Regionen. Die zahlenmäßige Stärke dieser Einheiten nimmt ständig zu. Der Norden, Nordosten, Osten, Südosten, Süden und Südwesten Zimbabwes ist in der Hand unserer Truppen.

In den von der ZANU kontrollierten Gebieten wird die neue Gesellschaft gebaut

In diesen Gebieten wird eine Landverteilung durchgeführt. Die Politik der ZANU zur Frage von Grund und Boden ist, daß alle natürlichen Reichtümer Zimbabwes – Boden, Bodenschätze, Wasser, Flora und Fauna – allen Bürgern Zimbabwes gehören müssen, jetzt und für alle Zeit. Es kann kein Privateigentum an Land oder an anderen natürlichen Produktionsmitteln geben, weil sie dem ganzen Volk gehören. Der Staat ist Verwalter und Treuhänder allen Grund und Bodens, für die jetzige und alle zukünftigen Generationen.

Großgrundbesitz, alle Formen von Verpachtung durch Kapitalisten, werden ausgeschlossen.

Auf der Grundlage dieser Politik unserer Partei wird in den halb-befreiten Gebieten das bebaubare Land allen Leuten, entsprechend den Bedürfnissen, zugeteilt. Die Größe der Familie ist allein ausschlaggebend dafür, wieviel Boden man bekommt. Es gibt keine Geschäfte mehr mit Grund und Boden, wie das unter der Smith-Regierung üblich war.

Während der Kolonialherrschaft mußten die Leute ihre Krankenhausaufenthalte selber bezahlen. Das haben wir sofort abgestellt. In der Partei haben wir Kader speziell ausgebildet; das sind jetzt unsere „Barfuß-Ärzte". Sie richten in allen unseren Lagern und in allen unseren Gebieten Sanitätsstationen ein und übernehmen kostenlos die medizinische Betreuung der Leute. Eine große Anzahl von Kadern unserer Partei wurde als Sanitäter oder in anderen medizinischen Hilfsfunktionen ausgebildet. Mit ihnen haben wir ein Netz medizinischer Versorgung sowohl für unsere Lager als auch für die halbbefreiten Gebiete aufgebaut. Alle Medikamente und die ganze medizinische Ausrüstung muß von außen in unser Land gebracht werden und stammt aus den Spenden der Solidaritätsbewegung in der ganzen Welt.

Eine weitere Aufgabe betrifft den Aufbau eines Volksbildungswesens, einerseits um jene Art von Erziehung, die auf kapitalistische Normen und die Fixierung der Smith-Herrschaft ausgerichtet war, zu ersetzen, andererseits um Bildungsmöglichkeiten herzustellen, wo es bisher, unter der Herrschaft der weißen Siedler, keine gegeben hat. In allen unseren Lagern gibt es Schulen, die von Leuten jeder Altersstufe besucht werden. Dort gibt es ein Programm der politischen Bildung, zu dem natürlich die ideologischen Grundlagen unserer Partei gehören, und alles, was man an Bildung braucht: Lesen, Schreiben, Fremdsprachen, aber auch technische Fähigkeiten, wie Maschinschreiben oder ähnliches.

Klassenkampf: Gegenwärtig führt Smith Verhandlungen mit Sithole, Muzorewa und Chirau. Die US- und die anderen westlichen Imperialisten distanzieren sich verbal von dieser Politik.

Gen. Kangai: Die imperialistischen Mächte, die wir in Zimbabwe haben, sind durch die Hintertür hereingekommen. Natürlich ist es ihnen lieber, wenn sie unser Land ganz offen durch die Vordertür betreten können, unter dem Vorwand, daß sie von einer legal ins Amt gekommenen Regierung um ihre Unterstützung gebeten wurden.

Ihre Pläne laufen darauf hinaus, daß Smith eine Marionettenregierung einsetzt, gewissermaßen einen zimbabwischen Tschiang Kai-schek. Es gehört zur Taktik der Imperialisten, so zu tun, als wären sie gegen die sogenannte „interne Lösung", obwohl sie ihr ureigenstes Geschöpf ist. Hier verhält es sich genauso wie bei der einseitigen Unabhängigkeitserklärung, die sie selbst herbeigeführt haben, um sie dann nach außen hin abzulehnen.

Unsere Aufgabe ist die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes, denn unsere Feinde sind nach wie vor die selben Imperialisten, mit der einzigen Ausnahme, daß sie jetzt vorhaben, die Farbe ihrer Gesichter zu wechseln. Das Leid, das durch Ausbeutung und Unterdrückung geschaffen wird, ist unabhängig von der Quelle der Ausbeutung und Unterdrückung. Ob die Quelle schwarz oder weiß ist, Ausbeutung und Unterdrückung werden immer Leid hervorbringen, und deshalb wie eine Last angesehen werden, die abgeschüttelt werden muß.



Vom Beginn des Befreiungskampfes an haben die Frauen von Zimbabwe Schulter an Schulter mit ihren Männern gekämpft.

Klassenkampf: Das Prinzip der ZANU ist „Wir sind unsere eigenen Befreier". Welche Bedeutung hat die internationale Unterstützung für Euch?

Gen. Kangai: Unsere Partei, die ZANU, glaubt an die internationale Solidarität und schätzt sie sehr hoch ein. Der Kampf in Zimbabwe hat längst internationale Ausmaße erreicht. Die Imperialisten sind in voller Stärke zur Unterstützung von Smith angetreten. Die Lieferung von Kampfflugzeugen der Type Cessna 337 (USA) an das Smith-Regime ist nur eines der zahllosen Beispiele für die Durchbrechung des Embargos.

Unser Kampf ist ein Kampf zur Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker dieser Erde. Deshalb ist er mit den Kämpfen anderer Völker verbunden und sollte eng mit ihnen zusammengeschlossen werden.

Wenn wir sagen, „Wir sind unsere eigenen Befreier", dann meinen wir, daß der reale Kampf, der physische Aspekt der Beseitigung der Agenten des Imperialismus aus Zimbabwe, die Aufgabe der Zimbabwer sein muß. Wir kennen unsere Heimat. Wir sprechen die Sprache, die vom Volk verstanden wird. Unser Krieg ist ein Volkskrieg. Niemand anderer als wir, niemand, der nicht mit den Volksmassen unseres Landes so verbunden ist, wie wir, kann ihn gewinnen. Wir glauben, daß wir die objektiven Bedingungen in Zimbabwe kennen, und die konkrete Situation bedingt, daß wir, die Söhne und Töchter Zimbabwes, auf unserem eigenen Grund und Boden kämpfen.

Aber wir wissen auch, daß wir ohne die Unterstützung der Solidaritätsbewegung in der ganzen Welt nicht zum Sieg kommen werden. Wir nehmen Unterstützung von jedem an, solange sie nicht an irgendwelche Bedingungen geknüpft ist. Unterstützung, die an Bedingungen geknüpft war, hat dazu geführt, daß Völker nach Erringung ihrer Unabhängigkeit von den Supermächten dominiert wurden. Wir halten dagegen aufrecht, daß wir nach Erringung unserer Unabhängigkeit selbst und allein die Herren unseres Landes sein werden.

Die Spendensammlung, die vom Kommunistischen Bund Österreichs, von den Komitees Südliches Afrika, von den Organisationen der slowenischen Minderheit, von türkischen, iranischen, chilenischen und uruguayischen Genossen und von der österreichischen Öffentlichkeit durchgeführt worden ist, war ein gewaltiger Erfolg. Die Auswirkungen dieser Spendensammlung haben auch die österreichische Bourgeoisie erreicht, die gezwungen war, sich dazu zu äußern. Sie war erfolgreich als eine Form der politischen Erziehung. Viele Leute haben im Laufe dieser Spendensammlung Reden über Zimbabwe und die Kämpfe der unterdrückten Völker der Welt gehört.

Um das Ergebnis der Spendensammlung sollten zwei Landrover gekauft werden. Im Moment ist aber die Nachfrage nach Landrovern so groß, daß jede Bestellung mindestens ein Jahr dauert. Durch die Luftangriffe der Smith-Truppen ist für die ZANU aber ein akuter Notstand eingetreten. Um dem abzuhelfen, werden wir andere Fahrzeuge anschaffen, die sofort eingesetzt werden können.

Unsere Partei, die Afrikanische National-Union Zimbabwes und ihr Führer, Genosse Präsident Mugabe, begrüßen diesen Beweis internationaler Solidarität durch die fortschrittlichen Menschen in Österreich, den sie über ihre Vorhutorganisationen, wie den Kommunistischen Bund Österreichs, zum Ausdruck gebracht haben. Unsere Antwort auf diesen Beweis der internationalen Solidarität wird die Verstärkung unseres revolutionären bewaffneten Kampfes sein. Der Sieg ist gewiß!

K. M. Kangai,
Mitglied des Zentralkomitees,
Sekretär für Wohlfahrt und Transport



Ein Beispiel für rassistische Propaganda an Österreichs Schulen

An den österreichischen Schulen wird im Auftrag des Staates offen für die Kolonialregimes im südlichen Afrika geworben. Mit Geschichtslügen und chauvinistischer Verhetzung wird im „Seydlitz" für die imperialistische Unterjochung der Afrikaner geworben. „Jäger, Sammler und Nomaden" – bei diesem Bild aus der Urgeschichte schlägt das Herz der Imperialisten höher, drängt es sie doch direkt, diese „Wilden" zu zivilisieren.

Vor dem Eindringen der Kolonialisten im südlichen Afrika lebten auf dem größten Teil des Territoriums der heutigen Republik Südafrika verschiedene afrikanische Völker, die drei ethnischen Gruppen angehörten. Besonders die Völker der „Bantu"-Gruppe hatten hochentwickelte Kulturen.

Sie züchteten Rinder, Schafe und andere Haustiere, bauten Sorgnum und andere Feldfrüchte an. Die Wirtschaft war mannigfaltig und in Entwicklung begriffen. Die Stämme gewannen und verarbeiteten Eisen, Kupfer, Zinn, Gold und andere Mineralien, stellten Töpferwaren und Produkte aus Tierhäuten her. Die archäologische Forschung .... entdeckte viele Anzeichen für alte Unterkünfte aus Stein und befestigte Städte sowie kunstvoll angelegte Bewässerungs- und Verteidigungssysteme.

1652 errichtete Jan von Riebeck mit einer Expedition von 90 Mann, im Auftrag der Holländisch-Ostindischen Handelsgesellschaft einen Versorgungsstützpunkt am Kap der guten Hoffnung. Anfangs tauschten die Soldaten noch Vieh von den dort lebenden Khoikhoi gegen andere Waren ein. Später schickte die Handelsgesellschaft holländische Siedler ins Kapland, die sich auf dem Land der Khoikhoi festsetzen wollten. Diese setzten sich dagegen heftig zur Wehr.

Auf den Farmen der „Boers" (Farmer) arbeiteten hauptsächlich Sklaven. Mit der Zeit wandten sich die Siedler der Viehzucht zu und begannen, auf der Suche nach neuen Weideplätzen, immer tiefer ins Landesinnere vorzudringen. Sie stießen dabei auf das San-Volk, das ihnen während des ganzen 18. Jahrhunderts heftigen Widerstand entgegensetzte. Der Vormarsch der Treckburen wurde erst gestoppt, als sie auf die Xhosa trafen. Die Xhosa – von den Siedlern „Kaffern" genannt – waren vor allem Viehzüchter und Ackerbauern, deren wohlgenährte Herden und fruchtbarer Boden den Neid der Treckburen hervorriefen. Sie besaßen jedoch eine militärische Tradition und verstanden sich zu verteidigen und zurückzuschlagen. Mit Unterbrechungen tobte mehr als 100 Jahre lang ein Krieg zwischen den Xhosa und den räuberischen Eindringlingen .... Diese Feldzüge der Buren sind unter dem Namen „Kaffernkriege" bekannt.

Im Laufe ihrer Feldzüge gegen die Afrikaner gründeten die Buren mehrere Republiken, darunter Transvaal und Oranje-Freistaat. Als jedoch in diesen Gebieten riesige Gold- und Diamantenlager entdeckt wurden, versuchte der britische Imperialismus, das ganze Land unter seine Kontrolle zu bekommen. Die englische Kolonialmacht eroberte im Burenkrieg (1899 – 1902) Transvaal und Oranje-Freistaat. 1910 wurde die nunmehrige Südafrikanische Union zu einem sich selbst regierenden Dominium des britischen Reiches. Damit wurde die Macht aber nur an die weiße Minderheit – Briten und Buren – übertragen. Es entstand eine neue Art von Kolonialismus, in dem die weißen Unterdrücker und die Unterdrückten auf demselben Territorium lebten.

Bevölkerung und Staaten

Als ursprüngliche Bewohner Südafrikas gelten die kleinwüchsigen **Buschmänner,** die als Jäger und Sammler leben, sowie die Hottentotten, die nomadische Viehzüchter sind. Den überwiegenden Teil der Bevölkerung Südafrikas stellen die **Bantuneger.** Seit dem 17. Jahrhundert siedelten sich im Süden Europäer an. Zuerst waren es Niederländer, Deutsche und auch Franzosen. Aus ihnen ging das Volk der **Buren** hervor. Seit 1800 kamen in großer Zahl **Briten** als Kolonisten. Buren und Briten gerieten bei ihrem Vordringen nach Norden und Osten in langwierige Kämpfe mit Bantustämmen, die damals südwärts wanderten. Im 19. Jahrhundert kamen **Inder** als Plantagenarbeiter und Händler an die Ostküste.

Seydlitz, Seite 57



Die „Ansiedlung" der Europäer bestand in der gewaltsamen Vertreibung der Afrikaner von ihrem Land, Raub ihrer Bodenschätze, Zerstörung ihrer Wirtschaft und Kultur. Die Darstellung der Afrikaner als Jäger, Sammler und Nomaden soll der Lüge Vorschub leisten, daß die Europäer in unbesiedeltes Gebiet kamen und für die „Zivilisierung der Wilden" werben.



In der Republik Südafrika besteht gesetzliche Rassentrennung. Das bedeutet Trennung von Weißen und Farbigen in den Wohnvierteln und in allen öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Gaststätten, Verkehrsmitteln und Kinos bis hin zu Parkbänken oder Badeplätzen. Zusammenarbeit ist nur in den einzelnen Wirtschaftsbetrieben zu finden. Der Staat wendet für Bildung und soziale Betreuung der Farbigen große Mittel auf. Der Lebensstandard der Neger dieses Staates ist der höchste Afrikas, sie haben jedoch keinen Anteil an Regierung und Gesetzgebung. Es werden aber innerhalb des Staates „schwarze" Bundesstaaten mit Selbstverwaltung geschaffen.

Seydlitz, Seite 58

Ein Bild vom großen Streik der 12 000 azanischen Bergarbeiter der Goldmine „Vaal-Reefs" in Südafrika, 1974. Die Polizei erschoß 8 Arbeiter und verletzte 33, um den Streik zu brechen.

Einige Daten über Südafrika

Für die Weißen besteht die Schulpflicht und das Recht auf Schule, für die Afrikaner nicht. Der Schulaufenthalt dauert für ein gutes Viertel der schwarzen Schüler nur ein Jahr. Die afrikanischen Schüler müssen Gebühren, Schulbücher und Uniformen bezahlen, für die Weißen ist der Schulbesuch kostenlos. Die staatlichen Ausgaben für einen weißen Schüler sind etwa siebzehnmal so hoch wie für einen schwarzen Schüler.

Südafrika besitzt die höchste Gefangenenzahl pro Kopf der Bevölkerung, 441 Gefangene auf 100.000 Einwohner (BRD 83,6; Niederlande 22,4).

In Südafrika werden täglich an 120 Personen Prügelstrafen vollstreckt. Zwischen dem 1. Juli 72 und dem 30. Juni 73 insgesamt 45.233 Prügelstrafen nach Statistiken des südafrikanischen Justizministeriums. (Süddeutsche Zeitung, 4.4.74)

Von Polizisten bei der „Erfüllung ihrer Pflichten" erschossen wurde[illegible]72 88 Schwarze und Farbige, 56 wurden zum Tode verurteilt.

Von 1,221.042 Quadratkilometern Bodenfläche sind 152.322 oder 12,5% im Jahr 1973 als schwarze Reservate eingeteilt, die sogenannten Homelands. Die restlichen 1,068.719 Quadratkilometer oder 87,5% gehören den Weißen. zu geringem Teil auch der „farbigen Bevölkerung" (M. Horell, South Africa). Das Landgesetz verbietet den Afrikanern, außerhalb der Reservate Land zu kaufen. Mehr als 50% der Schwarzen leben auf weißem Gebiet, als Arbeiter mit Sondererlaubnis. Sie werden dort eingesperrt in Ghettos wie Soweto, wo es ihnen verboten ist, Grund und Boden oder Häuser zu erwerben. Außerhalb der Ghettos dürfen sich Schwarze ohne ausdrückliche Genehmigung in weißen Gebieten nicht aufhalten. Die Paßgesetze zwingen alle Schwarzen, ständig einen Paß mitzutragen, in dem ihre Aufenthaltserlaubnis eingetragen ist.

Durchschnittslöhne nach Rassengruppen und ausgewählten Industriezweigen in Südafrika (in Rand)
(In Klammern die durchschnittliche Erhöhung 1972 in %)

	Weiße	Mischlinge	Asiaten	Afrikaner
Verarbeitende Industrie Stand: Mai 1973	385 (9,4)	101 (14,8)	106 (12,8)	70 (16,7)
darunter:				
Chemie	404	114	151	74
Maschinenbau	397	124	180.	80
Elektromaschinen	367	122	125	85
Transportausrüstungen	380	133	153	86
Elektroindustrie	415 (10,6)	105 (7,1)	–	80 (9,6)
Baugewerbe Stand: Mai 1973	408 (10,6)	138 (8,7)	194 (20,5)	71 (18,3)
Landwirtschaft Stand: 1. Quartal 1973	384	47	–	61
Bergbau Stand: Mai 1973	437 (11,8)	102 (24,4)	136 (8,8)	30 (25,0)

Tabelle aus Rode, Die Südafrikapolitik der BRD 1968–72